

2011**Ausgegeben zu Bonn am 7. Oktober 2011****Nr. 25**

Tag	Inhalt	Seite
30. 9. 2011	Gesetz zu dem Abkommen vom 4. Juni 2010 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Turks- und Caicosinseln über den steuerlichen Informationsaustausch GESTA: XD024	882
30. 9. 2011	Gesetz zu dem Abkommen vom 5. Oktober 2010 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Britischen Jungferninseln über die Unterstützung in Steuer- und Steuerstrafsachen durch Informationsaustausch GESTA: XD025	895
30. 9. 2011	Gesetz zu dem Abkommen vom 21. Juni 2010 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik San Marino über die Unterstützung in Steuer- und Steuerstrafsachen durch Informationsaustausch GESTA: XD027	908
30. 9. 2011	Gesetz zu dem Abkommen vom 28. Februar 2011 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ungarn zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen GESTA: XD028	919
15. 7. 2011	Bekanntmachung der deutsch-brasilianischen Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit	941
19. 8. 2011	Bekanntmachung der deutsch-bolivianischen Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit	942
24. 8. 2011	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen	944
25. 8. 2011	Bekanntmachung des deutsch-russischen Durchführungsprotokolls zur Umsetzung des Abkommens vom 25. Mai 2006 zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Russischen Föderation über die Rückübernahme	945
1. 9. 2011	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Anguilla über den steuerlichen Informationsaustausch	948
6. 9. 2011	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der in Genf am 19. März 1991 unterzeichneten Fassung des Internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen	949
7. 9. 2011	Bekanntmachung der deutsch-laotischen Vereinbarung über Technische Zusammenarbeit	949
14. 9. 2011	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Vierten Änderung des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds (IWF)	951
15. 9. 2011	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens vom 8. Dezember 2004 über den Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik zu dem Übereinkommen über die Beseitigung der Doppelbesteuerung im Falle von Gewinnberichtigungen zwischen verbundenen Unternehmen	952

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 4. Juni 2010
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Turks- und Caicosinseln
über den steuerlichen Informationsaustausch**

Vom 30. September 2011

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Grand Turk am 4. Juni 2010 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Turks- und Caicosinseln über den steuerlichen Informationsaustausch wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 14 Absatz 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 30. September 2011

Der Bundespräsident
Christian Wulff

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister der Finanzen
Schäuble

Der Bundesminister des Auswärtigen
Guido Westerwelle

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Turks- und Caicosinseln
über den steuerlichen Informationsaustausch

Agreement
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the Government of the Turks and Caicos Islands
for the Exchange of Information relating to Taxes

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Turks- und Caicosinseln –

in Anerkennung der Tatsache, dass die bestehenden Rechtsvorschriften die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch in Steuerstrafsachen bereits vorsehen,

angesichts der seit Langem stattfindenden aktiven Beteiligung der Vertragsparteien an internationalen Bemühungen zur Bekämpfung der Finanzkriminalität und anderer Straftaten, einschließlich der Terrorismusfinanzierung,

in Anerkennung dessen, dass die Regierung der Turks- und Caicosinseln im Rahmen ihrer Ermächtigung durch das Vereinigte Königreich berechtigt ist, ein Abkommen über den steuerlichen Informationsaustausch auszuhandeln und zu schließen,

angesichts dessen, dass die Turks- und Caicosinseln sich am 8. März 2002 förmlich und schriftlich zur Einhaltung der OECD-Standards zu Transparenz und Informationsaustausch verpflichtet haben und seitdem aktiv am Global Forum on Taxation der OECD teilnehmen,

in dem Wunsch, die Bedingungen des steuerlichen Informationsaustauschs zu verbessern und zu erleichtern –

sind nunmehr übereingekommen, das folgende, nur die Vertragsparteien verpflichtende Abkommen zu schließen:

Artikel 1

Geltungsbereich des Abkommens

Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien leisten einander Unterstützung durch Austausch von Informationen, die für die Durchführung des jeweiligen Rechts der Vertragsparteien betreffend die unter dieses Abkommen fallenden Steuern voraussichtlich erheblich sind, einschließlich Informationen, die für die Festsetzung, Veranlagung und Erhebung dieser Steuern, für die Vollstreckung von Steuerforderungen oder für Ermittlungen in beziehungsweise die Verfolgung von Steuerstrafsachen voraussichtlich erheblich sind. Der Informationsaustausch erfolgt in Übereinstimmung mit diesem Abkommen und die Informationen werden in der in Artikel 8 vorgesehenen Weise vertraulich behandelt.

The Government of the Federal Republic of Germany

and

the Government of the Turks and Caicos Islands

Whereas the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Turks and Caicos Islands ("the Contracting Parties") recognise that present legislation already provides for cooperation and the exchange of information in criminal tax matters;

Whereas the Contracting Parties have long been active in international efforts in the fight against financial and other crimes, including the targeting of terrorist financing;

Whereas it is acknowledged that the Government of the Turks and Caicos Islands under the terms of its Entrustment from the United Kingdom has the right to negotiate and conclude a tax information exchange agreement;

Whereas the Turks and Caicos Islands on 8th of March 2002 entered into a formal written commitment to the OECD's principles of transparency and exchange of information and subsequently has participated actively in the OECD Global Forum on Taxation;

Whereas the Contracting Parties wish to enhance and facilitate the terms and conditions governing the exchange of information relating to taxes;

Now, therefore, have agreed to conclude the following Agreement which contains obligations on the part of the Contracting Parties only:

Article 1

Scope of the Agreement

The competent authorities of the Contracting Parties shall provide assistance through exchange of information that is foreseeably relevant to the administration and enforcement of the respective laws of the Contracting Parties concerning taxes covered by this Agreement, including information that is foreseeably relevant to the determination, assessment, and collection of such taxes, the recovery and enforcement of tax claims, or the investigation or prosecution of criminal tax matters. Information shall be exchanged in accordance with the provisions of this Agreement and shall be treated as confidential in the manner provided in Article 8.

Artikel 2**Zuständigkeit**

Die ersuchte Vertragspartei ist nicht zur Erteilung von Informationen verpflichtet, die ihren Behörden nicht vorliegen und sich auch nicht im Besitz oder in der Verfügungsmacht von Personen in ihrem Hoheitsbereich befinden.

Artikel 3**Unter das Abkommen fallende Steuern**

- (1) Dieses Abkommen gilt für folgende Steuern:
- a) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
 - die Einkommensteuer,
 - die Körperschaftsteuer,
 - die Gewerbesteuer,
 - die Vermögensteuer,
 - die Erbschaftsteuer,
 - die Umsatzsteuer und
 - die Versicherungssteuer,
 einschließlich der hierauf erhobenen Zuschläge;
 - b) in Bezug auf die Turks- und Caicosinseln:
 - die Passagiersteuer (passenger tax),
 - die Steuer auf die Veräußerung von Grundvermögen (stamp tax),
 - die Hotel- und Beherbergungsteuer (hotel and accommodation tax) sowie
 - Abgaben, Zölle, Strafgelder oder Freibeträge im Zusammenhang mit der Einfuhr, Ausfuhr, Umladung, Durchfuhr, Lagerung und Verbreitung von Waren sowie im Zusammenhang mit Verboten, Beschränkungen und ähnlichen Kontrollmaßnahmen für die grenzüberschreitende Beförderung kontrollierter Güter.

(2) Dieses Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung dieses Abkommens neben den in Absatz 1 genannten Steuern oder an deren Stelle von einem der Hoheitsgebiete erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien verständigen einander über erhebliche Änderungen bei den Besteuerungsmaßnahmen und damit zusammenhängenden Maßnahmen zur Informationsbeschaffung, die unter dieses Abkommen fallen.

Artikel 4**Begriffsbestimmungen**

- (1) Für die Zwecke dieses Abkommens, soweit nichts anderes bestimmt ist,
- a) bedeutet der Ausdruck „die Turks- und Caicosinseln“, im geografischen Sinn verwendet, das Hoheitsgebiet der Turks- und Caicosinseln,
 - b) bedeutet der Ausdruck „Bundesrepublik Deutschland“, im geografischen Sinn verwendet, das Gebiet, in dem das Steuerrecht der Bundesrepublik Deutschland gilt,
 - c) bedeuten die Ausdrücke „Investmentfonds“ oder „Investmentssystem für gemeinsame Anlagen“ eine Investitionsform für gemeinsame Anlagen, ungeachtet der Rechtsform,
 - d) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ eine juristische Person oder einen Rechtsträger, der für die Besteuerung wie eine juristische Person behandelt wird,
 - e) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
 - (i) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen oder die Behörde, an die es seine Befugnisse delegiert hat; in Bezug auf Steuerstrafsachen das Bundesministerium der Justiz oder die Behörde, an die es seine Befugnisse delegiert hat,

Article 2**Jurisdiction**

A requested Contracting Party is not obligated to provide information which is neither held by its authorities nor in the possession of or obtainable by persons who are within its territorial jurisdiction.

Article 3**Taxes Covered**

1. This Agreement shall apply to the following taxes:
- (a) in respect of the Federal Republic of Germany:
 - the income tax (Einkommensteuer),
 - the corporation tax (Körperschaftsteuer),
 - the trade tax (Gewerbesteuer),
 - the capital tax (Vermögensteuer),
 - the inheritance tax (Erbschaftsteuer),
 - the value added tax (Umsatzsteuer), and
 - the tax on insurance premiums (Versicherungssteuer),
 including the supplements levied thereon;
 - (b) in respect of the Turks and Caicos Islands:
 - the passenger tax,
 - the stamp duty,
 - the hotel and accommodation tax, and
 - levies, duties, fines or exemptions relating to the importation, exportation, transshipment, transit, storage and circulation of goods, as well as prohibitions, restrictions and other similar controls on the movement of controlled items across national boundaries.

2. This Agreement shall also apply to any identical or substantially similar taxes imposed by either Contracting Party after the date of signature of this Agreement in addition to, or in place of, any of the taxes listed in sub-paragraph 1. The competent authorities of the Contracting Parties shall notify each other of any relevant changes to the taxation and related information gathering measures covered by this Agreement.

Article 4**Definitions**

1. For the purposes of this Agreement, unless otherwise defined:
- (a) “the Turks and Caicos Islands”, when used in a geographical sense, means the territory of the Turks and Caicos Islands;
 - (b) “Federal Republic of Germany”, when used in a geographical sense, means the area in which the tax law of the Federal Republic of Germany is in force;
 - (c) “collective investment fund or scheme” means any pooled investment vehicle irrespective of legal form;
 - (d) “company” means any body corporate or any entity that is treated as a body corporate for tax purposes;
 - (e) “competent authority” means
 - (i) in respect of the Federal Republic of Germany, the Federal Ministry of Finance or the agency to which it has delegated its power; in respect of criminal tax matters the Federal Ministry of Justice or the agency to which it has delegated its power,

- (ii) in Bezug auf die Turks- und Caicosinseln den Permanent Secretary im Ministerium der Finanzen oder eine von ihm schriftlich benannte Person oder Behörde,
- f) bedeutet der Ausdruck „Strafrecht“ sämtliche nach innerstaatlichem Recht als solche bezeichneten strafrechtlichen Bestimmungen, unabhängig davon, ob sie im Steuerrecht, im Strafgesetzbuch oder in anderen Gesetzen enthalten sind,
- g) bedeutet der Ausdruck „Steuerstrafsachen“ Steuersachen im Zusammenhang mit vorsätzlichem Verhalten, das nach dem Strafrecht der ersuchenden Vertragspartei strafbewehrt ist,
- h) bedeutet der Ausdruck „Informationen“ Tatsachen, Erklärungen, Unterlagen oder Aufzeichnungen jeder Art,
- i) bedeutet der Ausdruck „Maßnahmen zur Beschaffung von Informationen“ die Gesetze und Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren, die eine Vertragspartei zur Beschaffung und Erteilung der erbetenen Informationen befähigen,
- j) bedeutet der Ausdruck „Person“ eine natürliche Person, eine Gesellschaft oder eine andere Personenvereinigung,
- k) bedeutet der Ausdruck „öffentliches Investmentsystem für gemeinsame Anlagen“ ein System oder einen Fonds für gemeinsame Anlagen, bei dem der Erwerb, die Veräußerung oder der Rückkauf von Gesellschaftsanteilen oder sonstigen Anteilen weder implizit noch explizit auf eine begrenzte Anlegergruppe beschränkt ist,
- l) bedeutet der Ausdruck „ersuchte Vertragspartei“ die Vertragspartei, die um Erteilung von Informationen ersucht wird oder in Beantwortung eines Ersuchens Informationen erteilt hat,
- m) bedeutet der Ausdruck „ersuchende Vertragspartei“ die Vertragspartei, die ein Auskunftersuchen stellt oder von der ersuchten Partei Informationen erhalten hat,
- n) bedeutet der Ausdruck „Steuer“ jede unter dieses Abkommen fallende Steuer,
- o) bedeutet der Ausdruck „Steuersachen“ alle Steuersachen einschließlich Steuerstrafsachen.

(2) Bei der Anwendung dieses Abkommens durch eine Vertragspartei hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieser Vertragspartei zukommt, wobei die Bedeutung nach dem anzuwendenden Steuerrecht dieser Vertragspartei den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die dem Ausdruck nach anderem Recht dieser Vertragspartei zukommt.

Artikel 5

Informationsaustausch

(1) Auf schriftliches Ersuchen der ersuchenden Vertragspartei erteilt die zuständige Behörde der ersuchten Vertragspartei Informationen für die in Artikel 1 genannten Zwecke. Diese Informationen werden ohne Rücksicht darauf ausgetauscht, ob das Verhalten, das Gegenstand der Ermittlungen ist, nach dem Recht der ersuchten Partei eine Straftat darstellen würde, wäre es im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei erfolgt.

(2) Reichen die der zuständigen Behörde der ersuchten Partei vorliegenden Informationen nicht aus, um dem Auskunftersuchen entsprechen zu können, so ergreift die ersuchte Partei alle geeigneten Maßnahmen zur Beschaffung von Informationen, um der ersuchenden Partei die erbetenen Informationen zu erteilen, auch wenn die ersuchte Partei diese Informationen nicht für eigene steuerliche Zwecke benötigt.

(3) Auf ausdrückliches Ersuchen der zuständigen Behörde der ersuchenden Partei erteilt die zuständige Behörde der ersuchten Partei nach diesem Artikel Informationen in Form von Zeugnisaussagen und beglaubigten Kopien von Originaldokumenten in dem nach ihrem innerstaatlichen Recht zulässigen Umfang.

- (ii) in respect of the Turks and Caicos Islands, the Permanent Secretary in the Ministry of Finance or a person or authority designated by him in writing;
- (f) “criminal laws” means all criminal laws designated as such under domestic law irrespective of whether contained in the tax laws, the criminal code or other statutes;
- (g) “criminal tax matters” means tax matters involving intentional conduct which is liable to prosecution under the criminal laws of the requesting Contracting Party;
- (h) “information” means any fact, statement, document or record in whatever form;
- (i) “information gathering measures” means laws and administrative or judicial procedures enabling a Contracting Party to obtain and provide the information requested;
- (j) “person” means an individual, a company and any other body of persons;
- (k) “public collective investment scheme” means any collective scheme or fund, in which the purchase, sale or redemption of shares or other interests is not implicitly or explicitly restricted to a limited group of investors;
- (l) “requested Contracting Party” means the party to this Agreement which is requested to provide or has provided information in response to a request;
- (m) “requesting Contracting Party” means the Contracting Party to this Agreement submitting a request for or having received information from the requested Contracting Party;
- (n) “tax” means any tax covered by this Agreement;
- (o) “tax matters” means all tax matters including criminal tax matters.

2. As regards the application of this Agreement at any time by a Contracting Party, any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning that it had at that time the request was made under the law of that Contracting Party, any meaning under the applicable tax laws of that Contracting Party prevailing over a meaning given to the term under other laws of that Contracting Party.

Article 5

Exchange of Information

1. The competent authority of a requested Contracting Party shall provide upon request in writing by the requesting Contracting Party information for the purposes referred to in Article 1. Such information shall be exchanged without regard to whether the conduct being investigated would constitute a crime under the laws of the requested Contracting Party if it occurred in the territory of the requested Contracting Party.

2. If the information in possession of the competent authority of the requested Contracting Party is not sufficient to enable it to comply with the request for the information, the requested Contracting Party shall use all relevant information gathering measures to provide the requesting Contracting Party with the information requested, notwithstanding that the requested Contracting Party may not need such information for its own tax purposes.

3. If specifically requested by the competent authority of the requesting Contracting Party, the competent authority of the requested Contracting Party shall provide information under this Article, to the extent allowable under its domestic laws, in the form of depositions of witnesses and authenticated copies of original records.

(4) Beide Vertragsparteien gewährleisten, dass ihre zuständige Behörde für die Zwecke dieses Abkommens die Befugnis hat, folgende Informationen auf Ersuchen einzuholen oder zu erteilen:

- a) Informationen von Banken, anderen Finanzinstituten oder Personen, einschließlich Bevollmächtigten und Treuhändern, die als Vertreter oder Treuhänder handeln,
- b) Informationen über die Eigentumsverhältnisse an Gesellschaften, Gemeinschaften und anderen Personen; dies umfasst bei Investmentfonds oder Investmentssystemen für gemeinsame Anlagen Informationen über Gesellschaftsanteile, Fondsanteile und sonstige Anteile; bei Trusts Informationen über Treugeber, Treuhänder, Treuhandbegünstigte und Protektoren; bei Stiftungen Informationen über Stifter, Mitglieder des Stiftungsrats und Begünstigte.

(5) Ungeachtet der vorstehenden Absätze begründet dieses Abkommen keine Verpflichtung der Vertragsparteien zur Einholung oder Erteilung von

- a) Informationen über die Eigentumsverhältnisse börsennotierter Gesellschaften oder öffentlicher Investmentssysteme für gemeinsame Anlagen, es sei denn, diese Informationen können ohne unverhältnismäßig große Schwierigkeiten eingeholt werden,
- b) Informationen, die sich auf einen Zeitraum beziehen, der mehr als fünf Jahre vor dem Jahr liegt, in dem das Ersuchen gestellt wurde.

(6) Im Rahmen eines Auskunftersuchens nach diesem Abkommen übermittelt die zuständige Behörde der ersuchenden Partei der zuständigen Behörde der ersuchten Partei als Nachweis für die voraussichtliche Erheblichkeit der Informationen für das Ersuchen die folgenden Angaben:

- a) die Bezeichnung der Person, der die Ermittlung oder Untersuchung gilt,
- b) den Zeitraum, für den die Informationen erbeten werden,
- c) die Art der erbetenen Informationen, einschließlich einer Beschreibung der erbetenen konkreten Beweismittel, und die Form, in der die Informationen der ersuchenden Partei vorzugsweise zu übermitteln sind,
- d) die steuerlichen Zwecke, für die die Informationen erbeten werden, und die Gründe für die Annahme, dass die erbetenen Informationen für die Durchführung des innerstaatlichen Rechts der ersuchenden Vertragspartei voraussichtlich erheblich sind,
- e) berechnete Gründe für die Annahme, dass die erbetenen Informationen im Hoheitsgebiet der ersuchten Partei vorliegen oder sich im Besitz oder in der Verfügungsmacht einer Person im Hoheitsbereich der ersuchten Partei befinden,
- f) den Namen und die Anschrift von Personen, soweit bekannt, in deren Besitz oder Verfügungsmacht sich die erbetenen Informationen vermutlich befinden,
- g) eine Erklärung, dass das Ersuchen diesem Abkommen sowie dem Recht und der Verwaltungspraxis der ersuchenden Vertragspartei entspricht, und dass die erbetenen Informationen, würden sie sich im Hoheitsbereich der ersuchenden Partei befinden, von der zuständigen Behörde der ersuchenden Partei nach deren Recht eingeholt werden können,
- h) eine Erklärung, dass die ersuchende Partei alle ihr in ihrem eigenen Hoheitsgebiet zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Einholung der Informationen ausgeschöpft hat, ausgenommen solche, die unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen würden.

4. Each Contracting Party shall ensure that its competent authority, for the purposes of this Agreement, has the authority to obtain and provide upon request:

- (a) information held by banks, other financial institutions, and any person, including nominees and trustees, acting in an agency or fiduciary capacity;
- (b) information regarding the beneficial ownership of companies, partnerships and other persons, including in the case of collective investment funds and schemes, information on shares, units and other interests; in the case of trusts, information on settlors, trustees, beneficiaries and protectors; and in the case of foundations, information on founders, members of the foundation council and beneficiaries.

5. Notwithstanding the preceding paragraphs, this Agreement does not create an obligation on the Contracting Parties to obtain or provide:

- (a) ownership information with respect to publicly traded companies or public collective investment schemes unless such information can be obtained without giving rise to disproportionate difficulties;
- (b) information relating to a period more than five years prior to the year in which a request was made.

6. The competent authority of the requesting Contracting Party shall provide the following information to the competent authority of the requested Contracting Party when making a request for information under this Agreement in order to demonstrate the foreseeable relevance of the information to the request:

- (a) the identity of the person under examination or investigation;
- (b) the period for which the information is requested;
- (c) the nature and type of the information requested, including a description of the specific evidence sought and the form in which the requesting Contracting Party would prefer to receive the information;
- (d) the tax purposes for which the information is sought and the reasons for believing that the information requested is foreseeably relevant to the administration or enforcement of the domestic laws of the requesting Contracting Party;
- (e) reasonable grounds for believing that the information requested is present in the territory of the requested Contracting Party or is in the possession or control of a person within the jurisdiction of the requested Contracting Party;
- (f) to the extent known, the name and address of any person believed to be in possession or control of the information requested;
- (g) a statement that the request is in conformity with this Agreement and the laws and administrative practices of the requesting Contracting Party, and that if the requested information were within the jurisdiction of the requesting Contracting Party then the competent authority of the requesting Contracting Party would be able to obtain the information under the laws of the requesting Contracting Party;
- (h) a statement that the requesting Contracting Party has pursued all means available in its own territory to obtain the information, except those that would give rise to disproportionate difficulties.

(7) Die zuständige Behörde der ersuchten Partei übermittelt der zuständigen Behörde der ersuchenden Partei die erbetenen Informationen so umgehend wie möglich. Um eine umgehende Antwort sicherzustellen,

- a) bestätigt die zuständige Behörde der ersuchten Partei der zuständigen Behörde der ersuchenden Partei den Eingang eines Ersuchens schriftlich und unterrichtet die zuständige Behörde der ersuchenden Partei innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Ersuchens über etwaige Mängel des Ersuchens,
- b) unterrichtet die zuständige Behörde der ersuchten Partei die zuständige Behörde der ersuchenden Partei unverzüglich, wenn sie die erbetenen Informationen nicht innerhalb von 90 Tagen nach Eingang des Ersuchens einholen und erteilen konnte, und zwar auch dann, wenn die Informationserteilung auf Hindernisse stößt oder von der zuständigen Behörde der ersuchten Partei verweigert wird, unter Angabe der Gründe für ihre Erfolglosigkeit, die Hindernisse oder ihre Verweigerung der Informationserteilung.

Artikel 6

Steuerprüfungen im Ausland

(1) Nach angemessener Ankündigung durch die ersuchende Partei mit einem Vorlauf von mindestens vierzehn Tagen kann die ersuchte Partei, soweit dies nach ihrem innerstaatlichen Recht zulässig ist, Vertretern der zuständigen Behörde der ersuchenden Partei die Einreise in das Hoheitsgebiet der ersuchten Partei im Zusammenhang mit einem Ersuchen um Befragung natürlicher Personen und Prüfung von Unterlagen gestatten, vorbehaltlich der schriftlichen Zustimmung der Betroffenen. Die zuständige Behörde der ersuchenden Partei unterrichtet die zuständige Behörde der ersuchten Partei über Zeitpunkt und Ort des geplanten Treffens mit den Betroffenen.

(2) Auf Ersuchen der zuständigen Behörde der ersuchenden Partei kann die zuständige Behörde der ersuchten Partei gestatten, dass Vertreter der zuständigen Behörde der ersuchenden Partei während des relevanten Teils einer Steuerprüfung im Hoheitsgebiet der ersuchten Partei anwesend sind.

(3) Wird dem in Absatz 2 bezeichneten Ersuchen stattgegeben, so unterrichtet die zuständige Behörde der die Prüfung durchführenden ersuchten Partei so bald wie möglich die zuständige Behörde der ersuchenden Partei über Zeitpunkt und Ort der Prüfung, über die zur Durchführung der Prüfung befugte Behörde oder Person sowie über die von der ersuchten Partei für die Durchführung der Prüfung vorgeschriebenen Verfahren und Bedingungen. Alle Entscheidungen im Zusammenhang mit der Durchführung der Prüfung werden von der die Prüfung durchführenden ersuchten Partei getroffen.

Artikel 7

Möglichkeit der Ablehnung eines Ersuchens

(1) Die zuständige Behörde der ersuchten Partei kann die Unterstützung ablehnen, wenn

- a) das Ersuchen nicht in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gestellt wurde,
- b) die ersuchende Partei nicht alle ihr in ihrem eigenen Hoheitsgebiet zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Einholung der Informationen ausgeschöpft hat; ausgenommen sind Fälle, in denen der Rückgriff auf derartige Maßnahmen unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen würde, oder
- c) die Erteilung der erbetenen Informationen der öffentlichen Ordnung der ersuchten Partei widerspräche.

7. The competent authority of the requested Contracting Party shall forward the requested information as promptly as possible to the competent authority of the requesting Contracting Party. To ensure a prompt response, the competent authority of the requested Contracting Party shall:

- (a) confirm the receipt of a request in writing to the competent authority of the requesting Contracting Party and shall notify the competent authority of the requesting Contracting Party of any deficiencies in the request within 60 days of receipt of the request; and
- (b) if the competent authority of the requested Contracting Party has been unable to obtain and provide the information requested within 90 days of receipt of the request, including if obstacles are encountered in furnishing the information, or if the competent authority of the requested Contracting Party refuses to provide the information, it shall immediately inform the competent authority of the requesting Contracting Party to explain the reasons for its inability or the obstacles or its refusal.

Article 6

Tax Examinations Abroad

1. The requested Contracting Party may, to the extent permitted under its domestic laws, following reasonable notice of not less than fourteen days from the requesting Contracting Party, allow representatives of the competent authority of the requesting Contracting Party to enter the territory of the requested Contracting Party in connection with a request to interview persons and examine records with the prior written consent of the persons concerned. The competent authority of the requesting Contracting Party shall notify the competent authority of the requested Contracting Party of the time and place of the intended meeting with the persons concerned.

2. At the request of the competent authority of the requesting Contracting Party, the competent authority of the requested Contracting Party may permit representatives of the competent authority of the requesting Contracting Party to be present at the appropriate part of a tax examination in the territory of the requested Contracting Party.

3. If the request referred to in paragraph 2 is granted, the competent authority of the requested Contracting Party conducting the examination shall, as soon as possible, notify the competent authority of the requesting Contracting Party of the time and place of the examination, the authority or person authorised to carry out the examination and the procedures and conditions required by the requested Contracting Party for the conduct of the examination. All decisions regarding the conduct of the examination shall be made by the requested Contracting Party conducting the examination.

Article 7

Possibility of Declining a Request

1. The competent authority of the requested Contracting Party may decline to assist:

- (a) where the request is not made in conformity with this Agreement;
- (b) where the requesting Contracting Party has not pursued all means available in its own territory to obtain the information, except where recourse to such means would give rise to disproportionate difficulty; or
- (c) where the disclosure of the information requested would be contrary to the public policy (*ordre public*) of the requested Contracting Party.

- (2) Dieses Abkommen verpflichtet eine Vertragspartei nicht
- a) zur Übermittlung von Angaben, die einem Aussageverweigerungsrecht unterliegen, oder zur Preisgabe eines Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnisses oder eines Geschäftsverfahrens, mit der Maßgabe, dass die in Artikel 5 Absatz 4 bezeichneten Informationen nicht allein schon deshalb als ein solches Geheimnis oder Geschäftsverfahren gelten,
- b) zur Durchführung von Verwaltungsmaßnahmen, die von ihren Gesetzen und ihrer Verwaltungspraxis abweichen, soweit die Verpflichtungen einer Vertragspartei nach Artikel 5 Absatz 4 durch diesen Buchstaben nicht berührt werden.
- (3) Ein Auskunftersuchen darf nicht aus dem Grund abgelehnt werden, dass die dem Ersuchen zugrunde liegende Steuerschuld vom Steuerpflichtigen bestritten wird.
- (4) Die ersuchte Partei ist nicht zur Einholung und Erteilung von Auskünften verpflichtet, welche die zuständige Behörde der ersuchenden Partei nach ihrem Recht nicht einholen könnte, wenn sich die erbetenen Informationen im Hoheitsbereich der ersuchenden Partei befänden.
- (5) Die ersuchte Partei kann ein Auskunftersuchen ablehnen, wenn die Informationen von der ersuchenden Partei zur Durchführung einer Bestimmung ihres Steuerrechts oder einer damit zusammenhängenden Anforderung erbeten werden, die einen Bürger der ersuchten Partei gegenüber einem Bürger der ersuchenden Partei unter den gleichen Umständen benachteiligt.
2. This Agreement shall not impose upon a Contracting Party any obligation
- (a) to provide items subject to legal privilege, or any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, provided that information described in paragraph 4 of Article 5 shall not by reason of that fact alone be treated as such a secret or trade process;
- (b) to carry out administrative measures at variance with its laws and administrative practices, provided that nothing in this subparagraph shall affect the obligations of a Contracting Party under paragraph 4 of Article 5.
3. A request for information shall not be refused on the grounds that the tax liability giving rise to the request is disputed by the taxpayer.
4. The requested Contracting Party shall not be required to obtain and provide information which, if the requested information was within the jurisdiction of the requesting Contracting Party, the competent authority of the requesting Contracting Party would not be able to obtain under its laws.
5. The requested Contracting Party may decline a request for information if the information is requested by the requesting Contracting Party to administer or enforce a provision of the tax law of the requesting Contracting Party, or any requirement connected therewith, which discriminates against a citizen of the requested Party as compared with a citizen of the requesting Contracting Party in the same circumstances.

Artikel 8

Vertraulichkeit

- (1) Alle von den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten erteilten und empfangenen Informationen sind vertraulich zu behandeln und ebenso geheim zu halten wie nach innerstaatlichem Recht der Vertragsparteien beschaffte Informationen. Sie dürfen nur den von Amts wegen mit den in Artikel 1 bezeichneten Aufgaben befassten Personen oder Behörden (einschließlich Gerichten und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden und von diesen nur für die in Artikel 1 bezeichneten Zwecke verwendet werden; hierzu gehört die Entscheidung über Rechtsbehelfe. Für diese Zwecke dürfen die Informationen in einem verwaltungs- oder strafrechtlichen Ermittlungsverfahren, in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offengelegt werden.
- (2) Die Informationen dürfen ohne ausdrückliche schriftliche Zustimmung der zuständigen Behörde der ersuchten Partei nicht für andere als die in Artikel 1 bezeichneten Zwecke verwendet werden.
- (3) Die einer ersuchenden Partei erteilten Informationen dürfen keinem anderen Hoheitsbereich bekannt gegeben werden.
- (4) Personenbezogene Daten dürfen übermittelt werden, soweit dies zur Durchführung dieses Abkommens erforderlich ist und vorbehaltlich des Rechts der übermittelnden Vertragspartei.

Artikel 9

Schutzmaßnahmen

Dieses Abkommen berührt nicht die Rechte und Schutzmaßnahmen, die Personen durch die Gesetze oder die Verwaltungspraxis der ersuchten Partei gewährleistet werden. Die Rechte und Schutzmaßnahmen dürfen von der ersuchten Partei nicht so angewendet werden, dass ein wirksamer Informationsaustausch unangemessen verzögert oder verhindert wird.

Article 8

Confidentiality

1. All information provided and received by the competent authorities of the Contracting Parties shall be kept confidential and shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of the Contracting Parties. It shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) officially concerned with the purposes specified in Article 1 and used by such persons or authorities only for such purposes, including the determination of any appeal. For these purposes, information may be disclosed in administrative or criminal investigations, in public court proceedings or in judicial decisions.
2. The information may not be used for any purpose other than for the purposes stated in Article 1 without the express written consent of the competent authority of the requested Contracting Party.
3. Information provided to a requesting Contracting Party shall not be disclosed to any other jurisdiction.
4. Personal data may be transmitted to the extent necessary for carrying out the provisions of this Agreement and subject to the provisions of the law of the supplying Contracting Party.

Article 9

Safeguards

Nothing in this Agreement shall affect the rights and safeguards secured to persons by the laws or administrative practice of the requested Contracting Party. The rights and safeguards may not be applied by the requested Contracting Party in a manner that unduly prevents or delays effective exchange of information.

Artikel 10**Verwaltungskosten**

Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien verständigen sich über angefallene Kosten der geleisteten Unterstützung (einschließlich angemessener Kosten für Dritte und externe Berater, unter anderem im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten).

Artikel 11**Protokoll**

Das angefügte Protokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 12**Durchführungsvorschriften**

Die Vertragsparteien erlassen, soweit dies notwendig ist, alle zur Inkraftsetzung dieses Abkommens erforderlichen gesetzgeberischen Maßnahmen.

Artikel 13**Verständigungsverfahren**

(1) Treten zwischen den Vertragsparteien Schwierigkeiten oder Zweifel bezüglich der Durchführung oder Auslegung des Abkommens auf, so bemühen sich die jeweiligen zuständigen Behörden nach besten Kräften, die Angelegenheit in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

(2) Über die in Absatz 1 bezeichneten Bemühungen hinaus können die zuständigen Behörden der Vertragsparteien gemeinsam die nach den Artikeln 5, 6 und 10 anzuwendenden Verfahren festlegen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien können für die Zwecke dieses Abkommens unmittelbar miteinander verkehren.

(4) Die Vertragsparteien können sich auch auf andere Formen der Streitbeilegung einigen.

Artikel 14**Inkrafttreten**

(1) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, dass ihre jeweiligen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Abkommens erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Notifikation.

(2) Dieses Abkommen ist nach seinem Inkrafttreten anzuwenden

- a) auf Steuerstrafsachen und
- b) auf alle anderen unter Artikel 1 fallenden Angelegenheiten, jedoch nur in Bezug auf die am oder nach dem Tag des Inkrafttretens beginnenden Veranlagungszeiträume oder, soweit es keinen Veranlagungszeitraum gibt, bei allen am oder nach dem genannten Tag entstehenden Steuern.

Artikel 15**Kündigung**

(1) Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einer Vertragspartei gekündigt wird.

(2) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen schriftlich kündigen. Die Kündigung wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Eingang einer Kündigungsanzeige bei der anderen Vertragspartei folgt.

Article 10**Administrative Costs**

The incidence of costs incurred in providing assistance (including reasonable costs of third parties and external advisors in connection with litigation or otherwise) shall be agreed by the competent authorities of the Contracting Parties.

Article 11**Protocol**

The attached Protocol shall be an integral part of this Agreement.

Article 12**Implementing Legislation**

The Contracting Parties shall, to the extent necessary, enact any legislation necessary to give effect to the terms of this Agreement.

Article 13**Mutual Agreement Procedure**

1. Where difficulties or doubts arise between the Contracting Parties regarding the implementation or interpretation of this Agreement, the respective competent authorities shall use their best efforts to resolve the matter by mutual agreement.

2. In addition to the endeavours referred to in paragraph 1, the competent authorities of the Contracting Parties may mutually determine the procedures to be used under Articles 5, 6 and 10.

3. The competent authorities of the Contracting Parties may communicate with each other directly for the purposes of this Agreement.

4. The Contracting Parties may also agree on other forms of dispute resolution.

Article 14**Entry into Force**

1. This Agreement shall enter into force one month from the date on which the Contracting Parties have notified each other that their respective requirements for the entry into force of this Agreement have been fulfilled. The relevant date shall be the day on which the last notification is received.

2. Upon the date of entry into force, this Agreement shall have effect:

- a) for criminal tax matters on that date; and
- b) for all other matters covered in Article 1 on that date, but only in respect of taxable periods beginning on or after that date or, where there is no taxable period, all charges to tax arising on or after that date.

Article 15**Termination**

1. This Agreement shall remain in force until terminated by either Contracting Party.

2. Either Contracting Party may terminate this Agreement by giving notice of termination in writing. Such termination shall become effective on the first day of the month following the expiration of a period of three months after the date of receipt of notice of termination by the other Contracting Party.

(3) Wird das Abkommen gekündigt, so bleiben die Vertragsparteien in Bezug auf die nach diesem Abkommen erhaltenen Informationen an Artikel 8 gebunden. Alle bis zum Tag des Wirksamwerdens der Kündigung eingegangenen Ersuchen werden in Übereinstimmung mit diesem Abkommen bearbeitet.

Geschehen zu Grand Turk am 4. Juni 2010 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

3. If the Agreement is terminated the Contracting Parties shall remain bound by the provisions of Article 8 with respect to any information obtained under this Agreement. All requests received up to the effective date of termination shall be dealt with in accordance with the terms of this Agreement.

Done at Grand Turk this 4th of June, 2010, in duplicate in the German and English languages, each text being equally authentic.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany

Jürgen Engel

Für die Regierung der Turks- und Caicosinseln
For the Government of the Turks and Caicos Islands

Gordon Wetherell

Protokoll
zum Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Turks- und Caicosinseln
über den steuerlichen Informationsaustausch

Protocol
to the Agreement
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the Government of the Turks and Caicos Islands
for the Exchange of Information relating to Taxes

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Turks- und Caicosinseln (die „Vertragsparteien“) haben anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen den beiden Regierungen über den steuerlichen Informationsaustausch nachstehende Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind:

1. Die Vertragsparteien beabsichtigen, gegenüber Inlandsansässigen oder Staatsangehörigen einer der Vertragsparteien keine nachteiligen oder einschränkenden Maßnahmen aufgrund schädlicher Steuerpraktiken anzuwenden oder einzuführen, solange dieses Abkommen in Kraft und wirksam ist. Sollte jedoch eine Vertragspartei Grund zu der Annahme haben, dass die andere Vertragspartei solche nachteiligen oder einschränkenden Maßnahmen eingeführt hat, so leiten beide Vertragsparteien unverzüglich ein Verfahren zur Regelung der Angelegenheit ein. Der Ausdruck „nachteilige oder einschränkende Maßnahme aufgrund schädlicher Steuerpraktiken“ bedeutet eine Maßnahme, die eine Vertragspartei anwendet, weil die andere Vertragspartei keinen wirksamen Informationsaustausch betreibt, weil die Anwendung ihrer Gesetze, Vorschriften oder Verwaltungspraktiken nicht transparent ist oder weil keine oder nur sehr geringe Steuern erhoben werden und eines der vorstehenden Kriterien vorliegt. Ohne die allgemeine Bedeutung des Ausdrucks „nachteilige oder einschränkende Maßnahme“ einzuschränken, umfasst dieser die Versagung eines Abzugs, einer Anrechnung oder einer Befreiung, die Erhebung einer Steuer, Gebühr oder Abgabe oder besondere Meldepflichten. Dazu zählen alle Maßnahmen, die unmittelbar oder mittelbar in Zusammenhang mit der Besteuerung stehen. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht allgemein anwendbare Maßnahmen, die eine der Vertragsparteien allgemein unter anderem auf Mitglieder der OECD anwendet.
2. In Bezug auf Artikel 5 Absatz 6 Buchstabe a gilt als vereinbart, dass die Identität der Person, der die Ermittlung oder Untersuchung gilt, durch andere identifizierende Angaben als den Namen festgestellt werden kann.

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Turks and Caicos Islands (the “Contracting Parties”) have agreed at the signing of the Agreement between the two Governments for the Exchange of Information relating to Taxes on the following provisions which shall form an integral part of the said Agreement:

1. So long as this Agreement is in force and effective, it is the intention of the Contracting Parties not to introduce prejudicial or restrictive measures based on harmful tax practices or to apply such measures to residents or nationals of either Contracting Party. However, in the event that a Contracting Party has reason to believe that the other Contracting Party has introduced such prejudicial or restrictive measures, both Contracting Parties shall immediately initiate proceedings to resolve the matter. A “prejudicial or restrictive measure based on harmful tax practices” means a measure applied by one Contracting Party on the basis that the other Contracting Party does not engage in effective exchange of information or because it lacks transparency in the operation of its laws, regulations or administrative practices, or on the basis of no or nominal taxes and one of the preceding criteria. Without limiting the generality of the term “prejudicial or restrictive measure” the term includes the denial of a deduction, credit or exemption, the imposition of a tax, charge or levy, or special reporting requirements. Such measures include any measure which relates, directly or indirectly, to taxation. However, they do not include any generally applicable measure, applied by either Contracting Party against, amongst others, members of the OECD generally.
2. With respect to subparagraph a) of paragraph 6 of Article 5 it is understood that the identity of the person under examination or investigation may be determined by identifying information other than the name.

3. In Bezug auf Artikel 8 Absatz 4 gewährleisten die Vertragsparteien den Schutz personenbezogener Daten in einem Umfang, welcher der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr entspricht. Darüber hinaus gilt Folgendes:
- a) Die Verwendung der Daten durch die empfangende Stelle ist nur zu dem angegebenen Zweck und nur zu den durch die übermittelnde Stelle vorgeschriebenen und mit Artikel 8 übereinstimmenden Bedingungen zulässig. Vorbehaltlich der nach Artikel 8 Absatz 2 erforderlichen schriftlichen Zustimmung ist die Verwendung darüber hinaus zulässig zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit, wenn sie nach dem Recht beider Vertragsparteien für diese anderen Zwecke verwendet werden können.
 - b) Die empfangende Stelle unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
 - c) Personenbezogene Daten dürfen nur an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
 - d) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten und ihre voraussichtliche Erheblichkeit im Sinne des Artikels 1 sowie ihre Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu gewährleisten. Voraussichtlich erheblich sind die Daten, wenn im konkreten Fall die ernsthafte Möglichkeit besteht, dass die andere Vertragspartei ein Besteuerungsrecht hat, und keine Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Daten der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei bereits bekannt sind oder dass die zuständige Behörde der anderen Vertragspartei ohne die Informationen von dem Gegenstand des Besteuerungsrechts Kenntnis erlangt. Dabei sind die nach dem Recht der übermittelnden Vertragspartei geltenden Datenübermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt wurden, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Diese ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung solcher Daten unverzüglich vorzunehmen.
 - e) Die empfangende Stelle unterrichtet den Betroffenen über die Datenerhebung bei der übermittelnden Stelle. Die Information kann unterbleiben, soweit und solange eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse an dem Unterbleiben der Information gegenüber dem Informationsinteresse des Betroffenen überwiegt. Eine Verpflichtung zur Erteilung dieser Informationen besteht nicht, sofern eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse an einer Vorenthaltung dieser Informationen das Interesse des Betroffenen an ihrem Erhalt überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten unterrichtet zu werden, nach dem Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Informationen erbeten werden.
 - f) Wird eine Person im Zusammenhang mit der Übermittlung von Daten nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, so haftet ihr hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe des für sie geltenden Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zu der geschädigten Person zu ihrer Verteidigung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht wurde. Zahlt die empfangende Stelle eine Entschädigung für aufgrund der
3. With respect to paragraph 4 of Article 8 the Contracting Parties shall ensure the protection of personal data at a level that is equivalent to that of Directive 95/46/EC of the European Parliament and of the Council of 24 October 1995 on the protection of individuals with regard to the processing of personal data and on the free movement of such data. In addition the following shall apply:
- a) The receiving agency may use such data only for the stated purpose and shall be subject to the conditions prescribed by the supplying agency and that conform with Article 8. Such use is also permitted, subject to the written consent required under paragraph 2 of Article 8, for the prevention and prosecution of serious crimes and for the purpose of addressing serious threats to public security, if under the law of both Contracting Parties it may be used for these other purposes;
 - b) The receiving agency shall on request inform the supplying agency about the use of the supplied data and the results achieved thereby;
 - c) Personal data may be supplied only to the responsible agencies. Any subsequent supply to other agencies may be effected only with the prior approval of the supplying agency;
 - d) The supplying agency shall be obliged to ensure that the data to be supplied are accurate and their foreseeable relevance within the meaning of Article 1 and that they are proportionate to the purpose for which they are supplied. Data are foreseeably relevant if in the concrete case at hand there is the serious possibility that the other Contracting Party has a right to tax and there is nothing to indicate that the data are already known to the competent authority of the other Contracting Party or that the competent authority of the other Contracting Party would learn of the taxable object without the information. Any bans on data supply prescribed under the law of the supplying Contracting Party shall be observed. If it emerges that inaccurate data or data which should not have been supplied have been supplied, the receiving agency shall be informed of this without delay. That agency shall be obliged to correct or erase such data without delay;
 - e) The receiving agency shall inform the person concerned of the data collection by the supplying agency. Upon application the person concerned shall be informed of the supplied data relating to him and of the use to which such data are to be put. The person concerned need not be informed if and as long as on balance it is considered that the public interest in not informing him outweighs his right to be informed;
 - f) The receiving agency shall bear liability in accordance with the law applicable to it in relation to any person suffering unlawful damage in connection with the supply of data pursuant to this Agreement. In relation to the damaged person, the receiving agency may not plead in its defence that the damage had been caused by the supplying agency. If the receiving agency pays compensation for damage as a result of the use of incorrect data

Nutzung fehlerhafter übermittelter Daten entstandene Schäden, so erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Gesamtbetrag der gezahlten Entschädigung.

- g) Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende Recht in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten bestimmte Lösungsfristen vorsieht, weist diese Stelle die empfangende Stelle darauf hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt wurden, nicht mehr erforderlich sind.
 - h) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
 - i) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
4. Nach Artikel 10 des Abkommens wird Einvernehmen darüber erzielt, dass reguläre Kosten der Erledigung eines Auskunftersuchens von der ersuchten Vertragspartei getragen werden. In der Regel decken die regulären Kosten die internen Verwaltungskosten der zuständigen Behörde sowie geringfügige externe Kosten, wie beispielsweise Kurierdienstkosten. Alle angemessenen Kosten, die Dritten bei der Erledigung des Auskunftersuchens entstehen, gelten als außergewöhnliche Kosten und sind von der ersuchenden Vertragspartei zu tragen. Zu den außergewöhnlichen Kosten zählen unter anderem folgende Kosten:
- a) angemessene Gebühren, die für die Beschäftigung von Mitarbeitern durch Dritte zur Unterstützung bei der Erledigung des Ersuchens erhoben werden,
 - b) angemessene Gebühren, die Dritte für Rechercharbeiten erheben,
 - c) angemessene Gebühren, die Dritte für das Kopieren von Unterlagen erheben,
 - d) angemessene Kosten für die Inanspruchnahme von Sachverständigen, Dolmetschern oder Übersetzern,
 - e) angemessene Kosten für die Übermittlung von Unterlagen an die ersuchende Vertragspartei,
 - f) angemessene Prozessführungskosten der ersuchten Vertragspartei im Zusammenhang mit einem bestimmten Auskunftersuchen,
 - g) angemessene Kosten für eidliche mündliche Zeugenaussagen oder Zeugenaussagen vor Gericht und
 - h) angemessene, in Übereinstimmung mit den nach anzuwendendem Recht zulässigen Sätzen festgesetzte Kosten und Aufwendungen von Personen, die freiwillig zu einer Befragung, eidlichen mündlichen Zeugenaussage oder Zeugenaussage vor Gericht im Zusammenhang mit einem bestimmten Auskunftersuchen erscheinen.

Die zuständigen Behörden konsultieren einander in besonderen Fällen, in denen außergewöhnliche Kosten oberhalb eines Betrages von 500 US-\$ zu erwarten sind, um zu klären, ob die ersuchende Vertragspartei das Ersuchen weiterverfolgen und die Kosten tragen möchte.

5. Förmliche Mitteilungen, einschließlich Auskunftersuchen, im Zusammenhang mit oder gemäß dem geschlossenen Abkommen sind unter den nachfolgend angegebenen Anschriften oder einer anderen Anschrift, die eine Vertragspartei der anderen Vertragspartei gegebenenfalls mitteilt, schriftlich und unmittelbar an die zuständige Behörde der anderen Vertragspartei zu richten. Alle einem Auskunftersuchen folgenden Mitteilungen werden je nach Zweckmäßigkeit in schriftlicher oder mündlicher Form an die jeweils zuständige Behörde oder ihre bevollmächtigten Dienststellen gerichtet.

supplied, the supplying agency shall refund to the receiving agency the total amount of the compensation paid;

- g) If the law applicable to the supplying agency provided, with respect to the personal data supplied, for erasure within a certain period of time that agency shall inform the receiving agency accordingly. Irrespective of such periods, supplied personal data shall be erased once they are no longer required for the purpose for which they were supplied;
 - h) The supplying and the receiving agencies shall be obliged to keep official records of the supply and receipt of personal data;
 - i) The supplying and the receiving agencies shall be obliged to take effective measures to protect the personal data supplied against unauthorised access, unauthorised alteration and unauthorised disclosure.
4. Pursuant to Article 10 of the Agreement it is mutually decided that ordinary costs that are incurred for the purpose of responding to a request for information will be borne by the requested Contracting Party. Such ordinary costs will normally cover internal administration costs of the competent authority and any minor external costs such as the cost of couriers. All reasonable costs incurred by third parties in complying with the request for exchange of information are considered extraordinary costs and will be borne by the applicant Contracting Party. Examples of extraordinary costs include, but are not limited to, the following:
- a) reasonable fees charged for staff employed by third parties in assisting with the request;
 - b) reasonable fees charged by third parties for carrying out research;
 - c) reasonable fees charged by third parties for copying documents;
 - d) reasonable costs of engaging experts, interpreters, or translators;
 - e) reasonable costs of conveying documents to the applicant Contracting Party;
 - f) reasonable litigation costs of the requested Contracting Party in relation to a specific request for information;
 - g) reasonable costs for obtaining depositions or testimony; and
 - h) reasonable fees and expenses, determined in accordance with amounts allowed under applicable law, on the person who voluntarily appears for an interview, deposition or testimony relating to a particular information request.

The competent authorities will consult each other in any particular case where extraordinary costs are likely to exceed \$US 500 to determine whether the applicant Contracting Party will continue to pursue the request and bear the cost.

5. Formal communications, including requests for information, made in connection with or pursuant to the provisions of the Agreement entered into will be in writing directly to the competent authority of the other Contracting Party at the addresses given below, or such other address as may be notified by one Contracting Party to the other from time to time. Any subsequent communications regarding requests for information will be either in writing or verbally, whichever is most practical, between the earlier-mentioned competent authorities or their authorised entities.

Zuständige Behörde
für die Bundesrepublik
Deutschland:

Bundeszentralamt für Steuern
53221 Bonn

in Bezug auf
Steuerstrafsachen:

Bundesamt für Justiz
53094 Bonn

Zuständige Behörde
für die Turks- und
Caicosinseln:

Ministry of Finance
and Economic
Planning
NJS Francis Building
Pond Street,
Grand Turk
Turks and Caicos Islands

in Bezug auf
Steuerstrafsachen:

die vorgenannte
zuständige Behörde

Competent authority
for the Federal Republic of
Germany:

Bundeszentralamt für Steuern
53221 Bonn

In respect of criminal
tax matters:

Bundesamt für Justiz
53094 Bonn

Competent authority
for the Turks and Caicos
Islands:

Ministry of Finance
and Economic
Planning
NJS Francis Building
Pond Street,
Grand Turk
Turks and Caicos Islands

In respect of criminal
tax matters:

The above-mentioned
competent authority

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 5. Oktober 2010
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Britischen Jungferninseln
über die Unterstützung in Steuer- und Steuerstrafsachen
durch Informationsaustausch**

Vom 30. September 2011

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in London am 5. Oktober 2010 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Britischen Jungferninseln über die Unterstützung in Steuer- und Steuerstrafsachen durch Informationsaustausch wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 14 Absatz 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 30. September 2011

Der Bundespräsident
Christian Wulff

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister der Finanzen
Schäuble

Der Bundesminister des Auswärtigen
Guido Westerwelle

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Britischen Jungferninseln
über die Unterstützung in Steuer- und Steuerstrafsachen
durch Informationsaustausch**

**Agreement
between The Government of the Federal Republic of Germany
and The Government of the British Virgin Islands
on Assistance in Civil and Criminal Tax Matters
through Exchange of Information**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Britischen Jungferninseln –

The Government of the Federal Republic of Germany
and
The Government of the British Virgin Islands

in Anerkennung der Tatsache, dass die bestehenden Rechtsvorschriften bereits einen Rahmen für die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch in Steuerstrafsachen vorsehen,

Whereas the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the British Virgin Islands ("the Contracting Parties") recognise that present legislation already provides a framework for cooperation and the exchange of information in criminal tax matters;

angesichts der bereits langjährigen aktiven Beteiligung der Vertragsparteien an internationalen Bemühungen zur Bekämpfung der Finanzkriminalität und anderer Straftaten, einschließlich der Terrorismusfinanzierung,

Whereas the Contracting Parties have long been active in international efforts in the fight against financial and other crimes, including the targeting of terrorist financing;

in Anerkennung dessen, dass die Vertragsparteien befugt sind, ein Abkommen über den steuerlichen Informationsaustausch auszuhandeln und zu schließen,

Whereas it is acknowledged that the Contracting Parties are competent to negotiate and conclude a tax information exchange agreement;

angesichts der Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der OECD,

Whereas the Federal Republic of Germany is a Member of the OECD;

angesichts dessen, dass die Britischen Jungferninseln sich am 2. April 2002 förmlich und schriftlich zur Einhaltung der OECD-Standards für Transparenz und Informationsaustausch verpflichtet haben und seitdem aktiv am „Global Forum on Taxation“ der OECD teilnehmen,

Whereas the British Virgin Islands on the 2nd April 2002 entered into a formal written commitment to the OECD's principles of transparency and exchange of information and subsequently have participated actively in the OECD Global Forum on Taxation;

in dem Wunsch, die Bedingungen des steuerlichen Informationsaustauschs zu verbessern und zu erleichtern,

Whereas the Contracting Parties wish to enhance and facilitate the terms and conditions governing the exchange of information relating to taxes;

in der Erkenntnis, dass das folgende Abkommen nur die Vertragsparteien verpflichtet –

Whereas the Contracting Parties recognise that the following Agreement contains obligations on the part of the Contracting Parties only;

sind wie folgt übereingekommen:

Have agreed as follows:

Artikel 1

Article 1

Geltungsbereich des Abkommens

Scope of Agreement

Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien leisten einander Unterstützung durch den Austausch von Informationen, die für die Durchführung des innerstaatlichen Rechts der Vertragsparteien betreffend die unter dieses Abkommen fallenden Steuern voraussichtlich erheblich sind, einschließlich Informationen, die für die Festsetzung, Veranlagung und Erhebung dieser Steuern, für die Vollstreckung von Steuerforderungen oder für Ermittlungen in oder die Verfolgung von Steuerstrafsachen voraussichtlich erheblich sind. Der Informationsaustausch erfolgt in

The competent authorities of the Contracting Parties shall provide assistance through exchange of information that is foreseeably relevant to the administration and enforcement of the domestic laws of the Contracting Parties concerning taxes covered by this Agreement, including information that is foreseeably relevant to the determination, assessment and collection of such taxes, the recovery and enforcement of tax claims, or the investigation or prosecution of criminal tax matters. Information shall be exchanged in accordance with the provisions of this Agree-

Übereinstimmung mit diesem Abkommen und die Informationen werden in der in Artikel 8 vorgesehenen Weise vertraulich behandelt.

ment and shall be treated as confidential in the manner provided in Article 8.

Artikel 2

Zuständigkeit

Die ersuchte Vertragspartei ist nicht zur Erteilung von Informationen verpflichtet, die ihren Behörden nicht vorliegen und sich auch nicht im Besitz oder in der Verfügungsmacht von Personen in ihrem Hoheitsbereich befinden.

Article 2

Jurisdiction

A Requested Contracting Party is not obligated to provide information which is neither held by its authorities nor in the possession or control of persons who are within its territorial jurisdiction.

Artikel 3

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Folgende Steuern fallen unter dieses Abkommen:

- a) auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland
 - die Einkommensteuer,
 - die Körperschaftsteuer,
 - die Gewerbesteuer,
 - die Vermögensteuer,
 - die Erbschaftsteuer,
 - die Umsatzsteuer und
 - die Versicherungsteuer,
 einschließlich der darauf erhobenen Zuschläge;
- b) auf Seiten der Britischen Jungferninseln
 - die Einkommensteuer („income tax“),
 - die Lohnsummensteuer („payroll tax“) und
 - die Grundsteuer („property tax“).

(2) Dieses Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung dieses Abkommens neben den in Absatz 1 genannten Steuern oder an deren Stelle von einem der Hoheitsgebiete erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien verständigen einander über bedeutende Änderungen bei den Besteuerungsmaßnahmen und damit zusammenhängenden Informationsbeschaffungsmaßnahmen, die unter dieses Abkommen fallen.

Article 3

Taxes Covered

1. The taxes covered by this Agreement are:

- (a) in the case of the Federal Republic of Germany
 - the income tax (Einkommensteuer);
 - the corporation tax (Körperschaftsteuer);
 - the trade tax (Gewerbesteuer);
 - the capital tax (Vermögensteuer);
 - the inheritance tax (Erbschaftsteuer);
 - the value added tax (Umsatzsteuer); and
 - the tax on insurance premiums (Versicherungsteuer);
 including the supplements levied thereon;
- (b) in the case of the British Virgin Islands,
 - the income tax;
 - the payroll tax; and
 - the property tax

2. This Agreement shall also apply to any identical or substantially similar taxes imposed by either territory after the date of signature of this Agreement in addition to, or in place of, any of the taxes listed in sub-paragraph 1. The competent authorities of the Contracting Parties shall notify each other of any relevant changes to the taxation and related information gathering measures covered by this Agreement.

Artikel 4

Begriffsbestimmungen

(1) Für die Zwecke dieses Abkommens, soweit nichts anderes bestimmt ist,

- a) bedeutet „Britische Jungferninseln“ das Hoheitsgebiet der Jungferninseln im Sinne des Erlasses zur Verfassung der Jungferninseln von 2007 („Virgin Islands Constitution Order 2007“);
- b) bedeutet „Bundesrepublik Deutschland“ das Gebiet, in dem das Steuerrecht der Bundesrepublik Deutschland gilt;
- c) bedeutet „zuständige Behörde“
 - (i) in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen oder die Behörde, an die es seine Befugnisse delegiert hat; in Steuerstrafsachen ist dies das Bundesministerium der Justiz oder die Behörde, an die es seine Befugnisse delegiert hat;
 - (ii) auf den Britischen Jungferninseln den „Financial Secretary“ oder eine von ihm schriftlich benannte Person oder Behörde;
- d) bedeutet „Vertragspartei“ je nach dem Zusammenhang die Regierung der Bundesrepublik Deutschland beziehungsweise die Regierung der Britischen Jungferninseln;
- e) bedeutet „Informationen“ Tatsachen, Erklärungen, Unterlagen oder Aufzeichnungen jeder Art;

Article 4

Definitions

1. For the purposes of this Agreement, unless otherwise defined:

- (a) “British Virgin Islands” means the territory of the Virgin Islands as referred to in the Virgin Islands Constitution Order 2007;
- (b) “Federal Republic of Germany” means the area in which the tax law of the Federal Republic of Germany is in force;
- (c) “competent authority” means
 - (i) in the case of the Federal Republic of Germany, the Federal Ministry of Finance or the agency to which it has delegated its power; which in respect of criminal tax matters will be the Federal Ministry of Justice or the agency to which it has delegated its power; and
 - (ii) in the case of the British Virgin Islands, the Financial Secretary or a person or authority designated by him in writing;
- (d) “Contracting Party” means the Government of the Federal Republic of Germany or the Government of the British Virgin Islands as the context requires;
- (e) “information” means any fact, statement, document or record in whatever form;

- f) bedeutet „Informationsbeschaffungsmaßnahmen“ die gerichtlichen, aufsichtsrechtlichen und administrativen Gesetze und Verfahren, die eine Vertragspartei zur Einholung und Erteilung der erbetenen Informationen befähigen;
- g) bedeutet „Staatsangehöriger“
- (i) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;
 - (ii) in Bezug auf die Britischen Jungferninseln alle Personen, die gemäß dem Erlass zur Verfassung der Britischen Jungferninseln von 2007 („Virgin Islands Constitution Order 2007“, „Statutory Instrument 2007 No. 1678“) den Jungferninseln angehören oder gemäß der Einwanderungs- und Passverordnung („Immigration and Passport Ordinance, Cap. 130“) eine Aufenthaltserlaubnis der Britischen Jungferninseln besitzen; sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften, Personenvereinigungen und sonstigen Rechtsträger, die nach dem auf den Britischen Jungferninseln geltenden Recht errichtet worden sind;
- h) umfasst „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
- i) bedeutet „Gesellschaft“ eine juristische Person oder einen Rechtsträger, der für die Besteuerung wie eine juristische Person behandelt wird;
- j) bedeutet „börsennotierte Gesellschaft“ eine Gesellschaft, deren Hauptaktiengattung an einer anerkannten Börse notiert ist und deren notierte Aktien von jedermann ohne Weiteres erworben oder veräußert werden können. Aktien können „von jedermann“ erworben oder veräußert werden, wenn der Erwerb oder die Veräußerung von Aktien weder implizit noch explizit auf eine begrenzte Investorengruppe beschränkt ist;
- k) bedeutet „Hauptaktiengattung“ die Aktiengattung oder Aktiengattungen, die eine Mehrheit der Stimmrechtsanteile und des Wertes der Gesellschaft darstellen;
- l) bedeutet „anerkannte Börse“ eine Börse, auf die sich die zuständigen Behörden der Vertragsparteien verständigen;
- m) bedeutet „Investmentsystem für gemeinsame Anlagen“ eine Investitionsform für gemeinsame Anlagen, ungeachtet der Rechtsform; und „öffentliches Investmentssystem für gemeinsame Anlagen“ bedeutet ein Investmentssystem beziehungsweise einen Investmentfonds für gemeinsame Anlagen, bei dem der Erwerb, die Veräußerung oder der Rückkauf von Gesellschaftsanteilen oder sonstigen Anteilen weder implizit noch explizit auf eine begrenzte Anlegergruppe beschränkt ist;
- n) bedeutet „ersuchte Vertragspartei“ die Vertragspartei, die um Erteilung von Informationen ersucht wird oder in Beantwortung eines Ersuchens Informationen erteilt hat;
- o) bedeutet „ersuchende Vertragspartei“ die Vertragspartei, die ein Auskunftersuchen stellt oder von der ersuchten Vertragspartei Informationen erhalten hat;
- p) bedeutet „Strafrecht“ sämtliche nach innerstaatlichem Recht als solche bezeichneten strafrechtlichen Bestimmungen, unabhängig davon, ob sie im Steuerrecht, im Strafgesetzbuch oder in anderen Gesetzen enthalten sind;
- q) bedeutet „Steuerstrafsachen“ Steuersachen im Zusammenhang mit vorsätzlichem Verhalten, das nach dem Strafrecht der ersuchenden Vertragspartei strafbewehrt ist;
- r) bedeutet „Steuer“ jede unter dieses Abkommen fallende Steuer;
- s) bedeutet der Ausdruck „Steuersachen“ alle Steuersachen einschließlich Steuerstrafsachen.
- (f) “information gathering measures” means judicial, regulatory or administrative laws and procedures enabling a Contracting Party to obtain and provide the information requested;
- (g) “national” means
- (i) in relation to the Federal Republic of Germany, any German within the meaning of the Basic Law (Grundgesetz) of the Federal Republic of Germany and any legal person, partnership and association deriving its status as such from the laws in force in the Federal Republic of Germany;
 - (ii) in relation to the British Virgin Islands, any person who belongs to the British Virgin Islands by virtue of the Virgin Islands Constitution Order 2007 (Statutory Instrument 2007 No. 1678) or has a certificate of residence of the British Virgin Islands by virtue of the Immigration and Passport Ordinance (Cap. 130); and any legal person, partnership, association or other entity deriving its status as such from the laws in force in the British Virgin Islands.
- (h) “person” includes an individual (“natural person”), a company or any other body of persons,
- (i) “company” means any body corporate or any entity that is treated as a body corporate for tax purposes;
- (j) “publicly traded company” means any company whose principal class of shares is listed on a recognised stock exchange provided its listed shares can be readily purchased or sold by the public. Shares can be purchased or sold “by the public” if the purchase or sale of shares is not implicitly or explicitly restricted to a limited group of investors,
- (k) “principal class of shares” means the class or classes of shares representing a majority of the voting power and value of the company,
- (l) “recognised stock exchange” means any stock exchange agreed upon by the competent authorities of the Contracting Parties,
- (m) “collective investment scheme” means any pooled investment vehicle irrespective of legal form; and “public collective investment scheme” means any collective investment scheme or fund, in which the purchase, sale or redemption of shares or other interests is not implicitly or explicitly restricted to a limited group of investors;
- (n) “Requested Contracting Party” means the party to this Agreement which is requested to provide or has provided information in response to a request;
- (o) “Requesting Contracting Party” means the party to this Agreement submitting a request for or having received information from the Requested Contracting Party;
- (p) “criminal laws” means all criminal laws designated as such under domestic law irrespective of whether contained in the tax laws, the criminal code or other statutes;
- (q) “criminal tax matters” means tax matters involving intentional conduct which is liable to prosecution under the criminal laws of the Requesting Contracting Party;
- (r) “tax” means any tax covered by this Agreement;
- (s) “tax matters” means all tax matters including criminal tax matters.

(2) Bei der Anwendung dieses Abkommens durch eine Vertragspartei hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm zu diesem Zeitpunkt nach dem Recht dieser Vertragspartei zukommt, wobei die Bedeutung nach dem anzuwendenden Steuerrecht dieser Vertragspartei den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die dem Ausdruck nach anderem Recht dieser Vertragspartei zukommt.

Artikel 5

Informationsaustausch auf Ersuchen

(1) Auf schriftliches Ersuchen der ersuchenden Vertragspartei erteilt die zuständige Behörde der ersuchten Vertragspartei Informationen für die in Artikel 1 genannten Zwecke. Diese Informationen werden ohne Rücksicht darauf ausgetauscht, ob das Verhalten, das Gegenstand der Ermittlungen ist, nach dem Recht der ersuchten Vertragspartei eine Straftat darstellen würde, wäre es im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei erfolgt. Sind die von der zuständigen Behörde der ersuchten Vertragspartei erhaltenen Informationen nicht ausreichend, um dem Auskunftersuchen entsprechen zu können, teilt die zuständige Behörde der ersuchten Vertragspartei dies der zuständigen Behörde der ersuchenden Vertragspartei mit und ersucht um die für eine erfolgreiche Bearbeitung des Ersuchens gegebenenfalls erforderlichen zusätzlichen Informationen.

(2) Reichen die der zuständigen Behörde der ersuchten Vertragspartei vorliegenden Informationen nicht aus, um dem Auskunftersuchen entsprechen zu können, so ergreift die ersuchte Vertragspartei alle geeigneten Informationsbeschaffungsmaßnahmen, um der ersuchenden Vertragspartei die erbetenen Informationen zu erteilen, auch wenn die ersuchte Vertragspartei diese Informationen nicht für eigene steuerliche Zwecke benötigt.

(3) Auf ausdrückliches Ersuchen der zuständigen Behörde der ersuchenden Vertragspartei erteilt die zuständige Behörde der ersuchten Vertragspartei nach diesem Artikel Informationen in Form von Zeugenaussagen und beglaubigten Kopien von Originaldokumenten in dem nach ihrem innerstaatlichen Recht zulässigen Umfang.

(4) Beide Vertragsparteien gewährleisten, dass ihre zuständige Behörde für die Zwecke dieses Abkommens die Befugnis hat, folgende Informationen auf Ersuchen einzuholen oder zu erteilen:

- a) Informationen von Banken, anderen Finanzinstituten oder Personen, einschließlich Bevollmächtigten und Treuhändern, die als Vertreter oder in treuhänderischer Eigenschaft handeln;
- b) (i) Informationen über die Eigentumsverhältnisse an Gesellschaften, Personengesellschaften, Trusts und anderen Personen; dies umfasst bei Investmentfonds und -systemen für gemeinsame Anlagen Informationen über Gesellschaftsanteile, Fondsanteile und sonstige Anteile;
- (ii) bei Trusts umfasst dies Informationen über Treugeber, Treuhänder, Treuhandbegünstigte und Protektoren; bei Stiftungen Informationen über Stifter, Mitglieder des Stiftungsrats und Begünstigte;

dies gilt unter der Voraussetzung, dass dieses Abkommen keine Verpflichtung der Vertragsparteien begründet, Informationen über die Eigentumsverhältnisse börsennotierter Gesellschaften oder öffentlicher Investmentfonds beziehungsweise -systeme für gemeinsame Anlagen einzuholen oder zu erteilen, es sei denn, diese Informationen können ohne unverhältnismäßig große Schwierigkeiten eingeholt werden.

(5) Im Rahmen eines Auskunftersuchens nach diesem Abkommen übermittelt die zuständige Behörde der ersuchenden Vertragspartei der zuständigen Behörde der ersuchten Vertragspartei als Nachweis für die voraussichtliche Erheblichkeit der Informationen für das Ersuchen die folgenden Angaben:

2. As regards the application of this Agreement at any time by a Contracting Party, any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning that it has at that time under the law of that Contracting Party, any meaning under the applicable tax laws of that Contracting Party prevailing over a meaning given to the term under other laws of that Contracting Party.

Article 5

Exchange of Information upon Request

1. The competent authority of a Requested Contracting Party shall provide upon request in writing by the Requesting Contracting Party information for the purposes referred to in Article 1. Such information shall be exchanged without regard to whether the conduct being investigated would constitute a crime under the laws of the Requested Contracting Party if it occurred in the territory of the Requested Contracting Party. If the information received by the competent authority of the Requested Contracting Party is not sufficient to enable it to comply with the request for information, it shall advise the competent authority of the Requesting Contracting Party of that fact and request such additional information as may be required to enable the effective processing of the request.

2. If the information in possession of the competent authority of the Requested Contracting Party is not sufficient to enable it to comply with the request for the information, the Requested Contracting Party shall use all relevant information gathering measures to provide the Requesting Contracting Party with the information requested, notwithstanding that the Requested Contracting Party may not need such information for its own tax purposes.

3. If specifically requested by the competent authority of the Requesting Contracting Party, the competent authority of the Requested Contracting Party shall provide information under this Article, to the extent allowable under its domestic laws, in the form of depositions of witnesses and authenticated copies of original records.

4. Each Contracting Party shall ensure that its competent authority, for the purposes of this Agreement, has the authority to obtain and provide upon request:

- (a) information held by banks, other financial institutions, and any person, including nominees and trustees, acting in an agency or fiduciary capacity;
- (b) (i) information regarding the beneficial ownership of companies, partnerships, trusts and other persons, including in the case of collective investment funds and schemes, information on shares, units and other interests;
- (ii) in the case of trusts, information on settlors, trustees, beneficiaries and protectors; and in the case of foundations, information on founders, members of the foundation council and beneficiaries,

provided that this Agreement does not create an obligation on the Contracting Parties to obtain or provide ownership information with respect to publicly traded companies or public collective investment funds or schemes, unless such information can be obtained without giving rise to disproportionate difficulties.

5. The competent authority of the Requesting Contracting Party shall provide the following information to the competent authority of the Requested Contracting Party when making a request for information under this Agreement in order to demonstrate the foreseeable relevance of the information to the request:

- a) die Bezeichnung der Person, die Gegenstand der Prüfung oder Ermittlung ist,
- b) den Zeitraum, für den die Informationen erbeten werden,
- c) die Art der erbetenen Informationen, einschließlich einer Beschreibung der erbetenen konkreten Beweismittel, und die Form, in der die Informationen der ersuchenden Vertragspartei vorzugsweise zu übermitteln sind;
- d) die steuerlichen Zwecke, für die die Informationen erbeten werden, und die Gründe für die Annahme, dass die erbetenen Informationen für die Durchführung des innerstaatlichen Rechts der ersuchenden Vertragspartei voraussichtlich erheblich sind;
- e) berechnete Gründe für die Annahme, dass die erbetenen Informationen im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei vorliegen oder sich im Besitz oder in der Verfügungsmacht einer Person befinden, die der Zuständigkeit der ersuchten Vertragspartei unterliegt;
- f) den Namen und die Anschrift von Personen, soweit bekannt, in deren Besitz oder Verfügungsmacht sich die erbetenen Informationen vermutlich befinden;
- g) eine Erklärung, dass das Ersuchen diesem Abkommen sowie dem Recht und der Verwaltungspraxis der ersuchenden Vertragspartei entspricht und dass die erbetenen Informationen, würden sie sich im Hoheitsbereich der ersuchenden Vertragspartei befinden, von der zuständigen Behörde der ersuchenden Vertragspartei nach deren Recht eingeholt werden könnten;
- h) eine Erklärung, dass die ersuchende Vertragspartei alle in ihrem eigenen Hoheitsgebiet zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Einholung der Informationen ausgeschöpft hat, ausgenommen solche, die unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen würden.

(6) Die zuständige Behörde der ersuchten Vertragspartei übermittelt der zuständigen Behörde der ersuchenden Vertragspartei die erbetenen Informationen so umgehend wie möglich. Um eine umgehende Antwort sicherzustellen,

- a) bestätigt die zuständige Behörde der ersuchten Vertragspartei der zuständigen Behörde der ersuchenden Vertragspartei den Eingang eines Ersuchens schriftlich und unterrichtet die zuständige Behörde der ersuchenden Vertragspartei innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Ersuchens über etwaige Mängel des Ersuchens;
- b) unterrichtet die zuständige Behörde der ersuchten Vertragspartei die zuständige Behörde der ersuchenden Vertragspartei unverzüglich in schriftlicher Form, wenn sie die erbetenen Informationen nicht innerhalb von 90 Tagen nach Eingang des Ersuchens einholen und erteilen konnte, die Informationsbeschaffung auf Hindernisse stößt oder die Informationserteilung von der zuständigen Behörde der ersuchten Vertragspartei verweigert wird, unter Angabe der Gründe für ihre Erfolglosigkeit bei der Informationseinholung und -erteilung, die aufgetretenen Hindernisse beziehungsweise für ihre Verweigerung der Informationserteilung.

Artikel 6

Steuerprüfungen (oder steuerliche Ermittlungen) im Ausland

(1) Nach angemessener Ankündigung durch die ersuchende Vertragspartei kann die ersuchte Vertragspartei, soweit dies nach ihrem innerstaatlichen Recht zulässig ist, Vertretern der zuständigen Behörde der ersuchenden Vertragspartei die Einreise in das Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei im Zusammenhang mit einem Ersuchen um Befragung von Personen und Prüfung von Unterlagen gestatten, vorbehaltlich der schriftlichen Zustimmung der Betroffenen. Die zuständige Behörde der ersuchenden Vertragspartei unterrichtet die zuständige Behörde der ersuch-

- (a) the identity of the person under examination or investigation;
- (b) the period for which the information is requested;
- (c) the nature and type of the information requested, including a description of the specific evidence sought and the form in which the Requesting Contracting Party would prefer to receive the information;
- (d) the tax purposes for which the information is sought and the reasons for believing that the information requested is foreseeably relevant to the administration or enforcement of the domestic laws of the Requesting Contracting Party;
- (e) reasonable grounds for believing that the information requested is present in the territory of the Requested Contracting Party or is in the possession or control of a person subject to the jurisdiction of the Requested Contracting Party;
- (f) to the extent known, the name and address of any person believed to be in possession or control of the information requested;
- (g) a statement that the request is in conformity with this Agreement and the laws and administrative practices of the Requesting Contracting Party, and that if the requested information were within the jurisdiction of the Requesting Contracting Party then the competent authority of the Requesting Contracting Party would be able to obtain the information under the laws of the Requesting Contracting Party;
- (h) a statement that the Requesting Contracting Party has pursued all means available in its own territory to obtain the information, except those that would give rise to disproportionate difficulties.

6. The competent authority of the Requested Contracting Party shall forward the requested information as promptly as possible to the competent authority of the Requesting Contracting Party. To ensure a prompt response, the competent authority of the Requested Contracting Party shall:

- (a) confirm the receipt of a request in writing to the competent authority of the Requesting Contracting Party and shall notify the competent authority of the Requesting Contracting Party of any deficiencies in the request within 60 days of receipt of the request; and
- (b) if the competent authority of the Requested Contracting Party has been unable to obtain and provide the information requested within 90 days of receipt of the request, or if obstacles are encountered in furnishing the information, or if the competent authority of the Requested Contracting Party refuses to provide the information, it shall immediately inform the competent authority of the Requesting Contracting Party in writing explaining the reasons for its inability to obtain and provide the information or the obstacles encountered or for its refusal.

Article 6

Tax Examinations (or Investigations) Abroad

1. The Requested Contracting Party may, to the extent permitted under its domestic laws, following reasonable notice from the Requesting Contracting Party, allow representatives of the competent authority of the Requesting Contracting Party to enter the territory of the Requested Contracting Party in connection with a request to interview persons and examine records with the prior written consent of the persons concerned. The competent authority of the Requesting Contracting Party shall notify the competent authority of the Requested Contracting

ten Vertragspartei über Zeitpunkt und Ort des geplanten Treffens mit den Betroffenen.

(2) Auf Ersuchen der zuständigen Behörde der ersuchenden Vertragspartei kann die zuständige Behörde der ersuchten Vertragspartei in Übereinstimmung mit ihrem innerstaatlichen Recht gestatten, dass Vertreter der zuständigen Behörde der ersuchenden Vertragspartei während des relevanten Teils einer Steuerprüfung im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei anwesend sind.

(3) Wird dem in Absatz 2 bezeichneten Ersuchen stattgegeben, so unterrichtet die zuständige Behörde der die Prüfung durchführenden ersuchten Vertragspartei so bald wie möglich die zuständige Behörde der ersuchenden Vertragspartei über Zeitpunkt und Ort der Prüfung, über die zur Durchführung der Prüfung befugte Behörde oder Person sowie über die von der ersuchten Vertragspartei für die Durchführung der Prüfung vorgeschriebenen Verfahren und Bedingungen. Alle Entscheidungen im Zusammenhang mit der Durchführung der Prüfung werden von der die Prüfung durchführenden ersuchten Vertragspartei in Übereinstimmung mit ihrem innerstaatlichen Recht getroffen.

Artikel 7

Möglichkeit der Ablehnung eines Ersuchens

(1) Die zuständige Behörde der ersuchten Vertragspartei kann die Unterstützung ablehnen, wenn

- a) das Ersuchen nicht in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gestellt wurde,
- b) die ersuchende Vertragspartei nicht alle in ihrem eigenen Gebiet zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Einholung der Informationen ausgeschöpft hat, es sei denn, der Rückgriff auf derartige Maßnahmen würde unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen, oder
- c) die Erteilung der erbetenen Informationen der öffentlichen Ordnung der ersuchten Vertragspartei widerspräche.

(2) Dieses Abkommen verpflichtet eine Vertragspartei nicht zur Erteilung von Informationen, die einem Aussageverweigerungsrecht unterliegen oder durch die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgegeben würde. Die in Artikel 5 Absatz 4 bezeichneten Informationen gelten nicht allein aufgrund dieser Tatsache als ein solches Geheimnis oder Geschäftsverfahren.

(3) Ein Auskunftersuchen darf nicht aus dem Grund abgelehnt werden, dass die dem Ersuchen zugrunde liegende Steuerschuld vom Steuerpflichtigen bestritten wird.

(4) Die ersuchte Vertragspartei ist nicht zur Einholung und Erteilung von Informationen verpflichtet,

- a) die die zuständige Behörde der ersuchenden Vertragspartei nach deren Recht nicht einholen könnte, wenn sich die erbetenen Informationen im Hoheitsbereich der ersuchenden Vertragspartei befänden;
- b) die sich im Besitz oder in der Verfügungsmacht einer anderen Person als dem Steuerpflichtigen befinden und sich nicht unmittelbar auf den Steuerpflichtigen beziehen;
- c) die sich auf einen Zeitraum beziehen, der mehr als sechs Jahre vor dem geprüften Veranlagungszeitraum liegt.

(5) Die ersuchte Vertragspartei kann ein Auskunftersuchen ablehnen, wenn die Informationen von der ersuchenden Vertragspartei zur Durchführung einer Bestimmung ihres Steuerrechts oder einer damit zusammenhängenden Anforderung erbeten werden, die einen Staatsangehörigen oder Bürger der ersuchten Vertragspartei gegenüber einem Staatsangehörigen oder Bürger der ersuchenden Vertragspartei unter den gleichen Umständen benachteiligt.

Party of the time and place of the intended meeting with the persons concerned.

2. At the request of the competent authority of the Requesting Contracting Party, the competent authority of the Requested Contracting Party may, in accordance with its domestic laws, permit representatives of the competent authority of the Requesting Contracting Party to be present at the appropriate part of a tax examination in the territory of the Requested Contracting Party.

3. If the request referred to in paragraph 2 is granted, the competent authority of the Requested Contracting Party conducting the examination shall, as soon as possible, notify the competent authority of the Requesting Contracting Party of the time and place of the examination, the authority or person authorised to carry out the examination and the procedures and conditions required by the Requested Contracting Party for the conduct of the examination. All decisions regarding the conduct of the examination shall be made by the Requested Contracting Party conducting the examination in accordance with its domestic laws.

Article 7

Possibility of Declining a Request

1. The competent authority of the Requested Contracting Party may decline to assist:

- (a) where the request is not made in conformity with this Agreement;
- (b) where the Requesting Contracting Party has not pursued all means available in its own territory to obtain the information, except where recourse to such means would give rise to disproportionate difficulty; or
- (c) where the disclosure of the information requested would be contrary to the public policy (ordre public) of the Requested Contracting Party.

2. This Agreement shall not impose upon a Contracting Party any obligation to provide information subject to legal privilege, or information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process. Information described in Article 5(4) shall not by reason of that fact alone constitute such a secret or process.

3. A request for information shall not be refused on the ground that the tax liability giving rise to the request is disputed by the taxpayer.

4. The Requested Contracting Party shall not be required to obtain and provide:

- (a) information which, if the requested information was within the jurisdiction of the Requesting Contracting Party, the competent authority of the Requesting Contracting Party would not be able to obtain under its laws;
- (b) information in the possession or control of a person other than the taxpayer that does not directly relate to the taxpayer;
- (c) information relating to a period more than six years prior to the tax period under consideration.

5. The Requested Contracting Party may decline a request for information if the information is requested by the Requesting Contracting Party to administer or enforce a provision of the tax law of the Requesting Contracting Party, or any requirement connected therewith, which discriminates against a national or citizen of the Requested Contracting Party as compared with a national or citizen of the Requesting Contracting Party in the same circumstances.

Artikel 8**Vertraulichkeit**

(1) Die von der zuständigen Behörde einer Vertragspartei erteilten und empfangenen Informationen sind vertraulich zu behandeln und ebenso zu schützen wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieser Vertragspartei eingeholten Informationen. Sie dürfen nur den von Amts wegen mit den in Artikel 1 bezeichneten Aufgaben befassten Personen oder Behörden (einschließlich Gerichten und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden und von diesen nur für die in Artikel 1 bezeichneten Zwecke, einschließlich der Entscheidung über Rechtsbehelfe, sowie für die Aufsicht darüber verwendet werden. Für diese Zwecke dürfen die Informationen in einem verwaltungs- oder strafrechtlichen Ermittlungsverfahren, einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder einer Gerichtsentscheidung offengelegt werden, sofern dies nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragsparteien vorgesehen ist.

(2) Die Informationen dürfen ohne ausdrückliche schriftliche Zustimmung der zuständigen Behörde der ersuchten Vertragspartei nicht für andere als die in Artikel 1 bezeichneten Zwecke verwendet werden.

(3) Die einer ersuchenden Vertragspartei erteilten Informationen dürfen keinem anderen Hoheitsbereich bekannt gegeben werden.

Artikel 9**Schutzmaßnahmen**

Dieses Abkommen berührt nicht die Rechte und Schutzmaßnahmen, die Personen durch die Gesetze oder die Verwaltungspraxis der ersuchten Vertragspartei gewährleistet werden. Die Rechte und Schutzmaßnahmen dürfen von der ersuchten Vertragspartei nicht so angewendet werden, dass ein wirksamer Informationsaustausch unangemessen verzögert oder verhindert wird.

Artikel 10**Kosten**

Die Vertragsparteien verständigen sich über angefallene Kosten der geleisteten Unterstützung (einschließlich angemessener Kosten für Dritte und externe Berater, unter anderem im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten).

Artikel 11**Sprache**

Unterstützungsersuchen und Antworten auf Ersuchen sind in englischer Sprache abzufassen.

Artikel 12**Verständigungsverfahren**

(1) Treten zwischen den Vertragsparteien Schwierigkeiten oder Zweifel bezüglich der Durchführung oder Auslegung dieses Abkommens auf, so bemühen sich die jeweiligen zuständigen Behörden nach besten Kräften, die Angelegenheit in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

(2) Über die in Absatz 1 bezeichneten Bemühungen hinaus können die zuständigen Behörden der Vertragsparteien gemeinsam die nach den Artikeln 5 und 6 anzuwendenden Verfahren festlegen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien können für die Zwecke dieses Abkommens unmittelbar miteinander verkehren.

(4) Die Vertragsparteien können sich auch auf andere Formen der Streitbeilegung einigen.

Article 8**Confidentiality**

1. Any information provided and received by the competent authority of a Contracting Party shall be treated as confidential and shall be protected in the same manner as information obtained under the domestic laws of that Contracting Party. It shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) officially concerned with the purposes specified in Article 1 and used by such persons or authorities only for such purposes, including the determination of any appeal, or the oversight of the above. For these purposes, information may be disclosed in administrative or criminal investigations, in public court proceedings or in judicial decisions, if this is provided for in the domestic laws of the Contracting Parties.

2. The information may not be used for any purpose other than for the purposes stated in Article 1 without the express written consent of the competent authority of the Requested Contracting Party.

3. Information provided to a Requesting Contracting Party shall not be disclosed to any other jurisdiction.

Article 9**Safeguards**

Nothing in this Agreement shall affect the rights and safeguards secured to persons by the laws or administrative practice of the Requested Contracting Party. The rights and safeguards may not be applied by the Requested Contracting Party in a manner that unduly prevents or delays effective exchange of information.

Article 10**Costs**

The Incidence of costs incurred in providing assistance (including reasonable costs of third parties and external advisors in connection with litigation or otherwise) shall be agreed by the Contracting Parties.

Article 11**Language**

Requests for assistance and responses thereto shall be drawn up in English.

Article 12**Mutual Agreement Procedure**

1. Where difficulties or doubts arise between the Contracting Parties regarding the implementation or interpretation of this Agreement, the respective competent authorities shall use their best efforts to resolve the matter by mutual agreement.

2. In addition to the endeavours referred to in paragraph 1, the competent authorities of the Contracting Parties may mutually determine the procedures to be used under Articles 5 and 6.

3. The competent authorities of the Contracting Parties may communicate with each other directly for the purposes of this Agreement.

4. The Contracting Parties may also agree on other forms of dispute resolution.

Artikel 13
Protokoll

Das angefügte Protokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Article 13
Protocol

The attached Protocol shall be an integral part of this Agreement.

Artikel 14
Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, dass ihre jeweiligen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Abkommens erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Notifikation.

(2) Dieses Abkommen ist nach seinem Inkrafttreten anzuwenden

- a) auf Steuerstrafsachen und
- b) auf alle anderen unter Artikel 1 fallenden Angelegenheiten, jedoch nur in Bezug auf die am oder nach dem Tag des Inkrafttretens beginnenden Veranlagungszeiträume oder, soweit es keinen Veranlagungszeitraum gibt, alle am oder nach diesem Tag entstehenden Steuern.

Article 14
Entry into Force

1. This Agreement shall enter into force one month from the date on which the Contracting Parties have notified each other that their respective requirements for the entry into force of this Agreement have been fulfilled. The relevant date shall be the day on which the last notification is received.

2. Upon the date of entry into force, this Agreement shall have effect:

- (a) for criminal tax matters on that date; and
- (b) for all other matters covered in Article 1 on that date, but only in respect of taxable periods beginning on or after that date or, where there is no taxable period, all charges to tax arising on or after that date.

Artikel 15
Kündigung

(1) Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einer Vertragspartei gekündigt wird.

(2) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen schriftlich kündigen. Die Kündigung wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitraum von drei Monaten nach Eingang der Kündigung bei der anderen Vertragspartei folgt.

(3) Wird das Abkommen gekündigt, so bleiben die Vertragsparteien in Bezug auf die nach diesem Abkommen eingeholten Informationen an Artikel 8 gebunden. Alle bis zum Tag des Wirksamwerdens der Kündigung eingegangenen Ersuchen werden in Übereinstimmung mit diesem Abkommen bearbeitet.

Geschehen zu London am 5. Oktober 2010 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Article 15
Termination

1. This Agreement shall remain in force until terminated by either Contracting Party.

2. Either Contracting Party may terminate this Agreement by giving notice of termination in writing. Such termination shall become effective on the first day of the month following the expiration of a period of three months after the date of receipt of notice of termination by the other Contracting Party.

3. If the Agreement is terminated the Contracting Parties shall remain bound by the provisions of Article 8 with respect to any information obtained under this Agreement. All requests received up to the effective date of termination shall be dealt with in accordance with the terms of this Agreement.

Done at London in duplicate this 5th day of October 2010, in the German and English languages, each text being equally authentic.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany

Georg Boomgaarden

Für die Regierung der Britischen Jungferninseln
For the Government of the British Virgin Islands

Dancia Penn

Protokoll
zum Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Britischen Jungferninseln
über die Unterstützung in Steuer- und Steuerstrafsachen
durch Informationsaustausch

Protocol
to the Agreement
between The Government of the Federal Republic of Germany
and The Government of the British Virgin Islands
on Assistance in Civil and Criminal Tax Matters
through Exchange of Information

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Britischen Jungferninseln (die „Vertragsparteien“) haben anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens über die Unterstützung in Steuer- und Steuerstrafsachen durch Informationsaustausch nachstehende Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind:

1. Die beiden Vertragsparteien wenden gegenüber Inlandsansässigen oder Staatsangehörigen einer der beiden Vertragsparteien keine nachteiligen oder einschränkenden Maßnahmen aufgrund schädlicher Steuerpraktiken an, solange dieses Abkommen in Kraft und wirksam ist.
 - a) Eine „nachteilige oder einschränkende Maßnahme aufgrund schädlicher Steuerpraktiken“ ist eine Maßnahme, die eine Vertragspartei gegenüber Inlandsansässigen oder Staatsangehörigen einer der beiden Vertragsparteien anwendet, weil die andere Vertragspartei keinen wirksamen Informationsaustausch betreibt und/oder weil die Anwendung ihrer Gesetze, Vorschriften oder Verwaltungspraktiken nicht transparent ist oder weil keine oder nur sehr geringe Steuern erhoben werden und gleichzeitig eines der vorstehenden Kriterien vorliegt.
 - b) Ohne die Allgemeingültigkeit von Buchstabe a einzuschränken, umfasst der Ausdruck „nachteilige oder einschränkende Maßnahme“ die Versagung eines Abzugs, einer Anrechnung oder einer Befreiung, die Erhebung einer Steuer, Gebühr oder Abgabe oder besondere Meldepflichten, aber nicht allgemein anwendbare Maßnahmen, die eine der Vertragsparteien allgemein unter anderem auf Mitglieder der OECD anwendet.
2. Die beiden Vertragsparteien erkennen an, dass sie nicht um Informationen ohne offensichtliche Verbindung zu einer laufenden Untersuchung oder Ermittlung ersuchen dürfen; dies entspricht Randziffer 57 des Kommentars zum OECD-Musterabkommen über den Informationsaustausch in Steuer-sachen von 2002. In Bezug auf Artikel 5 Absatz 5 Buchstabe a wird davon ausgegangen, dass die Bezeichnung der Person, die Gegenstand der Prüfung oder Ermittlung ist, anhand hinreichender Angaben – üblicherweise Name und, soweit bekannt, Anschrift, Kontonummer oder ähnliche identifizierende Angaben – festzustellen ist.
3. Personenbezogene Daten dürfen übermittelt werden, soweit dies zur Durchführung dieses Abkommens erforderlich ist. Darüber hinaus gilt Folgendes:
 - a) Die empfangende Stelle darf diese Daten gemäß Artikel 8 Absatz 2 nur zu dem von der übermittelnden Stelle angegebenen Zweck verwenden und unterliegt dabei den

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the British Virgin Islands (the “Contracting Parties”) have agreed at the signing of the Agreement on Assistance in Civil and Criminal Tax Matters through Exchange of Information on the following provisions which shall form an integral part of the said Agreement:

1. Neither of the Contracting Parties shall apply prejudicial or restrictive measures based on harmful tax practices to residents or nationals of either Contracting Party so long as this Agreement is in force and effective.
 - a) A “prejudicial or restrictive measure based on harmful tax practices” is a measure applied by one Contracting Party to residents or nationals of either Contracting Party on the basis that the other Contracting Party does not engage in effective exchange of information and/or because it lacks transparency in the operation of its laws, regulations or administrative practices, or on the basis of no or nominal taxes and one of the preceding criteria.
 - b) Without limiting the generality of subparagraph a, the term “prejudicial or restrictive measure” includes the denial of a deduction, credit or exemption, the imposition of a tax, charge or levy, or special reporting requirements, but does not include any generally applicable measures, applied by either Contracting party against, amongst others, members of the OECD generally.
2. Both Contracting Parties recognise that they are not at liberty to request information without an apparent nexus to an open enquiry or investigation, which is in line with number 57 of the commentary to the OECD Model Agreement on Exchange of Information on Tax Matters of 2002. With respect to subparagraph a of paragraph 5 of Article 5 it is understood that the identity of the person under examination or investigation must be determined by sufficient information, typically the name and, to the extent known, the address, account number or similar identifying information.
3. Personal data may be transmitted to the extent necessary for carrying out the provisions of this Agreement. In addition, the following shall apply:
 - a) The receiving agency may use such data in compliance with paragraph 2 of Article 8 only for the purpose stated by the supplying agency and shall be subject to the

durch die übermittelnde Stelle vorgeschriebenen und mit Artikel 8 übereinstimmenden Bedingungen.

- b) Ungeachtet der Bestimmungen des Artikels 8 Absatz 2 können die Informationen für andere Zwecke verwendet werden, wenn sie nach dem Recht beider Vertragsparteien für diese anderen Zwecke verwendet werden dürfen und die zuständige Behörde der übermittelnden Vertragspartei dieser Verwendung zugestimmt hat. Ohne vorherige Zustimmung der übermittelnden Vertragspartei ist eine Verwendung für andere Zwecke nur zulässig, wenn sie zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden dringenden Gefahr für das Leben, die körperliche Unversehrtheit oder die persönliche Freiheit einer Person oder zum Schutz bedeutender Vermögenswerte erforderlich ist und Gefahr im Verzug besteht. In diesem Fall ist die zuständige Behörde der übermittelnden Vertragspartei unverzüglich um nachträgliche Genehmigung der Zweckänderung zu ersuchen. Wird die Genehmigung verweigert, ist die weitere Verwendung der Informationen für den anderen Zweck unzulässig und die empfangende Stelle hat die übermittelten Daten unverzüglich zu löschen und dies schriftlich zu bestätigen. Ein durch die Verwendung der Informationen für diesen anderen Zweck verursachter Schaden ist durch die empfangende Vertragspartei zu ersetzen. Die einer ersuchenden Vertragspartei erteilten Informationen dürfen keinem anderen Hoheitsbereich bekannt gegeben werden.
- c) Die zuständige Behörde der übermittelnden Vertragspartei ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermitteln- den Daten und ihre voraussichtliche Erheblichkeit im Sinne des Artikels 1 und die Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Voraussichtlich erheblich sind die Daten, wenn im konkreten Fall die ernsthafte Möglichkeit besteht, dass die andere Vertragspartei ein Besteuerungsrecht hat, und keine Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Daten der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei bereits bekannt sind oder dass die zuständige Behörde der anderen Vertragspartei ohne die Information vom dem Gegenstand des Besteuerungsrechts Kenntnis erlangt. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Diese ist verpflichtet, solche Daten unverzüglich zu berichtigen beziehungsweise zu löschen.
- d) Auf Ersuchen unterrichtet die zuständige Behörde der empfangenden Vertragspartei die zuständige Behörde der übermittelnden Vertragspartei fallweise über die Verwendung der übermittelten Daten und die dadurch erzielten Ergebnisse.
- e) Die empfangende Stelle hat den Betroffenen über die Datenerhebung bei der übermittelnden Stelle zu unterrichten. Der Betroffene muss nicht unterrichtet werden, sofern und solange insgesamt davon ausgegangen wird, dass das öffentliche Interesse an der Nichtunterrichtung des Betroffenen sein Recht auf Unterrichtung überwiegt.
- f) Der Betroffene ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Daten sowie über deren vorgesehene Verwendung zu unterrichten. Buchstabe e Satz 2 gilt entsprechend. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten unterrichtet zu werden, nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Informationen erbeten werden;
- g) Wird jemand im Zusammenhang mit der Übermittlung von Daten im Rahmen des Datenaustauschs nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach ihrem innerstaatlichen Recht. Die empfangende Stelle kann sich im Verhältnis zum Ge-

conditions prescribed by the supplying agency and that conform with Article 8.

- b) Notwithstanding the provisions of paragraph 2 of Article 8, the information may be used for other purposes, if under the law of both Contracting Parties it may be used for these other purposes and the competent authority of the supplying Contracting Party has agreed to this use. Use for other purposes without the prior approval of the supplying Contracting Party is permissible only if it is needed to avert in the individual case at hand an imminent threat to a person of loss of life, bodily harm or loss of personal freedom, or to protect significant assets and there is danger inherent in any delay. In such a case the competent authority of the supplying Contracting Party must be asked without delay for retroactive authorisation of the change in purpose. If authorisation is refused, the information may no longer be used for the other purpose and the receiving agency shall erase the data supplied without delay and shall confirm in writing. Any damage which has been caused by use of the information for the other purpose must be compensated by the receiving Contracting Party. Information provided to a Requesting Contracting Party shall not be disclosed to any other jurisdiction.
- c) The competent authority of the supplying Contracting Party shall be obliged to exercise vigilance as to the accuracy of the data to be supplied and their foreseeable relevance within the meaning of Article 1 and the proportionality to the purpose for which they are supplied. Data are foreseeably relevant if in the concrete case at hand there is the serious possibility that the other Contracting Party has a right to tax and there is nothing to indicate that the data are already known to the competent authority of the other Contracting Party or that the competent authority of the other Contracting Party would learn of the taxable object without the information. If it emerges that inaccurate data or data which should not have been supplied have been supplied, the receiving agency shall be informed of this without delay. That agency shall be obliged to correct or erase such data without delay.
- d) The competent authority of the receiving Contracting Party shall on request inform the competent authority of the supplying Contracting Party on a case-by-case basis about the use of the supplied data and the results achieved thereby.
- e) The receiving agency shall inform the person concerned of the collecting of data at the supplying agency. The person concerned need not be informed if and as long as on balance it is considered that the public interest in not informing him outweighs his right to be informed.
- f) Upon application the person concerned shall be informed of the supplied data relating to him and of the use to which such data are to be put. The second sentence of paragraph e) shall apply accordingly. In all other respects, the right of the person concerned to be informed of the existing data relating to him shall be governed by the domestic law of the Contracting Party in whose sovereign territory the application for the information is made.
- g) The receiving agency shall bear liability under its domestic laws in relation to any person suffering unlawful damage in connection with the supply of data under the exchange of data pursuant to this Agreement. In relation to the person who has suffered damage, the receiving

schädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht wurde.

- h) Die Vertragsparteien gewährleisten, dass ihre zuständigen Behörden und alle anderen beteiligten Stellen amtliche Aufzeichnungen über die Übermittlung und den Empfang personenbezogener Daten für die nach innerstaatlichem Recht vorgeschriebene Dauer aufbewahren.
 - i) Soweit das innerstaatliche Recht der übermittelnden Vertragspartei in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Lösungsfristen enthält, weist die zuständige Behörde dieser Vertragspartei die empfangende Stelle darauf hin. In jedem Fall sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt wurden, nicht mehr erforderlich sind.
 - j) Die Vertragsparteien gewährleisten, dass ihre zuständigen Behörden und alle anderen beteiligten Stellen verpflichtet sind, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam vor unbefugtem Zugang, unbefugter Veränderung und unbefugter Bekanntgabe zu schützen.
4. Gemäß Artikel 10 des Abkommens wird gemeinsam beschlossen, dass reguläre Kosten der Beantwortung eines Auskunftersuchens von der ersuchten Vertragspartei zu tragen sind. Diese regulären Kosten umfassen in der Regel interne Verwaltungskosten der zuständigen Behörde und geringfügige externe Kosten. Alle angemessenen Kosten, die Dritten bei der Erledigung des Auskunftersuchens entstehen, gelten als außergewöhnliche Kosten und sind von der ersuchenden Vertragspartei zu tragen. Zu den außergewöhnlichen Kosten zählen unter anderem folgende Kosten:
- a) angemessene Gebühren, die für die Beschäftigung von Mitarbeitern durch Dritte zur Unterstützung bei der Erledigung des Ersuchens erhoben werden;
 - b) angemessene Gebühren, die Dritte für Rechercharbeiten erheben;
 - c) angemessene Gebühren, die Dritte für das Kopieren von Unterlagen erheben;
 - d) angemessene Kosten für die Inanspruchnahme von Sachverständigen, Dolmetschern oder Übersetzern;
 - e) angemessene Kosten für die Übermittlung von Unterlagen an die ersuchende Vertragspartei;
 - f) angemessene Prozessführungskosten der ersuchten Vertragspartei im Zusammenhang mit einem bestimmten Auskunftersuchen;
 - g) angemessene Kosten für eidliche mündliche Zeugenaussagen oder Zeugenaussagen vor Gericht; und
 - h) angemessene, in Übereinstimmung mit den nach anzuwendendem Recht zulässigen Sätzen festgesetzte Kosten und Aufwendungen von Personen, die freiwillig zu einer Befragung, eidlichen mündlichen Zeugenaussage oder Zeugenaussage vor Gericht im Zusammenhang mit einem bestimmten Auskunftersuchen erscheinen.

Die zuständigen Behörden konsultieren einander in besonderen Fällen, in denen außergewöhnliche Kosten oberhalb eines Betrags von 500 US-\$ zu erwarten sind, um zu klären, ob die ersuchende Vertragspartei das Ersuchen weiterverfolgen und die Kosten tragen möchte.

5. Bei Artikel 11 wird davon ausgegangen, dass sich die Pflicht zur Verwendung der englischen Sprache auf Auskunftersuchen, Antworten auf Ersuchen und sonstigen Schriftverkehr zwischen den zuständigen Behörden bezieht. Hinsichtlich sonstiger zu übermittelnder Unterlagen oder Akten vereinbaren die zuständigen Behörden, ob und in welchem Umfang eine Übersetzung in die englische Sprache tatsächlich erforderlich ist.

agency may not plead to its discharge that the damage had been caused by the supplying agency.

- h) The Contracting Parties shall ensure that their competent authorities and any other agencies involved keep official records of the supply and receipt of personal data for the requisite duration under domestic law.
 - i) Where the domestic law of the supplying Contracting Party contains special deadlines for the deletion of the personal data supplied, the competent authority of that Contracting Party shall inform the receiving agency accordingly. In any case, supplied personal data shall be erased once they are no longer required for the purpose for which they were supplied.
 - j) The Contracting Parties shall ensure that their competent authorities and any other agencies involved are obliged to take effective measures to protect the personal data supplied against unauthorised access, unauthorised alteration and unauthorised disclosure.
4. Pursuant to Article 10 of the Agreement it is mutually decided that ordinary costs that are incurred for the purpose of responding to a request for information will be borne by the Requested Contracting Party. Such ordinary costs will normally cover internal administration costs of the competent authority and any minor external costs. All reasonable costs incurred by third parties in complying with the request for exchange of information are considered extraordinary costs and will be borne by the Requesting Contracting Party. Examples of extraordinary costs include, but are not limited to, the following:
- a) reasonable fees charged for staff employed by third parties in assisting with the request;
 - b) reasonable fees charged by third parties for carrying out research;
 - c) reasonable fees charged by third parties for copying documents;
 - d) reasonable costs of engaging experts, interpreters, or translators;
 - e) reasonable costs of conveying documents to the Requesting Contracting Party;
 - f) reasonable litigation costs of the Requested Contracting Party in relation to a specific request for information;
 - g) reasonable costs for obtaining depositions or testimony; and
 - h) reasonable fees and expenses, determined in accordance with amounts allowed under applicable law, on the person who voluntarily appears for an interview, deposition or testimony relating to a particular information request.

The competent authorities will consult each other in any particular case where extraordinary costs are likely to exceed \$US 500 to determine whether the Requesting Contracting Party will continue to pursue the request and bear the cost.

5. With respect to Article 11 it is understood that the need to use the English language refers to the request for information, the responses thereto and to other written communication between the competent authorities. As regards other documents or files to be provided, the competent authorities shall consult whether and to what extent translation into the English language is indeed required.

6. Förmliche Mitteilungen, einschließlich Auskunftersuchen, im Zusammenhang mit oder gemäß dem geschlossenen Abkommen sind unter den nachfolgend angegebenen Anschriften oder einer anderen Anschrift, die eine Vertragspartei der anderen Vertragspartei gegebenenfalls mitteilt, schriftlich und unmittelbar an die zuständige Behörde der anderen Vertragspartei zu richten. Alle einem Auskunftersuchen folgenden Mitteilungen werden je nach Zweckmäßigkeit in schriftlicher oder mündlicher Form an die jeweils zuständige Behörde oder ihre bevollmächtigten Dienststellen gerichtet.

Zuständige Behörde
für die Bundesrepublik
Deutschland:

Bundeszentralamt
für Steuern
53221 Bonn

in Bezug auf
Steuerstrafsachen:

Bundesamt für Justiz
53094 Bonn

Zuständige Behörde
für die Britischen
Jungferninseln:

Mr Neil Smith
Financial Secretary
Ministry of Finance
Government of the British
Virgin Islands

33 Admin Drive, Road Town,
Tortola, British Virgin Islands
VG1110

in Bezug auf
Steuerstrafsachen:

die vorgenannte
zuständige Behörde.

6. Formal communications, including requests for information, made in connection with or pursuant to the provisions of the Agreement entered into will be in writing directly to the competent authority of the other Contracting Party at the addresses given below, or such other address as may be notified by one Contracting Party to the other from time to time. Any subsequent communications regarding requests for information will be either in writing or verbally, whichever is most practical, between the earlier mentioned competent authorities or their authorised entities.

Competent authority
for the Federal Republic of
Germany:

Bundeszentralamt
für Steuern
53221 Bonn

In respect of criminal tax
matters:

Bundesamt für Justiz
53094 Bonn

Competent authority
for the British Virgin Islands:

Mr Neil Smith
Financial Secretary
Ministry of Finance
Government of the British
Virgin Islands

33 Admin Drive, Road Town,
Tortola, British Virgin Islands
VG1110

In respect of criminal tax
matters:

The above-mentioned
competent authority.

Gesetz
zu dem Abkommen vom 21. Juni 2010
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik San Marino
über die Unterstützung in Steuer- und Steuerstrafsachen
durch Informationsaustausch

Vom 30. September 2011

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Rom am 21. Juni 2010 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik San Marino über die Unterstützung in Steuer- und Steuerstrafsachen durch Informationsaustausch wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 12 Absatz 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 30. September 2011

Der Bundespräsident
Christian Wulff

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister der Finanzen
Schäuble

Der Bundesminister des Auswärtigen
Guido Westerwelle

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik San Marino
über die Unterstützung in Steuer- und Steuerstrafsachen
durch Informationsaustausch

Accordo
fra la Repubblica Federale di Germania
e la Repubblica di San Marino
concernente l'assistenza in materia fiscale civile e penale attraverso
lo scambio di informazioni

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik San Marino –

in dem Wunsch, die Bedingungen des Informationsaustauschs
in allen Steuersachen zu verbessern und zu erleichtern –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Geltungsbereich des Abkommens

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten leisten einander Unterstützung durch Austausch von Informationen, die für die Durchführung des jeweiligen Rechts der Vertragsstaaten betreffend die unter dieses Abkommen fallenden Steuern voraussichtlich erheblich sind, einschließlich Informationen, die für die Festsetzung und Erhebung dieser Steuern, für die Vollstreckung von Steuerforderungen oder für Ermittlungen in oder die Verfolgung von Steuerstrafsachen voraussichtlich erheblich sind. Die Rechte und Sicherheiten, die die Gesetze oder die Verwaltungspraxis des ersuchten Vertragsstaats Personen gewähren, bleiben anwendbar.

Artikel 2

Zuständigkeit

Der ersuchte Vertragsstaat ist nicht zur Bereitstellung von Informationen verpflichtet, die seinen Behörden nicht vorliegen und sich auch nicht im Besitz oder in der Verfügungsmacht von Personen in seinem Hoheitsbereich befinden.

Artikel 3

Unter das Abkommen fallende Steuern

- (1) Dieses Abkommen gilt für folgende Steuern:
- a) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
- die Einkommensteuer,
 - die Körperschaftsteuer,
 - die Gewerbesteuer,
 - die Vermögensteuer und
 - die Erbschaftsteuer,
 - die Umsatzsteuer,
 - die Versicherungssteuer,
- einschließlich der hierauf erhobenen Zuschläge;

La Repubblica Federale di Germania
e
la Repubblica di San Marino –

nel desiderio di migliorare e facilitare le condizioni che regolano lo scambio di informazioni relativamente a tutte le questioni fiscali –

hanno concordato quanto segue:

Articolo 1

Campo di applicazione dell'Accordo

Le autorità competenti degli Stati Contraenti si forniscono assistenza reciproca attraverso lo scambio di informazioni che sono verosimilmente rilevanti per l'attuazione della rispettiva legislazione degli Stati Contraenti concernente le imposte contemplate nel presente Accordo, comprese le informazioni che sono verosimilmente rilevanti per l'accertamento e la riscossione di tali imposte, il recupero dei debiti d'imposta, ovvero le indagini o le azioni penali in materia fiscale. I diritti e le misure di salvaguardia garantiti alle persone dalle leggi o dalla pratica amministrativa dello Stato Contraente richiesto restano applicabili.

Articolo 2

Giurisdizione

Uno Stato Contraente richiesto non è tenuto a fornire informazioni che non siano né detenute dalle proprie autorità né in possesso di o ottenibili da persone che si trovano nella sua giurisdizione territoriale.

Articolo 3

Imposte contemplate

- (1) Il presente Accordo si applica alle seguenti imposte:
- a) nel caso della Repubblica Federale di Germania:
- all'imposta sul reddito (Einkommensteuer),
 - all'imposta sulle società (Körperschaftsteuer),
 - all'imposta sul commercio (Gewerbesteuer),
 - all'imposta patrimoniale (Vermögensteuer) e
 - all'imposta di successione (Erbschaftsteuer),
 - all'imposta sul valore aggiunto (Umsatzsteuer),
 - all'imposta sui premi assicurativi (Versicherungssteuer)
- compresi i supplementi ivi applicati;

- b) in Bezug auf die Republik San Marino:
- die allgemeine Einkommensteuer (imposta generale sul reddito) für
 - aa) natürliche Personen;
 - bb) juristische Personen und Einzelunternehmen,
 - die Einfuhrsteuer (imposta monofase sulle importazioni).

(2) Dieses Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden, soweit die Vertragsstaaten dies vereinbaren. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten unterrichten einander über wesentliche Änderungen bei den unter dieses Abkommen fallenden Besteuerungs- und damit zusammenhängenden Informationsbeschaffungsmaßnahmen.

Artikel 4

Begriffsbestimmungen

- (1) Für die Zwecke dieses Abkommens, soweit nichts anderes bestimmt ist,
- a) bedeutet der Ausdruck „Bundesrepublik Deutschland“, im geografischen Sinn verwendet, das Gebiet, in dem das Steuerrecht der Bundesrepublik Deutschland gilt;
 - b) bedeutet der Ausdruck „Republik San Marino“, im geografischen Sinn verwendet, das Gebiet der Republik San Marino, einschließlich aller anderen Gebiete, in denen die Republik San Marino in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht souveräne Rechte oder Hoheitsbefugnisse ausübt;
 - c) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
 - (i) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen oder die Behörde, an die es seine Befugnis delegiert hat; in Steuerstrafsachen ist dies das Bundesministerium der Justiz oder die Behörde, an die es seine Befugnis delegiert hat;
 - (ii) in Bezug auf die Republik San Marino das Ministerium der Finanzen oder seinen bevollmächtigten Vertreter; in Steuerstrafsachen ist dies das Ministerium der Justiz oder sein bevollmächtigter Vertreter;
 - d) umfasst der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
 - e) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ eine juristische Person oder einen Rechtsträger, der für die Besteuerung wie eine juristische Person behandelt wird;
 - f) bedeutet der Ausdruck „börsennotierte Gesellschaft“ eine Gesellschaft, deren Hauptaktiengattung an einer anerkannten Börse notiert ist und deren notierte Aktien von jedermann ohne Weiteres erworben oder veräußert werden können. Aktien können „von jedermann“ erworben oder veräußert werden, wenn der Erwerb oder die Veräußerung von Aktien weder implizit noch explizit auf eine begrenzte Investorengruppe beschränkt ist;
 - g) bedeutet der Ausdruck „Hauptaktiengattung“ die Aktiengattung oder die Aktiengattungen, die eine Mehrheit der Stimmrechtsanteile und des Wertes der Gesellschaft darstellen;
 - h) bedeutet der Ausdruck „anerkannte Börse“ eine Börse, auf die sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten verständigen;
 - i) bedeutet der Ausdruck „Investmentfonds oder Investmentssystem für gemeinsame Anlagen“ eine Investitionsform für gemeinsame Anlagen, ungeachtet der Rechtsform. Der Ausdruck „öffentlicher Investmentfonds oder öffentliches Investmentssystem für gemeinsame Anlagen“ bedeutet einen Investmentfonds oder ein Investmentssystem für gemeinsame Anlagen, bei dem die Fondsanteile, Gesellschaftsanteile oder

- b) nel caso della Repubblica di San Marino:
- all’Imposta Generale sul Reddito (IGR)
 - aa) – delle persone fisiche;
 - bb) – delle persone giuridiche e delle imprese individuali;
 - all’Imposta Monofase sulle importazioni.

(2) Il presente Accordo si applica anche a tutte le imposte identiche o sostanzialmente simili applicate successivamente alla data della firma dell’Accordo in aggiunta o in luogo di imposte esistenti se gli Stati Contraenti concordano in tal senso. Le autorità competenti degli Stati Contraenti si notificano reciprocamente ogni cambiamento sostanziale apportato alla tassazione e alle relative misure di raccolta delle informazioni contemplate nell’Accordo.

Articolo 4

Definizioni

- (1) Ai fini del presente Accordo, salvo diversa definizione:
- a) “Repubblica Federale di Germania”, allorquando utilizzato in senso geografico, designa l’area in cui è in vigore la legislazione tributaria della Repubblica Federale di Germania;
 - b) “Repubblica di San Marino”, allorquando utilizzato in senso geografico, designa il territorio della Repubblica di San Marino, ivi compreso qualsiasi altro spazio sul quale la Repubblica di San Marino esercita diritti sovrani o ha giurisdizione conformemente al diritto internazionale;
 - c) con il termine “autorità competente” si intende:
 - (i) nella Repubblica Federale di Germania, il Ministero Federale delle Finanze o l’autorità alla quale ha delegato i propri poteri; relativamente alle questioni fiscali penali si tratterà del Ministero Federale della Giustizia o dell’autorità alla quale ha delegato i propri poteri;
 - (ii) nella Repubblica di San Marino, il Ministero delle Finanze o il suo rappresentante autorizzato; relativamente alle questioni fiscali penali, si tratterà del Ministero della Giustizia o del suo rappresentante autorizzato;
 - d) il termine “persona” comprende le persone fisiche, le società ed ogni altra associazione di persone;
 - e) con il termine “società” si intende una persona giuridica o un ente trattato come persona giuridica a fini fiscali;
 - f) con il termine “società quotata in borsa” si intende qualsiasi società la cui principale tipologia di azioni è quotata in una borsa valori riconosciuta e le cui azioni quotate in borsa possano essere prontamente acquistate o vendute da chiunque. Le azioni possono essere acquistate o vendute “da chiunque” se la compravendita di azioni non è implicitamente o esplicitamente limitata ad un gruppo ristretto di investitori;
 - g) con l’espressione “principale tipologia di azioni” si intende la tipologia o le tipologie di azioni che rappresentano la maggioranza delle quote di diritto di voto e del valore della società;
 - h) con l’espressione “borsa valori riconosciuta” si intende qualsiasi borsa valori concordata dalle autorità competenti degli Stati Contraenti;
 - i) con l’espressione “fondo o schema di investimento comune” si intende qualsiasi tipo di investimento comune, a prescindere dalla forma giuridica. Con l’espressione “fondo o schema pubblico di investimento comune” si intende qualsiasi fondo o schema di investimento comune, a patto che le quote fondiarie, le quote societarie o altre partecipazioni nel fondo o nello schema siano prontamente acquistabili, vendibili o

sonstigen Anteile am Fonds oder System ohne Weiteres von jedermann erworben, veräußert oder zurückgekauft werden können. Fondsanteile, Gesellschaftsanteile oder sonstige Anteile am Fonds oder System können ohne Weiteres „von jedermann“ erworben, veräußert oder zurückgekauft werden, wenn der Erwerb, die Veräußerung oder der Rückkauf weder implizit noch explizit auf eine begrenzte Anlegergruppe beschränkt ist;

- j) bedeutet der Ausdruck „Steuer“ eine Steuer, für die das Abkommen gilt;
- k) bedeutet der Ausdruck „ersuchender Vertragsstaat“ den um Informationen ersuchenden Vertragsstaat;
- l) bedeutet der Ausdruck „ersuchter Vertragsstaat“ den um Informationen ersuchten Vertragsstaat;
- m) bedeutet der Ausdruck „Informationsbeschaffungsmaßnahmen“ die Gesetze und Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren, die einen Vertragsstaat zur Beschaffung und Bereitstellung der erbetenen Informationen befähigen;
- n) bedeutet der Ausdruck „Informationen“ Tatsachen, Erklärungen, Unterlagen oder Aufzeichnungen jeder Art;
- o) bedeutet der Ausdruck „Steuersachen“ alle Steuersachen einschließlich Steuerstrafsachen;
- p) bedeutet der Ausdruck „Steuerstrafsachen“ Steuersachen im Zusammenhang mit vorsätzlichem Verhalten vor oder nach Inkrafttreten dieses Abkommens, das nach dem Strafrecht des ersuchenden Vertragsstaats strafbewehrt ist;
- q) bedeutet der Ausdruck „Strafrecht“ sämtliche nach dem jeweiligen Recht der Vertragsstaaten als solche bezeichneten strafrechtlichen Bestimmungen, unabhängig davon, ob sie im Steuerrecht, im Strafgesetzbuch oder in anderen Gesetzen enthalten sind.

(2) Jeder in diesem Abkommen nicht näher definierte Ausdruck hat, sofern der Zusammenhang nichts anderes erfordert, die Bedeutung, die ihm zu dem Zeitpunkt zukam, zu dem das Ersuchen nach dem Recht dieses Vertragsstaats gestellt wurde, wobei die Bedeutung nach dem anzuwendenden Steuerrecht dieses Vertragsstaats Vorrang vor einer Bedeutung hat, die dem Ausdruck nach anderem Recht dieses Vertragsstaats zukommt.

Artikel 5

Informationsaustausch

(1) Auf Ersuchen des ersuchenden Vertragsstaats übermittelt die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats Informationen für die in Artikel 1 genannten Zwecke. Diese Informationen werden ohne Rücksicht darauf zur Verfügung gestellt, ob der ersuchte Vertragsstaat diese Informationen für eigene steuerliche Zwecke benötigt oder ob das Verhalten, das Gegenstand der Ermittlungen ist, nach dem Recht des ersuchten Vertragsstaats eine Straftat darstellen würde, wäre es im Gebiet des ersuchten Vertragsstaats erfolgt.

(2) Reichen die der zuständigen Behörde des ersuchten Vertragsstaats vorliegenden Informationen nicht aus, um dem Auskunftersuchen entsprechen zu können, so ergreift dieser Vertragsstaat nach eigenem Ermessen alle geeigneten Informationsbeschaffungsmaßnahmen, die erforderlich sind, um dem ersuchenden Vertragsstaat die erbetenen Informationen zur Verfügung zu stellen, auch wenn der ersuchte Vertragsstaat diese Informationen zu dem betreffenden Zeitpunkt nicht für eigene steuerliche Zwecke benötigt.

(3) Auf ausdrückliches Ersuchen der zuständigen Behörde des ersuchenden Vertragsstaats übermittelt die zuständige Behörde des ersuchten Vertragsstaats in dem nach dessen Recht zulässigen Umfang Informationen nach diesem Artikel in Form von Zeugenaussagen und beglaubigten Kopien von Originaldokumenten.

riscattabili da chiunque. Le quote fondiariae, le quote societarie o altre partecipazioni nel fondo o nello schema possono essere prontamente acquistabili, vendibili o riscattabili „da chiunque“ se l'acquisto, vendita o riscatto non sono implicitamente o esplicitamente limitati ad un gruppo ristretto di investitori;

- j) con il termine „imposta“ si intende ogni imposta alla quale si applica l'Accordo;
- k) con il termine „Stato Contraente richiedente“ si intende lo Stato Contraente che richiede le informazioni;
- l) con il termine „Stato Contraente richiesto“ si intende lo Stato Contraente a cui è stato richiesto di fornire informazioni;
- m) con l'espressione „misure per la raccolta di informazioni“ si intendono le leggi e le procedure amministrative o giudiziarie che consentono ad uno Stato Contraente di ottenere e fornire le informazioni richieste;
- n) con il termine „informazioni“ si intende ogni fatto, dichiarazione, documento o registrazione in qualsiasi forma;
- o) con il termine „materia fiscale“ si intendono tutte le questioni fiscali, comprese le questioni fiscali penali;
- p) con il termine „materia fiscale penale“ si intende la materia fiscale che implica una condotta dolosa, precedente o successiva all'entrata in vigore del presente Accordo, passibile di essere perseguita ai sensi delle leggi penali dello Stato Contraente richiedente;
- q) con il termine „legislazione penale“ si intendono tutte le disposizioni penali come tali designate ai sensi della rispettiva normativa degli Stati Contraenti, a prescindere dal fatto che siano contenute nella legislazione tributaria, nel codice penale o in altre leggi.

(2) Ogni termine non definito nel presente Accordo, a meno che il contesto non richieda diversamente, ha il significato attribuito nel momento in cui è stata effettuata la richiesta secondo il diritto di tale Stato Contraente, e il significato ai sensi della legislazione tributaria applicabile di tale Stato Contraente prevale sul significato attribuito a quel termine in base ad altre legislazioni dello stesso Stato Contraente.

Articolo 5

Scambio di informazioni

(1) L'autorità competente di uno Stato Contraente fornisce su richiesta dell'altro Stato Contraente le informazioni per i fini di cui all'Articolo 1. Tali informazioni vengono fornite a prescindere dal fatto che lo Stato Contraente richiesto necessiti di tali informazioni per i propri fini fiscali o che la condotta indagata costituisca o meno reato secondo la legislazione dello Stato Contraente richiesto, qualora tale condotta avesse avuto luogo nel territorio dello Stato Contraente richiesto.

(2) Se le informazioni in possesso dell'autorità competente dello Stato Contraente richiesto non sono sufficienti per consentirgli di soddisfare la richiesta di informazioni, tale Stato Contraente ricorre, a sua discrezione, a tutte le opportune misure per la raccolta di informazioni necessarie per fornire allo Stato Contraente richiedente le informazioni richieste, anche se lo Stato Contraente richiesto non necessita, in quel momento, di tali informazioni per i propri fini fiscali.

(3) Su esplicita richiesta dell'autorità competente dello Stato Contraente richiedente, l'autorità competente dello Stato Contraente richiesto fornisce le informazioni ai sensi del presente Articolo, nella misura consentita dalla propria legislazione, sotto forma di deposizioni di testimoni e copie autenticate di documenti originali.

(4) Beide Vertragsstaaten gewährleisten, dass ihre zuständigen Behörden in Übereinstimmung mit diesem Abkommen die Befugnis haben, folgende Informationen auf Ersuchen einzuholen oder bereitzustellen:

- a) Informationen von Banken, anderen Finanzinstituten oder Personen, einschließlich Bevollmächtigten und Treuhändern, die als Vertreter oder Treuhänder handeln;
- b) (i) Informationen über das wirtschaftliche Eigentum an Gesellschaften, Personengesellschaften und anderen Personen; dies umfasst bei Investmentfonds oder Investmentssystemen für gemeinsame Anlagen Informationen über Gesellschaftsanteile, Fondsanteile und sonstige Anteile;
- (ii) bei Trusts Informationen über Treugeber, Treuhänder, Protoktoren und Treuhänderbegünstigte; bei Stiftungen Informationen über Stifter und Mitglieder des Stiftungsrats sowie über Begünstigte;

dies gilt unter der Voraussetzung, dass durch dieses Abkommen keine Verpflichtung der Vertragsstaaten geschaffen wird, Informationen über Eigentumsverhältnisse einzuholen oder bereitzustellen, die börsennotierte Gesellschaften oder öffentliche Investmentfonds oder öffentliche Investmentssysteme für gemeinsame Anlagen betreffen, es sei denn, diese Informationen können ohne unverhältnismäßig große Schwierigkeiten eingeholt werden.

(5) Jedes Auskunftersuchen ist möglichst detailliert abzufassen und muss die folgenden schriftlichen Angaben enthalten:

- a) die Bezeichnung der Person, der die Ermittlung oder Untersuchung gilt;
- b) den Zeitraum, für den die Informationen erbeten werden;
- c) die Art der erbetenen Informationen und die Form, in der die Informationen dem ersuchenden Vertragsstaat vorzugsweise zur Verfügung zu stellen sind;
- d) den steuerlichen Zweck, für den um die Informationen ersucht wird;
- e) die Gründe für die Annahme, dass die erbetenen Informationen für die Durchführung des Steuerrechts des ersuchenden Vertragsstaats in Bezug auf die unter Buchstabe a bezeichnete Person voraussichtlich erheblich sind;
- f) die Gründe für die Annahme, dass die erbetenen Informationen dem ersuchten Vertragsstaat vorliegen oder sich im Besitz oder in der Verfügungsmacht einer Person im Hoheitsbereich des ersuchten Vertragsstaats befinden;
- g) den Namen und die Anschrift von Personen, soweit bekannt, in deren Besitz sich die erbetenen Informationen vermutlich befinden;
- h) eine Erklärung, dass das Ersuchen dem Recht und der Verwaltungspraxis des ersuchenden Vertragsstaats entspricht, dass die erbetenen Informationen, würden sie sich im Hoheitsbereich des ersuchenden Vertragsstaats befinden, von der zuständigen Behörde des ersuchenden Vertragsstaats nach dessen Recht eingeholt werden könnten und dass das Ersuchen nach diesem Abkommen gestellt wurde;
- i) eine Erklärung, dass der ersuchende Vertragsstaat alle ihm in seinem eigenen Gebiet zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Einholung der Informationen ausgeschöpft hat, ausgenommen solche, die unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen würden.

(6) Die zuständige Behörde des ersuchten Vertragsstaats bestätigt der zuständigen Behörde des ersuchenden Vertragsstaats den Eingang des Ersuchens; sie bemüht sich nach besten Kräften, dem ersuchenden Vertragsstaat die erbetenen Informationen innerhalb der kürzesten vertretbaren Frist zu übermitteln.

(4) Ciascuno Stato Contraente assicura che le proprie autorità competenti, conformemente ai termini del presente Accordo, siano autorizzate a ottenere o fornire su richiesta:

- a) informazioni detenute da banche, altri istituti finanziari e persone che agiscono in qualità di delegati o amministratori fiduciari, ivi compresi rappresentanti e fiduciari;
- b) (i) informazioni relative ai rapporti di proprietà di società, società di persone e altre persone; comprese, in caso di fondi e schemi di investimento comune, informazioni relative a quote societarie, quote fondiarie e altre partecipazioni;
- (ii) nel caso di società fiduciarie, informazioni su fiduciari, amministratori fiduciari, guardiani e beneficiari; nel caso di fondazioni, informazioni sui fondatori, membri del consiglio della fondazione e beneficiari;

a condizione che il presente Accordo non crei per gli Stati Contraenti un obbligo di ottenere o fornire informazioni sui rapporti di proprietà di società quotate in borsa o di fondi e schemi pubblici di investimento comune, a meno che tali informazioni possano essere ottenute senza dar luogo a difficoltà sproporzionate.

(5) Ogni richiesta di informazioni viene formulata il più dettagliatamente possibile, specificando per iscritto:

- a) l'identità della persona sotto esame o indagine,
- b) il periodo relativamente al quale vengono richieste le informazioni,
- c) la natura delle informazioni richieste e la forma in cui lo Stato Contraente richiedente desidera preferibilmente riceverle,
- d) il fine fiscale per il quale si richiedono le informazioni,
- e) i motivi per i quali si ritiene che le informazioni richieste siano verosimilmente rilevanti per l'attuazione della legislazione tributaria dello Stato Contraente richiedente relativamente alla persona indicata al sottoparagrafo a) del presente paragrafo,
- f) i motivi per i quali si ritiene che le informazioni richieste si trovino nello Stato Contraente richiesto o che siano in possesso di o ottenibili da una persona che si trova nella giurisdizione dello Stato Contraente richiesto,
- g) nella misura in cui conosciuti, il nome e l'indirizzo delle persone ritenute essere in possesso delle informazioni richieste,
- h) una dichiarazione attestante che la richiesta è conforme alla legislazione ed alle pratiche amministrative dello Stato Contraente richiedente, che, se le informazioni richieste fossero nella giurisdizione dello Stato Contraente richiedente, allora l'autorità competente dello Stato Contraente richiedente, ai sensi della propria legislazione, sarebbe in grado di ottenerle e che la richiesta è conforme al presente Accordo,
- i) una dichiarazione attestante che lo Stato Contraente richiedente ha fatto ricorso a tutti i mezzi disponibili nel proprio territorio per ottenere le informazioni, tranne quelli che avrebbero comportato difficoltà sproporzionate.

(6) L'autorità competente dello Stato Contraente richiesto conferma all'autorità competente dello Stato Contraente richiedente di aver ricevuto la richiesta e si adopera a fare quanto in suo potere per trasmettere le informazioni richieste allo Stato Contraente richiedente nel più breve tempo possibile.

Artikel 6**Steuerprüfungen im Ausland**

(1) Der ersuchende Vertragsstaat kann bei angemessener Vorankündigung darum ersuchen, dass der ersuchte Vertragsstaat, soweit dies nach dessen Recht zulässig ist, Vertretern der zuständigen Behörde des ersuchenden Vertragsstaats die Einreise in das Gebiet des ersuchten Vertragsstaats zur Befragung natürlicher Personen und Prüfung von Unterlagen gestattet, soweit die betroffenen natürlichen oder anderen Personen dem im Voraus schriftlich zugestimmt haben. Die zuständige Behörde des ersuchenden Vertragsstaats unterrichtet die zuständige Behörde des ersuchten Vertragsstaats über Zeitpunkt und Ort des geplanten Treffens mit den betreffenden natürlichen Personen.

(2) Auf Ersuchen der zuständigen Behörde des ersuchenden Vertragsstaats kann die zuständige Behörde des ersuchten Vertragsstaats gestatten, dass Vertreter der zuständigen Behörde des ersuchenden Vertragsstaats während des relevanten Teils einer Steuerprüfung im Gebiet des ersuchten Vertragsstaats anwesend sind.

(3) Ist dem in Absatz 2 bezeichneten Ersuchen stattgegeben worden, so unterrichtet die zuständige Behörde des die Prüfung durchführenden ersuchten Vertragsstaats so bald wie möglich die zuständige Behörde des ersuchenden Vertragsstaats über Zeitpunkt und Ort der Prüfung, über die mit der Durchführung der Prüfung beauftragte Behörde oder den damit beauftragten Bediensteten sowie über die von dem ersuchten Vertragsstaat für die Durchführung der Prüfung vorgeschriebenen Verfahren und Bedingungen. Alle Entscheidungen im Zusammenhang mit der Durchführung der Steuerprüfung trifft der die Prüfung durchführende ersuchte Vertragsstaat.

Artikel 7**Möglichkeit der Ablehnung eines Ersuchens**

(1) Die zuständige Behörde des ersuchten Vertragsstaats kann die Unterstützung ablehnen, wenn

- a) das Ersuchen nicht in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gestellt wurde;
- b) der ersuchende Vertragsstaat nicht alle ihm in seinem eigenen Gebiet zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Einholung der Informationen ausgeschöpft hat; ausgenommen sind Fälle, in denen der Rückgriff auf derartige Maßnahmen unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen würde;
- c) die Bereitstellung der erbetenen Informationen der öffentlichen Ordnung (*ordre public*) des ersuchten Vertragsstaats widerspräche.

(2) Dieses Abkommen verpflichtet den ersuchten Vertragsstaat nicht

- a) zur Übermittlung von Angaben, die einem Aussageverweigerungsrecht unterliegen, oder zur Preisgabe eines Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnisses oder eines Geschäftsverfahrens, mit der Maßgabe, dass die in Artikel 5 Absatz 4 bezeichneten Informationen nicht allein schon deshalb als ein solches Geheimnis oder Geschäftsverfahren gelten,
- b) zur Durchführung von Verwaltungsmaßnahmen, die von seinen Gesetzen und seiner Verwaltungspraxis abweichen, soweit die Verpflichtungen eines Vertragsstaats nach Artikel 5 Absatz 4 durch diesen Buchstaben nicht berührt werden.

(3) Auskunftersuchen können nicht aus dem Grund abgelehnt werden, dass die dem Ersuchen zugrunde liegende Steuerforderung streitig ist.

(4) Der ersuchte Vertragsstaat ist nicht zur Einholung und Bereitstellung von Informationen verpflichtet, welche die zuständige Behörde des ersuchenden Vertragsstaats nach dessen

Articolo 6**Accertamenti fiscali all'estero**

(1) Previa comunicazione inviata con ragionevole anticipo, lo Stato Contraente richiedente può richiedere che lo Stato Contraente richiesto autorizzi i rappresentanti dell'autorità competente dello Stato Contraente richiedente ad entrare nel territorio dello Stato Contraente richiesto, nella misura consentita dalla sua legislazione, per interrogare persone fisiche ed esaminare documenti con il consenso scritto preventivo di dette persone fisiche o di altre persone interessate. L'autorità competente dello Stato Contraente richiedente notifica all'autorità competente dello Stato Contraente richiesto la data e il luogo dell'incontro previsto con le relative persone fisiche.

(2) Su richiesta dell'autorità competente dello Stato Contraente richiedente, l'autorità competente dello Stato Contraente richiesto può consentire ai rappresentanti dell'autorità competente dello Stato Contraente richiedente di essere presenti durante la fase rilevante di un accertamento fiscale nello Stato Contraente richiesto.

(3) Se viene accolta la richiesta di cui al paragrafo 2, l'autorità competente dello Stato Contraente richiesto che conduce l'accertamento notifica quanto prima all'autorità competente dello Stato Contraente richiedente la data ed il luogo dell'accertamento, l'autorità o il funzionario designato alla conduzione dell'accertamento nonché le procedure e condizioni previste dallo Stato Contraente richiesto per la conduzione dell'accertamento stesso. Tutte le decisioni inerenti alla conduzione dell'accertamento fiscale vengono prese dallo Stato Contraente richiesto che conduce l'accertamento stesso.

Articolo 7**Possibilità di rifiutare una richiesta**

(1) L'autorità competente dello Stato Contraente richiesto può rifiutare l'assistenza:

- a) qualora la richiesta non sia conforme al presente Accordo;
- b) qualora lo Stato Contraente richiedente non abbia fatto ricorso a tutti i mezzi disponibili nel proprio territorio per ottenere le informazioni, ad eccezione dei casi in cui il ricorso a tali mezzi avrebbe dato luogo a difficoltà sproporzionate;
- c) qualora la fornitura delle informazioni richieste sia contraria all'ordine pubblico dello Stato Contraente richiesto.

(2) Il presente Accordo non impone allo Stato Contraente richiesto l'obbligo di:

- a) fornire informazioni coperte dal diritto di rifiutare la testimonianza o che rivelerebbero un segreto commerciale, industriale, professionale o d'ufficio o una procedura commerciale, a condizione che le informazioni di cui all'Articolo 5, paragrafo 4, non vengano trattate come segreto o procedura commerciale unicamente per tale motivo;
- b) attuare misure amministrative in contrasto con le proprie leggi e pratiche amministrative, a condizione che nulla di quanto contenuto nel presente sottoparagrafo infici gli obblighi di uno Stato Contraente di cui al paragrafo 4 dell'Articolo 5.

(3) Una richiesta di informazioni non può essere respinta adducendo il motivo che il debito d'imposta che ha dato luogo alla richiesta è oggetto di contenzioso.

(4) Lo Stato Contraente richiesto non può essere obbligato ad ottenere e a fornire informazioni che l'autorità competente dello Stato Contraente richiedente non sarebbe in grado di ottenere in

Recht nicht einholen könnte, wenn sich die erbetenen Informationen im Hoheitsbereich des ersuchenden Vertragsstaats befänden.

(5) Der ersuchte Vertragsstaat kann ein Auskunftersuchen ablehnen, wenn die Informationen von dem ersuchenden Vertragsstaat zur Durchführung von Bestimmungen des Steuerrechts des ersuchenden Vertragsstaats oder damit zusammenhängender Anforderungen erbeten werden, die einen Bürger des ersuchten Vertragsstaats gegenüber einem Bürger des ersuchenden Vertragsstaats unter den gleichen Umständen benachteiligen.

Artikel 8

Vertraulichkeit

(1) Die von den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten übermittelten und empfangenen Informationen sind vertraulich zu behandeln und ebenso geheim zu halten wie nach innerstaatlichem Recht der Vertragsstaaten beschaffte Informationen.

(2) Diese Informationen dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit den in Artikel 1 bezeichneten Aufgaben befasst sind, und von diesen Personen oder Behörden nur für die in Artikel 1 bezeichneten Zwecke verwendet werden; hierzu gehört die Entscheidung über Rechtsbehelfe. Für diese Zwecke dürfen die Informationen in einem verwaltungs- oder strafrechtlichen Ermittlungsverfahren, in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offengelegt werden, sofern dies nach dem jeweiligen Recht der Vertragsstaaten vorgesehen ist.

(3) Diese Informationen dürfen ohne ausdrückliche schriftliche Zustimmung der zuständigen Behörde des ersuchten Vertragsstaats nicht für andere als die in Artikel 1 bezeichneten Zwecke verwendet werden.

(4) Die nach diesem Abkommen dem ersuchenden Vertragsstaat übermittelten Informationen dürfen keinem anderen Hoheitsbereich bekannt gegeben werden.

(5) Personenbezogene Daten dürfen übermittelt werden, soweit dies zur Durchführung dieses Abkommens erforderlich ist und vorbehaltlich des Rechts des übermittelnden Vertragsstaats.

Artikel 9

Kosten

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten verständigen sich über die Verteilung der Kosten der geleisteten Unterstützung (einschließlich angemessener Kosten Dritter und externer Berater, unter anderem im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten).

Artikel 10

Verständigungsverfahren

(1) Bei Schwierigkeiten oder Zweifeln zwischen den Vertragsstaaten bezüglich der Durchführung oder Auslegung des Abkommens bemühen sich die zuständigen Behörden, die Angelegenheit in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

(2) Über die in Absatz 1 bezeichneten Vereinbarungen hinaus können sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten auf die nach den Artikeln 5, 6 und 9 anzuwendenden Verfahren verständigen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung nach diesem Artikel unmittelbar miteinander verkehren.

(4) Die Vertragsstaaten verständigen sich bei Bedarf auf Verfahren zur Streitbeilegung.

base alla propria legislazione se le informazioni richieste si trovassero all'interno della giurisdizione dello Stato Contraente richiedente.

(5) Lo Stato Contraente richiesto può rifiutare una richiesta di informazioni se le informazioni vengono richieste dallo Stato Contraente richiedente per attuare disposizioni di legge tributaria dello Stato Contraente richiedente ovvero obblighi correlati, che discriminano, in circostanze identiche, un cittadino dello Stato Contraente richiesto rispetto ad un cittadino dello Stato Contraente richiedente.

Articolo 8

Riservatezza

(1) Le informazioni fornite e ricevute dalle autorità competenti degli Stati Contraenti devono venir trattate con riservatezza e considerate segrete, analogamente alle informazioni ottenute in base alla legislazione interna degli Stati Contraenti.

(2) Tali informazioni saranno comunicate soltanto alle persone od autorità (ivi compresi i tribunali e le autorità amministrative) incaricate di perseguire gli scopi di cui all'Articolo 1 e dette persone o autorità utilizzeranno tali informazioni soltanto per i fini indicati all'Articolo 1; comprese le decisioni su eventuali ricorsi. Per tali scopi, le informazioni potranno essere comunicate nel corso di indagini amministrative o penali, nel corso di udienze pubbliche di tribunali o nei giudizi, qualora ciò sia previsto dalle rispettive legislazioni degli Stati Contraenti.

(3) Tali informazioni non potranno essere utilizzate per nessuno scopo diverso da quelli di cui all'Articolo 1 senza l'espresso consenso scritto dell'autorità competente dello Stato Contraente richiesto.

(4) Le informazioni fornite ad uno Stato Contraente richiedente ai sensi del presente Accordo non potranno essere comunicate a nessun'altra giurisdizione.

(5) I dati personali potranno essere trasmessi nella misura in cui ciò si riveli necessario per l'attuazione delle disposizioni del presente Accordo e fatte salve le disposizioni di legge dello Stato Contraente che fornisce le informazioni.

Articolo 9

Costi

Le autorità competenti degli Stati Contraenti si accordano in merito alla ripartizione dei costi sostenuti per la fornitura di assistenza (compresi i costi ragionevoli per terzi e consulenti esterni in relazione a contenziosi o altro).

Articolo 10

Procedura di reciproco accordo

(1) Laddove sorgano difficoltà o dubbi tra gli Stati Contraenti in merito all'attuazione o interpretazione dell'Accordo, le autorità competenti cercano di risolvere la questione consensualmente.

(2) Oltre agli accordi di cui al paragrafo 1, le autorità competenti degli Stati Contraenti possono concordare le procedure da utilizzare conformemente agli Articoli 5, 6 e 9.

(3) Le autorità competenti degli Stati Contraenti possono comunicare direttamente ai fini del raggiungimento di un accordo ai sensi del presente Articolo.

(4) Gli Stati Contraenti concordano in merito alle procedure per la risoluzione delle controversie, nel caso in cui ciò si rivelasse necessario.

Artikel 11
Protokoll

Das beigelegte Protokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 12
Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am Tag des Austauschs der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist in beiden Vertragsstaaten anzuwenden

- a) auf Steuerstrafsachen und
- b) auf alle anderen unter Artikel 1 fallenden Angelegenheiten, jedoch nur in Bezug auf die am oder nach dem Tag des Inkrafttretens beginnenden Veranlagungszeiträume oder, soweit es keinen Veranlagungszeitraum gibt, bei allen am oder nach dem genannten Tag entstehenden Steuern.

Artikel 13
Kündigung

(1) Jeder Vertragsstaat kann das Abkommen gegenüber der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats schriftlich kündigen.

(2) Eine solche Kündigung wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitraum von drei Monaten nach Eingang der Kündigung bei dem anderen Vertragsstaat folgt.

(3) Wird das Abkommen gekündigt, so bleiben die Vertragsstaaten in Bezug auf die nach dem Abkommen erhaltenen Informationen an Artikel 8 gebunden.

Geschehen zu Rom am 21. Juni 2010 in zwei Urschriften, jede in deutscher und italienischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Articolo 11
Protocollo

Il Protocollo qui allegato è parte integrante del presente Accordo.

Articolo 12
Entrata in vigore

(1) Il presente Accordo necessita di ratifica e gli strumenti di ratifica vengono scambiati il prima possibile.

(2) Il presente Accordo entra in vigore alla data dello scambio degli strumenti di ratifica e in entrambi gli Stati Contraenti si applica:

- a) alle questioni in materia fiscale penale e
- b) a tutte le altre questioni di cui all'Articolo 1, ma solamente per i periodi imponibili che iniziano in quella data o dopo tale data, ovvero, laddove non vi sia alcun periodo imponibile, per tutte le imposte che insorgono in quella data o dopo quella data.

Articolo 13
Denuncia

(1) Ognuno degli Stati Contraenti può denunciare per iscritto l'Accordo mediante notifica inviata all'autorità competente dell'altro Stato Contraente.

(2) Tale denuncia avrà effetto il primo giorno del mese successivo allo scadere di un periodo di tre mesi dalla data di ricevimento della notifica di denuncia da parte dell'altro Stato Contraente.

(3) In caso di denuncia dell'Accordo, gli Stati Contraenti restano vincolati dalle disposizioni dell'Articolo 8 con riguardo alle informazioni ottenute conformemente all'Accordo.

Fatto a Roma, il 21 Giugno 2010, in duplice esemplare, nelle lingue tedesca e italiana, entrambi i testi facenti ugualmente fede.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Per la Repubblica Federale di Germania
Friedrich Däuble

Für die Republik San Marino
Per la Repubblica di San Marino
Daniela Rotondaro

Protokoll
zum Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik San Marino
über die Unterstützung in Steuer- und Steuerstrafsachen
durch Informationsaustausch

Protocollo
all'Accordo
fra la Repubblica federale di Germania
e la Repubblica di San Marino
concernente l'assistenza in materia fiscale civile e penale attraverso
lo scambio di informazioni

Die Bundesrepublik Deutschland und die Republik San Marino (im Folgenden die „Vertragsstaaten“) haben anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen den beiden Staaten über die Unterstützung in Steuer- und Steuerstrafsachen durch Informationsaustausch nachstehende Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind:

1. In Bezug auf Artikel 5 Absatz 5 Buchstabe a gilt als vereinbart, dass die Identität der Person, der die Ermittlung oder Untersuchung gilt, anhand anderer identifizierender Angaben als des Namens bestimmt werden kann.
2. In Bezug auf Artikel 8 Absatz 5 gewährleisten die Vertragsstaaten den Schutz personenbezogener Daten in einem Umfang, welcher der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr entspricht. Darüber hinaus gilt Folgendes:
 - a) Die empfangende Stelle kann diese Daten in Übereinstimmung mit Artikel 8 Absatz 3 nur zu dem von der übermittelnden Stelle angegebenen Zweck verwenden und unterliegt dabei den durch die übermittelnde Stelle vorgeschriebenen und mit Artikel 8 übereinstimmenden Bedingungen.
 - b) Ungeachtet der Bestimmungen des Artikels 8 Absatz 3 können die Informationen für andere Zwecke verwendet werden, wenn sie nach dem Recht beider Vertragsstaaten für diese anderen Zwecke verwendet werden können und die zuständige Behörde des übermittelnden Vertragsstaats dieser Verwendung zugestimmt hat. Ohne vorherige Zustimmung der zuständigen Behörde des übermittelnden Vertragsstaats ist eine Verwendung für andere Zwecke nur zulässig, wenn sie zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden dringenden Gefahr für das Leben, die körperliche Unversehrtheit oder die persönliche Freiheit einer Person oder zum Schutz bedeutender Vermögenswerte erforderlich ist und Gefahr im Verzug besteht. In diesem Fall ist die zuständige Behörde des übermittelnden Vertragsstaats unverzüglich um nachträgliche Genehmigung der Zweckänderung zu ersuchen. Wird die Genehmigung verweigert, ist die weitere Verwendung der Informationen für den anderen Zweck unzulässig und die empfangende Stelle nimmt unverzüglich die Löschung der Daten vor. Ein durch die zweckändernde anderweitige Verwendung der Informationen entstandener Schaden ist zu ersetzen.

La Repubblica Federale di Germania e la Repubblica di San Marino (di seguito denominati “Stati Contraenti”) hanno concordato, al momento della firma dell'Accordo fra i due Stati concernente l'Assistenza in Materia Fiscale Civile e Penale attraverso lo Scambio di Informazioni, le seguenti disposizioni, le quali sono parte integrante di detto Accordo:

1. Con riguardo al sottoparagrafo a del paragrafo 5 dell'Articolo 5, resta inteso che l'identità della persona sotto esame o indagine può essere determinata mediante informazioni identificative diverse dal nome.
2. Con riguardo al paragrafo 5 dell'Articolo 8, gli Stati Contraenti garantiscono la protezione dei dati personali ad un livello equivalente a quello della Direttiva 95/46/CE del Parlamento Europeo e del Consiglio del 24 ottobre 1995 relativa alla tutela delle persone fisiche con riguardo al trattamento dei dati personali, nonché alla libera circolazione di tali dati. Inoltre, si applica quanto segue:
 - a) L'organo ricevente può utilizzare tali dati conformemente al paragrafo 3 dell'Articolo 8 unicamente per lo scopo indicato dall'organo mittente ed è soggetto alle condizioni stabilite dall'organo mittente e conformi all'Articolo 8.
 - b) A prescindere dalle disposizioni del paragrafo 3 dell'Articolo 8, le informazioni possono essere utilizzate per altri scopi se, ai sensi della legislazione di entrambi gli Stati Contraenti, tali informazioni possono essere utilizzate per detti altri scopi e l'autorità competente dello Stato Contraente mittente ha acconsentito a tale utilizzo. L'utilizzo per altri scopi senza la preventiva approvazione dell'autorità competente dello Stato Contraente mittente è permesso unicamente se necessario al fine di evitare, nel singolo caso in esame, una minaccia imminente per la vita, l'incolumità fisica o la libertà di una persona, ovvero per proteggere significativi beni patrimoniali ed ogni eventuale ritardo comporterebbe un pericolo. In tal caso, occorre richiedere immediatamente all'autorità competente dello Stato Contraente mittente l'autorizzazione retroattiva del cambio di finalità. Se tale autorizzazione viene rifiutata, le informazioni non possono più essere utilizzate per l'altro scopo e l'organo ricevente è tenuto a cancellare immediatamente i dati forniti. Qualsiasi danno causato dall'uso delle informazioni per altri fini deve essere risarcito.

- c) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten und ihre voraussichtliche Erheblichkeit im Sinne des Artikels 1 und die Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Voraussichtlich erheblich sind die Daten, wenn im konkreten Fall die ernstliche Möglichkeit besteht, dass der andere Vertragsstaat ein Besteuerungsrecht hat, und keine Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Daten der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats bereits bekannt sind oder dass die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats ohne die Information von dem Gegenstand des Besteuerungsrechts Kenntnis erlangt. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Diese ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung solcher Daten unverzüglich vorzunehmen.
- d) Auf Ersuchen unterrichtet die empfangende Stelle die übermittelnde Stelle im Einzelfall über die Verwendung der Daten und die dadurch erzielten Ergebnisse.
- e) Die empfangende Stelle unterrichtet den Betroffenen über die Datenerhebung bei der übermittelnden Stelle. Die Information kann unterbleiben, soweit und solange eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse an dem Unterbleiben der Information gegenüber dem Informationsinteresse des Betroffenen überwiegt.
- f) Der Betroffene ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Daten sowie über deren vorgesehene Verwendung zu unterrichten. Buchstabe e Satz 2 gilt entsprechend.
- g) Wird jemand im Zusammenhang mit Übermittlungen im Rahmen des Datenaustauschs nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist.
- h) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
- i) Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende innerstaatliche Recht in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Löschungsvorschriften vorsieht, weist diese Stelle die empfangende Stelle darauf hin. In jedem Fall sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
- j) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
3. Nach Artikel 9 des Abkommens wird Einvernehmen darüber erzielt, dass reguläre Kosten der Erledigung eines Auskunftersuchens von dem ersuchten Vertragsstaat getragen werden. In der Regel decken die regulären Kosten die internen Verwaltungskosten der zuständigen Behörde sowie geringfügige externe Kosten, wie beispielsweise Kurierdienstkosten. Alle angemessenen Kosten, die Dritten bei der Erledigung des Auskunftersuchens entstehen, gelten als außergewöhnliche Kosten und sind von dem ersuchenden Vertragsstaat zu tragen. Zu den außergewöhnlichen Kosten zählen unter anderem folgende Kosten:
- a) angemessene Gebühren, die für Mitarbeiter erhoben werden, die Dritte zur Unterstützung bei der Erledigung des Ersuchens beschäftigen;
- b) angemessene Gebühren, die Dritte für Recherchearbeiten erheben;
- c) L'organo mittente è tenuto a vigilare sull'esattezza dei dati da fornire e sulla loro verosimile rilevanza nel senso di cui all'Articolo 1, nonché sulla loro corrispondenza allo scopo per il quale vengono forniti. I dati sono verosimilmente rilevanti se, nel caso concreto in esame, esiste una fondata possibilità che l'altro Stato Contraente abbia il diritto di tassare e nulla fa presupporre che i dati siano già a conoscenza dell'autorità competente dell'altro Stato Contraente o che l'autorità competente dell'altro Stato Contraente verrebbe a conoscenza dell'oggetto imponibile senza le informazioni. Nel caso in cui risulti che sono stati forniti dati inesatti o dati che non avrebbero dovuto essere forniti, l'organo ricevente viene informato di ciò al più presto. Tale organo è tenuto a correggere o a cancellare tali dati immediatamente.
- d) Su richiesta, l'organo ricevente informa caso per caso l'organo mittente circa l'utilizzo dei dati forniti e dei risultati ottenuti mediante tali dati.
- e) L'organo ricevente informa la persona interessata della raccolta dei dati da parte dell'organo mittente. Quest'informazione può essere omessa, qualora si ritenga che l'interesse pubblico derivante dall'omissione dell'informazione prevalga sul diritto dell'interessato ad essere informato.
- f) Su richiesta, la persona interessata viene informata in merito ai dati forniti che la riguardano, nonché all'utilizzo che verrà fatto di tali dati. La seconda frase del sottoparagrafo e) si applica di conseguenza.
- g) L'organo ricevente è responsabile, conformemente alla propria legislazione nazionale, relativamente a qualsiasi persona che subisce ingiustamente un danno per via della fornitura di dati ai sensi dello scambio di dati previsto dal presente Accordo. Per quanto riguarda la persona che ha subito il danno, l'organo ricevente non può invocare a sua discolpa il fatto che il danno è stato causato dall'organo mittente.
- h) L'organo mittente e l'organo ricevente sono tenuti a mettere agli atti la fornitura e il ricevimento dei dati personali.
- i) Nel caso in cui la legislazione nazionale dell'organo mittente contenga specifiche disposizioni per la cancellazione dei dati personali forniti, tale organo ne dà comunicazione all'organo ricevente. In ogni caso, i dati personali forniti vengono cancellati una volta che non sono più necessari al perseguimento dello scopo per cui sono stati forniti.
- j) L'organo mittente e l'organo ricevente sono tenuti ad attuare misure efficaci volte a proteggere i dati personali forniti da qualsiasi accesso non autorizzato, alterazione non autorizzata e divulgazione non autorizzata.
3. Conformemente all'Articolo 9 dell'Accordo, si stabilisce consensualmente che i costi ordinari sostenuti al fine di soddisfare una richiesta di informazioni saranno a carico dello Stato Contraente richiesto. Di norma, tali costi ordinari coprono i costi amministrativi interni dell'autorità competente nonché i costi esterni di entità minore, quali ad esempio i costi dei corrieri. Tutti i costi ragionevoli sostenuti da terzi per soddisfare la richiesta relativa allo scambio di informazioni sono considerati costi straordinari e saranno a carico dello Stato Contraente richiedente. Fra i costi straordinari si annoverano, tra l'altro:
- a) tariffe ragionevoli riscosse per personale assunto da terzi al fine di fornire assistenza nel soddisfare la richiesta;
- b) tariffe ragionevoli riscosse da terzi per lo svolgimento di attività di ricerca;

- c) angemessene Gebühren, die Dritte für das Kopieren von Unterlagen erheben;
- d) angemessene Kosten für die Inanspruchnahme von Sachverständigen, Dolmetschern oder Übersetzern;
- e) angemessene Kosten für die Übermittlung von Unterlagen an den ersuchenden Vertragsstaat;
- f) angemessene Prozessführungskosten des ersuchten Vertragsstaats im Zusammenhang mit einem bestimmten Auskunftersuchen;
- g) angemessene Kosten für eidliche mündliche Zeugenaussagen oder Zeugenaussagen vor Gericht; und
- h) angemessene, in Übereinstimmung mit den nach anzuwendendem Recht zulässigen Sätzen festgesetzte Kosten und Aufwendungen von Personen, die freiwillig zur Befragung, eidlichen mündlichen Zeugenaussage oder Zeugenaussage vor Gericht im Zusammenhang mit einem bestimmten Auskunftersuchen erscheinen.

Die zuständigen Behörden konsultieren einander in besonderen Fällen, in denen außergewöhnliche Kosten oberhalb eines Betrages von 500 Euro zu erwarten sind, um zu klären, ob der ersuchende Vertragsstaat das Ersuchen weiterverfolgen und die Kosten tragen möchte.

4. Förmliche Mitteilungen, einschließlich Auskunftersuchen, im Zusammenhang oder in Übereinstimmung mit dem geschlossenen Abkommen sind unter den nachfolgend angegebenen Anschriften oder einer anderen Anschrift, die ein Vertragsstaat dem anderen Vertragsstaat gegebenenfalls mitteilt, schriftlich und unmittelbar an die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats zu richten. Alle einem Auskunftersuchen folgenden Mitteilungen werden je nach Zweckmäßigkeit in schriftlicher oder mündlicher Form an die jeweils zuständige Behörde oder ihre bevollmächtigten Dienststellen gerichtet.

Zuständige Behörde
für die Bundesrepublik
Deutschland:

Bundeszentralamt für Steuern
53221 Bonn

in Bezug auf
Steuerstrafsachen:

Bundesamt für Justiz
53094 Bonn.

Zuständige Behörde
für die Republik San Marino:

Ministerium der Finanzen
47890 San Marino

in Bezug auf
Steuerstrafsachen:

Ministerium der Justiz
47893 San Marino.

- c) tariffe ragionevoli riscosse da terzi per fotocopiare i documenti;
- d) costi ragionevoli per l'assunzione di esperti, interpreti o traduttori;
- e) costi ragionevoli per l'inoltro di documenti allo Stato Contraente richiedente;
- f) costi ragionevoli di contenzioso dello Stato Contraente richiesto in relazione ad una specifica richiesta di informazioni;
- g) costi ragionevoli per l'ottenimento di deposizioni giurate orali o testimonianze e
- h) tariffe e spese ragionevoli, determinate conformemente agli importi consentiti in base alla normativa applicabile, relativamente alle persone che compaiono volontariamente per un interrogatorio, una deposizione giurata orale o una testimonianza nell'ambito di una particolare richiesta di informazioni.

Le autorità competenti si consulteranno in ogni caso particolare in cui i costi straordinari potrebbero eccedere i 500 euro, al fine di chiarire se lo Stato Contraente richiedente intende portare avanti la richiesta e sostenere i costi.

4. Le comunicazioni formali, comprese le richieste di informazioni, effettuate relativamente a o conformemente alle disposizioni dell'Accordo sottoscritto, verranno inviate per iscritto direttamente all'autorità competente dell'altro Stato Contraente agli indirizzi riportati qui di seguito o ad altro indirizzo notificato di volta in volta da uno Stato Contraente all'altro. Tutte le comunicazioni successive ad una richiesta di informazioni verranno effettuate per iscritto o verbalmente, a seconda di ciò che risulti più opportuno, alla rispettiva autorità competente o ai suoi uffici autorizzati.

Autorità competente
per la Repubblica Federale di
Germania:

Bundeszentralamt für Steuern
53221 Bonn

Per la materia
fiscale penale:

Bundesamt für Justiz
53094 Bonn

Autorità competente
per la Repubblica
di San Marino:

Ministero delle Finanze
47890 San Marino

Per la materia
fiscale penale:

Ministero della Giustizia
47890 San Marino

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 28. Februar 2011
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Ungarn
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
und zur Verhinderung der Steuerverkürzung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen
und vom Vermögen**

Vom 30. September 2011

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Budapest am 28. Februar 2011 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ungarn zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 30 Absatz 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 30. September 2011

Der Bundespräsident
Christian Wulff

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister der Finanzen
Schäuble

Der Bundesminister des Auswärtigen
Guido Westerwelle

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Ungarn
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Agreement
between the Federal Republic of Germany
and the Republic of Hungary
for the Avoidance of Double Taxation and the Prevention of Fiscal Evasion
with respect to Taxes on Income and on Capital

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Ungarn –

von dem Wunsch geleitet, ihre wirtschaftlichen Beziehungen durch den Abbau steuerlicher Hindernisse zu fördern und ihre Zusammenarbeit auf steuerlichem Gebiet zu festigen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Unter das Abkommen fallende Personen

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

The Federal Republic of Germany
and
the Republic of Hungary –

Desiring to promote their mutual economic relations by removing fiscal obstacles and to strengthen their cooperation in tax matters –

Have agreed as follows:

Article 1

Persons Covered

This Agreement shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

Article 2

Taxes Covered

(1) This Agreement shall apply to taxes on income and on capital imposed on behalf of a Contracting State, of a Land or a political subdivision or local authority thereof, irrespective of the manner in which they are levied.

(2) There shall be regarded as taxes on income and on capital all taxes imposed on total income, on total capital, or on elements of income or of capital, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, taxes on the total amounts of wages or salaries paid by enterprises, as well as taxes on capital appreciation.

(3) Zu den zur Zeit bestehenden Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören

a) in der Bundesrepublik Deutschland:

- die Einkommensteuer,
- die Körperschaftsteuer,
- die Gewerbesteuer,
- die Vermögensteuer und
- die Grundsteuer

einschließlich der hierauf erhobenen Zuschläge

(im Folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet);

b) in der Republik Ungarn:

- die Einkommensteuer (személyi jövedelemadó),
- die Körperschaftsteuer (társasági adó),
- die Grundsteuer (telekadó) und
- die Gebäudesteuer (építményadó)

einschließlich der hierauf erhobenen Zuschläge

(im Folgenden als „ungarische Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren jeweiligen Steuergesetzen eingetretenen bedeutsamen Änderungen mit.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert:

- a) bedeutet der Ausdruck „Deutschland“ die Bundesrepublik Deutschland und, wenn im geographischen Sinne verwendet, das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und das an das Küstenmeer angrenzende Gebiet des Meeresbodens, des Meeresuntergrunds und der darüber befindlichen Wassersäule, soweit die Bundesrepublik Deutschland in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse zum Zwecke der Erforschung, Ausbeutung, Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden und nicht lebenden natürlichen Ressourcen ausübt;
- b) bedeutet der Ausdruck „Ungarn“ die Republik Ungarn und, wenn im geographischen Sinne verwendet, das Hoheitsgebiet der Republik Ungarn;
- c) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ je nach dem Zusammenhang Deutschland oder Ungarn;
- d) bedeutet der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
- e) bezeichnet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- f) bezieht sich der Ausdruck „Unternehmen“ auf die Ausübung einer Geschäftstätigkeit;
- g) schließt der Ausdruck „Geschäftstätigkeit“ auch die Ausübung einer freiberuflichen oder sonstigen selbständigen Tätigkeit ein;
- h) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer in anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;

(3) The existing taxes to which this Agreement shall apply are:

a) in the Federal Republic of Germany:

- the income tax (Einkommensteuer),
- the corporation tax (Körperschaftsteuer),
- the trade tax (Gewerbesteuer),
- the capital tax (Vermögensteuer) and
- the land tax (Grundsteuer)

including the supplements levied thereon

(hereinafter referred to as “German tax”);

b) in the Republic of Hungary:

- the personal income tax (személyi jövedelemadó),
- the corporate tax (társasági adó),
- the land parcel tax (telekadó) and
- the building tax (építményadó)

including the supplements levied thereon

(hereinafter referred to as “Hungarian tax”).

(4) The Agreement shall apply also to any identical or substantially similar taxes that are imposed after the date of signature of the Agreement in addition to, or in place of, the existing taxes. The competent authorities of the Contracting States shall notify each other of any significant changes that have been made in their respective taxation laws.

Article 3

General Definitions

(1) For the purposes of this Agreement, unless the context otherwise requires:

- a) the term “Germany” means the Federal Republic of Germany and, when used in a geographical sense, the territory of the Federal Republic of Germany as well as the area of the seabed, its sub-soil and the superjacent water column adjacent to the territorial sea, in so far as the Federal Republic of Germany may exercise sovereign rights and jurisdiction in conformity with international law and its national legislation for the purpose of exploring, exploiting, conserving and managing the living and non-living natural resources;
- b) the term “Hungary” means the Republic of Hungary and, when used in a geographical sense it means the territory of the Republic of Hungary;
- c) the terms “a Contracting State” and “the other Contracting State” mean Germany or Hungary, as the context requires,
- d) the term “person” means an individual, a company and any other body of persons;
- e) the term “company” means any body corporate or any entity that is treated as a body corporate for tax purposes;
- f) the term “enterprise” applies to the carrying on of any business;
- g) the term “business” includes the performance of professional services and of other activities of an independent character;
- h) the terms “enterprise of a Contracting State” and “enterprise of the other Contracting State” mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State or an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;

- i) bezeichnet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff, Binnenschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff, Binnenschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
- j) bezeichnet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
- aa) in Bezug auf Deutschland
- alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;
- bb) in Bezug auf Ungarn
- (i) alle natürlichen Personen, die die Staatsangehörigkeit der Republik Ungarn besitzen;
- (ii) alle juristischen Personen, Personengesellschaften und andere Personenvereinigungen, die nach dem in Ungarn geltenden Recht errichtet worden sind;
- k) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
- aa) in Deutschland das Bundesministerium der Finanzen oder die Behörde, an die es seine Befugnisse delegiert hat;
- bb) in Ungarn den Minister für nationale Wirtschaft oder seinen bevollmächtigten Vertreter.
- (2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates für die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach dem Recht dieses Staates hat.

Artikel 4

Ansässige Person

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung, des Ortes ihrer Gründung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat, seine Länder und ihre Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;

Article 4

Resident

(1) For the purposes of this Agreement, the term “resident of a Contracting State” means any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of management, place of incorporation or any other criterion of a similar nature, and also includes that State, a Land and any political subdivision or local authority thereof. This term, however, does not include any person who is liable to tax in that State in respect only of income from sources in that State or capital situated therein.

(2) Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined as follows:

- a) he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States, he shall be deemed to be a resident only of the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);
- b) if the State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has an habitual abode;
- c) if he has an habitual abode in both States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident only of the State of which he is a national;

d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung;
- b) eine Zweigniederlassung;
- c) eine Geschäftsstelle;
- d) eine Fabrikationsstätte;
- e) eine Werkstätte und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung natürlicher Ressourcen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 – für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die im Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort eine Geschäftstätigkeit durch einen Makler, Kommissionär

d) if he is a national of both States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall settle the question by mutual agreement.

(3) Where by reason of the provisions of paragraph 1 a person other than an individual is a resident of both Contracting States, then it shall be deemed to be a resident only of the State in which its place of effective management is situated.

Article 5

Permanent Establishment

(1) For the purposes of this Agreement, the term “permanent establishment” means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

(2) The term “permanent establishment” includes especially:

- a) a place of management;
- b) a branch;
- c) an office;
- d) a factory;
- e) a workshop, and
- f) a mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of extraction of natural resources.

(3) A building site or construction or installation project constitutes a permanent establishment only if it lasts more than twelve months.

(4) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, the term “permanent establishment” shall be deemed not to include:

- a) the use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;
- b) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;
- c) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;
- d) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information, for the enterprise;
- e) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character;
- f) the maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in sub-paragraphs a) to e), provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

(5) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person – other than an agent of an independent status to whom paragraph 6 applies – is acting on behalf of an enterprise and has, and habitually exercises, in a Contracting State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in that State in respect of any activities which that person undertakes for the enterprise, unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph 4 which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph.

(6) An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker, general commission

oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Geschäftstätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Seeschiffe, Binnenschiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business.

(7) The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

Article 6

Income from Immovable Property

(1) Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) The term "immovable property" shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships, boats and aircraft shall not be regarded as immovable property.

(3) The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise.

Article 7

Business Profits

(1) The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

(2) Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

(3) In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

(4) Insofar as it has been customary in a Contracting State to determine the profits to be attributed to a permanent establishment on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in paragraph 2 shall preclude that Contracting State from determining the profits to be taxed by such an apportionment as may be customary; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this Article.

(5) Aufgrund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

Seeschifffahrt, Binnenschifffahrt und Luftfahrt

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Gewinne aus dem Betrieb von Schiffen, die im internationalen Verkehr der Binnenschifffahrt dienen, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(3) Für Zwecke dieses Artikels beinhalten die Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen, Binnenschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr auch die Gewinne aus der gelegentlichen

- a) Vermietung von leeren Seeschiffen, Binnenschiffen oder Luftfahrzeugen und
- b) der Nutzung oder Vermietung von Containern (einschließlich Trailern und zugehöriger Ausstattung, die dem Transport der Container dienen),

wenn diese Tätigkeiten zum Betrieb von Schiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr gehören.

(4) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschifffahrt oder Binnenschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(5) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet – und entsprechend besteuert –, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und

(5) No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

(6) For the purposes of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

(7) Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Agreement, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

Article 8

Shipping, Inland Waterways Transport and Air Transport

(1) Profits from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(2) Profits from the operation of boats engaged in inland waterways transport in international traffic shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(3) For the purposes of this Article profits from the operation of ships, boats or aircraft in international traffic shall include profits from the occasional

- a) rental of ships, boats or aircraft on a bare-boat basis and
- b) use or rental of containers (including trailers and ancillary equipment used for transporting the containers),

if these activities pertain to the operation of ships, boats or aircraft in international traffic.

(4) If the place of effective management of a shipping enterprise or of an inland waterways transport enterprise is aboard a ship or boat, then it shall be deemed to be situated in the Contracting State in which the home harbour of the ship or boat is situated, or, if there is no such home harbour, in the Contracting State of which the operator of the ship or boat is a resident.

(5) The provisions of paragraph 1 shall also apply to profits from the participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

Article 9

Associated Enterprises

(1) Where

- a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or
- b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

(2) Where a Contracting State includes in the profits of an enterprise of that State – and taxes accordingly – profits on which an enterprise of the other Contracting State has been charged to tax in that other State and the profits so included are profits

handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10 **Dividenden**

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrag des Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine der Steuer nicht unterworfenen Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 15 vom Hundert des Bruttobetrag des Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussrechten oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung sowie sonstige Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind, sowie Einkünfte aus Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nicht ausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nicht ausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11 **Zinsen**

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und deren Nutzungsberechtigter eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, können nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert sind,

which would have accrued to the enterprise of the first-mentioned State if the conditions made between the two enterprises had been those which would have been made between independent enterprises, then that other State shall make an appropriate adjustment to the amount of the tax charged therein on those profits. In determining such adjustment, due regard shall be had to the other provisions of this Agreement and the competent authorities of the Contracting States shall, if necessary, consult each other.

Article 10 **Dividends**

(1) Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the dividends is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed:

- a) 5 per cent of the gross amount of the dividends if the beneficial owner is a company (other than a partnership that is not liable to tax) which holds directly at least 10 per cent of the capital of the company paying the dividends;
- b) 15 per cent of the gross amount of the dividends in all other cases.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

(3) The term “dividends” as used in this Article means income from shares, “jouissance” shares or “jouissance” rights, mining shares, founders’ shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits or other income which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident, and distributions on certificates of an investment fund.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, through a permanent establishment situated therein and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

(5) Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid to the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment situated in that other State, nor subject the company’s undistributed profits to a tax on the company’s undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

Article 11 **Interest**

(1) Interest arising in a Contracting State and beneficially owned by a resident of the other Contracting State shall be taxable only in that other State.

(2) The term “interest” as used in this Article means income from debt-claims of every kind, whether or not secured by mortgage, and in particular, income from government securities

und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels. Der Ausdruck „Zinsen“ umfasst jedoch nicht die in Artikel 10 behandelten Einkünfte.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(4) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(5) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und deren Nutzungsberechtigter eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, können nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematografischer Filme, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden. Der Ausdruck „Lizenzgebühren“ beinhaltet auch Vergütungen jeder Art für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung von Namen, Bildern oder sonstigen vergleichbaren Persönlichkeitsrechten sowie Entgelte für die Aufzeichnung der Veranstaltungen von Künstlern und Sportlern durch Rundfunk- oder Fernsehanstalten.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(4) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

and income from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities, bonds or debentures. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purpose of this Article. However, the term “interest” does not include income dealt with in Article 10.

(3) The provisions of paragraph 1 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises, through a permanent establishment situated therein and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

(4) Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment, then such interest shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment is situated.

(5) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

Article 12

Royalties

(1) Royalties arising in a Contracting State and beneficially owned by a resident of the other Contracting State shall be taxable only in that other State.

(2) The term “royalties” as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work including cinematograph films, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience. The term “royalties” shall also include payments of any kind for the use or the right to use a person's name, picture or any other similar personality rights and payments received as consideration for the recording of entertainers' or sportsmen's performances by radio or television.

(3) The provisions of paragraph 1 shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise, through a permanent establishment situated therein and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

(4) Royalties shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment in connection with which the liability to pay the royalties was incurred, and such royalties are borne by such permanent establishment, then such royalties shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment is situated.

(5) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung von Aktien, Rechten oder Anteilen an einer Gesellschaft, deren Aktivvermögen zu mehr als 50 vom Hundert aus in einem Vertragsstaat belegtem unbeweglichem Vermögen oder Rechten daran oder aus Aktien an einer Gesellschaft, deren Aktivvermögen zu mehr als 50 vom Hundert aus in einem Staat belegtem unbeweglichem Vermögen oder Rechten daran besteht, können in dem Staat besteuert werden, in dem das unbewegliche Vermögen liegt.

(3) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) erzielt werden, können vorbehaltlich des Absatzes 2 im anderen Staat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(5) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 bis 4 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

(6) Bei einer natürlichen Person, die in einem Vertragsstaat während mindestens fünf Jahren ansässig war und die im anderen Vertragsstaat ansässig geworden ist, berührt Absatz 5 nicht das Recht des erstgenannten Staates, bei Anteilen an Gesellschaften, die im erstgenannten Vertragsstaat ansässig sind, nach seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften bei der Person einen Vermögenszuwachs bis zu ihrem Wohnsitzwechsel zu besteuern. In diesem Fall wird der im erstgenannten Staat besteuerte Vermögenszuwachs bei der Ermittlung des späteren Vermögenszuwachses durch den anderen Staat nicht einbezogen.

Artikel 14

Einkünfte aus unselbständiger Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 15, 17, 18 und 20 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

(5) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the royalties, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

Article 13

Capital Gains

(1) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property referred to in Article 6 and situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) Gains from the alienation of shares, rights or an interest in a company, the assets of which consist more than 50 per cent of, or of rights in, immovable property situated in a Contracting State or of shares in a company the assets of which consist more than 50 per cent of, or of rights in, such immovable property situated in a State may be taxed in the State in which the immovable property is situated.

(3) Subject to the provisions of paragraph 2, gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State, including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise), may be taxed in that other State.

(4) Gains from the alienation of ships or aircraft operated in international traffic, boats engaged in inland waterways transport or movable property pertaining to the operation of such ships, aircraft or boats, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(5) Gains from the alienation of any property other than that referred to in paragraphs 1 to 4, shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

(6) Where an individual was a resident of a Contracting State for a period of 5 years or more and has become a resident of the other Contracting State, paragraph 5 shall not prevent the first-mentioned State from taxing under its domestic law the capital appreciation of shares in a company resident in the first-mentioned State for the period of residency of that individual in the first-mentioned State. In such case, the appreciation of capital taxed in the first-mentioned State shall not be included in the determination of the subsequent appreciation of capital by the other State.

Article 14

Income from Employment

(1) Subject to the provisions of Articles 15, 17, 18 and 20, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten, der während des betreffenden Steuerjahres beginnt oder endet, aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Die Bestimmungen des Absatzes 2 finden keine Anwendung auf Vergütungen für Arbeit im Rahmen gewerbsmäßiger Arbeitnehmerüberlassung.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für eine an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeugs im internationalen Verkehr oder eines Schiffes, das der Binnenschifffahrt dient, ausgeübte unselbständige Arbeit in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet, das das Schiff, Luftfahrzeug oder Binnenschiff betreibt.

Artikel 15

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 16

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7 und 14 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7 und 14 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte aus der von Künstlern oder Sportlern in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit, wenn der Aufenthalt in diesem Staat ganz oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln des anderen Staates oder einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften oder von einer im anderen Staat als gemeinnützig anerkannten Einrichtung finanziert wird. In diesem Fall können die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Person ansässig ist.

Artikel 17

Ruhegehälter, Renten und ähnliche Vergütungen

(1) Vorbehaltlich des Artikels 18 Absatz 2 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen oder Renten, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem anderen Vertragsstaat erhält, nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Renten und andere Vergütungen, die aufgrund des Gesetzes eines Vertragsstaates über die gesetzliche Sozialversicherung bezogen werden, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, der Empfänger war an oder vor dem Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden dieses Abkommens im anderen Vertragsstaat ansässig.

(3) Wiederkehrende und einmalige Vergütungen, die ein Vertragsstaat oder eine seiner Gebietskörperschaften an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person als Entschädigung für

a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in any twelve month period commencing or ending in the tax year concerned, and

b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and

c) the remuneration is not borne by a permanent establishment which the employer has in the other State.

(3) The provisions of paragraph 2 shall not apply to remuneration for employment within the framework of professional hiring out of labour.

(4) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft, or aboard a boat engaged in inland waterways transport operated in international traffic may be taxed in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise which operates the ship, aircraft or boat is situated.

Article 15

Directors' Fees

Directors' fees and other similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors or the supervisory board of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

Article 16

Artistes and Sportsmen

(1) Notwithstanding the provisions of Articles 7 and 14, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artiste, or a musician, or as a sportsman, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or a sportsman in his capacity as such accrues not to the entertainer or sportsman himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of Articles 7 and 14, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or sportsman are exercised.

(3) Paragraphs 1 and 2 shall not apply to income accruing from the exercise of activities by artistes or sportsmen in a Contracting State where the visit to that State is financed entirely or mainly from public funds of the other State, a Land, a political subdivision or a local authority thereof or by an organisation which in that other State is recognised as a charitable organisation. In such a case the income may be taxed only in the Contracting State of which the individual is a resident.

Article 17

Pensions, Annuities and Similar Payments

(1) Subject to the provisions of paragraph 2 of Article 18, pensions and similar payments or annuities paid to a resident of a Contracting State from the other Contracting State shall only be taxable in the first-mentioned State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, pensions and other payments made according to the law on mandatory social insurance of a Contracting State shall only be taxable in that State unless the recipient has been a resident in the other Contracting State on or before the day of the exchange of the instruments of ratification of this Agreement.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, recurrent or non-recurrent payments made by one of the Contracting States or a political subdivision thereof to a person resident in

politische Verfolgung oder für Unrecht oder Schäden aufgrund von Kriegshandlungen (einschließlich Wiedergutmachungsleistungen) oder des Wehr- oder Zivildienstes oder eines Verbrechens, einer Impfung oder ähnlicher Vorkommnisse zahlt, können abweichend von Absatz 1 nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

(4) Der Begriff „Rente“ bedeutet einen bestimmten Betrag, der regelmäßig zu festgesetzten Zeitpunkten lebenslang oder während eines bestimmten oder bestimmbaren Zeitabschnitts aufgrund einer Verpflichtung zahlbar ist, die diese Zahlungen als Gegenleistung für eine in Geld oder Geldeswert bewirkte angemessene Leistung vorsieht.

Artikel 18 **Öffentlicher Dienst**

(1)

- a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates an eine natürliche Person für die diesem Staat, einem seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und
 - aa) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
 - bb) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2) Vorbehaltlich des Artikels 17 Absatz 2

- a) können Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates oder aus von diesem Staat, einem seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts errichtetem Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat, einem seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Ruhegehälter können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates erbracht werden, sind die Artikel 14, 15, 16 oder 17 anzuwenden.

(4) Absatz 1 gilt entsprechend für Vergütungen, die im Rahmen eines Programms der wirtschaftlichen Zusammenarbeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften aus Mitteln, die ausschließlich von diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft bereitgestellt werden, an Fachkräfte oder freiwillige Helfer gezahlt werden, die in den anderen Vertragsstaat mit dessen Zustimmung entsandt worden sind.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind auch auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen sowie Ruhegehälter anzuwenden, die an natürliche Personen für Dienste gezahlt werden, die dem Goethe-Institut, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) beziehungsweise dem Collegium Hungaricum, dem ungarischen Kultur- und Informationsinstitut („Magyar Kulturális és

the other Contracting State as compensation for political persecution or for an injury or damage sustained as a result of war (including restitution payments) or of military or civil alternative service or of a crime, vaccination or a similar event shall be taxable only in the first-mentioned State.

(4) The term “annuities” means certain amounts payable periodically at stated times, for life or for a specified or ascertainable period of time, under an obligation to make the payments in return for adequate and full consideration in money or money’s worth.

Article 18 **Government Service**

(1)

- a) Salaries, wages and other similar remuneration, other than a pension, paid by a Contracting State, a Land, a political subdivision or a local authority thereof or some other legal entity under public law of that State to an individual in respect of services rendered to that State, Land, political subdivision or local authority or some other legal entity under public law shall be taxable only in that State.
- b) However, such salaries, wages and other remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that State and if the individual is a resident of that State who
 - aa) is a national of that State or
 - bb) did not become a resident of that State solely for the purpose of rendering the services.

(2) Subject to the provisions of paragraph 2 of Article 17

- a) Any pension paid by, or out of funds created by, a Contracting State, a Land, a political subdivision or a local authority thereof or some other legal entity under public law of that State to an individual in respect of services rendered to that State, Land, political subdivision or local authority or some other legal entity under public law shall be taxable only in that State.
- b) However, such pension shall be taxable only in the other Contracting State if the individual is a resident of, and a national of, that State.

(3) The provisions of Articles 14, 15, 16, and 17 shall apply to salaries, wages and other similar remuneration, and to pensions in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State, a Land, a political subdivision or a local authority thereof or some other legal entity under public law of that State.

(4) The provisions of paragraph 1 shall likewise apply in respect of remuneration paid, under a development assistance programme of a Contracting State, a Land, a political subdivision or a local authority thereof, out of funds exclusively supplied by that State, Land, political subdivision or local authority, to a specialist or volunteer seconded to the other Contracting State with the consent of that other State.

(5) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall also apply in respect of salaries, wages and other similar remuneration and pensions paid to individuals in respect of services rendered to the Goethe Institute, the German Academic Exchange Service (“Deutscher Akademischer Austauschdienst”) further the Collegium Hungaricum, the Hungarian Cultural and Information

Tájékoztatói Központ“) oder anderen ähnlichen, von den Vertragsstaaten einvernehmlich vereinbarten Einrichtungen geleistet werden. Werden diese Vergütungen im Gründungsstaat der Einrichtung nicht besteuert, so gilt Artikel 14.

Centre (”Magyar Kulturális és Tájékoztatói Központ”) respectively and to other comparable institutions mutually agreed by the competent authorities. If such remuneration is not taxed in the State where the institution was founded, the provisions of Article 14 shall apply.

Artikel 19

Gastprofessoren, Lehrer und Studierende

(1) Eine natürliche Person, die sich auf Einladung eines Vertragsstaats oder einer Universität, Hochschule, Schule, eines Museums oder einer anderen kulturellen Einrichtung dieses Vertragsstaats oder im Rahmen eines amtlichen Kulturaustausches in diesem Vertragsstaat höchstens zwei Jahre lang lediglich zur Ausübung einer Lehrtätigkeit, zum Halten von Vorlesungen, zum Zweck fortgeschrittener Studien oder zur Ausübung einer Forschungstätigkeit bei dieser Einrichtung aufhält und die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, ist in dem erstgenannten Staat mit ihren für diese Tätigkeit bezogenen Vergütungen von der Steuer befreit, vorausgesetzt, dass diese Vergütungen von außerhalb dieses Staates bezogen werden.

(2) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Artikel 20

Andere Einkünfte

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, können ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

Artikel 21

Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und Schiffe, die der Binnenschifffahrt dienen, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Seeschiffe und Luftfahrzeuge und Binnenschiffe dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Article 19

Visiting Professors, Teachers and Students

(1) An individual who visits a Contracting State at the invitation of that State or of a university, college, school, museum or other cultural institution of that State or under an official programme of cultural exchange for a period not exceeding two years solely for the purpose of teaching, giving lectures, advanced studies or carrying out research at such institution and who is, or was immediately before that visit, a resident of the other Contracting State shall be exempt from tax in the first-mentioned State on his remuneration for such activity, provided that such remuneration is derived by him from outside that State.

(2) Payments which a student, post graduate student or business apprentice who is or was immediately before visiting a Contracting State a resident of the other Contracting State and who is present in the first-mentioned State solely for the purpose of his education or training receives for the purpose of his maintenance, education or training shall not be taxed in that State, provided that such payments arise from sources outside that State.

Article 20

Other Income

(1) Items of income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt with in the foregoing Articles of this Agreement shall be taxable only in that State.

(2) The provisions of paragraph 1 shall not apply to income, other than income from immovable property as defined in paragraph 2 of Article 6, if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein and the right or property in respect of which the income is paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

Article 21

Capital

(1) Capital represented by immovable property referred to in Article 6, owned by a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Capital represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(3) Capital represented by ships and aircraft operated in international traffic, and by boats engaged in inland waterways transport, and by movable property pertaining to the operation of such ships and aircraft and boats, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(4) All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

Artikel 22**Vermeidung der Doppelbesteuerung im Wohnsitzstaat**

(1) Bei einer in Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

- a) Von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer werden die Einkünfte aus Ungarn sowie die in Ungarn gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach diesem Abkommen tatsächlich in Ungarn besteuert werden und nicht unter Buchstabe b fallen. Für Einkünfte aus Dividenden gelten die vorstehenden Bestimmungen nur dann, wenn diese Dividenden an eine in Deutschland ansässige Gesellschaft (jedoch nicht an eine Personengesellschaft) von einer in Ungarn ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens zehn vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört, und bei der Ermittlung der Gewinne der ausschüttenden Gesellschaft nicht abgezogen worden sind. Für die Zwecke der Steuern vom Vermögen werden von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Ausschüttungen, falls solche gezahlt würden, nach den vorhergehenden Sätzen von der Steuerbemessungsgrundlage auszunehmen wären.
- b) Auf die deutsche Steuer vom Einkommen für die folgenden Einkünfte wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die ungarische Steuer angerechnet, die nach ungarischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen für diese Einkünfte gezahlt worden ist:
 - aa) Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen;
 - bb) Einkünfte, die nach Artikel 13 Absatz 2 in Ungarn besteuert werden können;
 - cc) Einkünfte, die nach Artikel 14 Absatz 3 in Ungarn besteuert werden können;
 - dd) Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen;
 - ee) Einkünfte, die nach Artikel 16 besteuert werden können.
- c) Statt der Bestimmungen des Buchstabens a sind die Bestimmungen des Buchstabens b anzuwenden auf Einkünfte im Sinne der Artikel 7 und 10 und die diesen Einkünften zugrunde liegenden Vermögenswerte, wenn die in Deutschland ansässige Person nicht nachweist, dass die Betriebsstätte in dem Wirtschaftsjahr, in dem sie den Gewinn erzielt hat, oder die in Ungarn ansässige Gesellschaft in dem Wirtschaftsjahr, für das sie die Ausschüttung vorgenommen hat, ihre Bruttoerträge ausschließlich oder fast ausschließlich aus unter Paragraph 8 Absatz 1 Nummer 1 bis 6 des deutschen Außensteuergesetzes fallenden Tätigkeiten bezieht; Gleiches gilt für unbewegliches Vermögen, das einer Betriebsstätte dient und die daraus erzielten Einkünfte (Artikel 6 Absatz 4) sowie für die Gewinne aus der Veräußerung dieses unbeweglichen Vermögens (Artikel 13 Absatz 1) und des beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen der Betriebsstätte darstellt (Artikel 13 Absatz 3).
- d) Deutschland behält aber das Recht, die nach den Bestimmungen dieses Abkommens von der deutschen Steuer ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung ihres Steuersatzes zu berücksichtigen.
- e) Ungeachtet der Bestimmungen des Buchstabens a wird die Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung nach Buchstabe b vermieden,
 - aa) wenn in den Vertragsstaaten Einkünfte oder Vermögen unterschiedlichen Abkommensbestimmungen zugeordnet oder verschiedenen Personen zugerechnet werden (außer nach Artikel 9) und dieser Konflikt sich nicht durch ein Verfahren nach Artikel 24 Absatz 3 regeln lässt, und wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte oder das Ver-

Article 22**Elimination of Double Taxation in the State of Residence**

(1) Tax shall be determined in the case of a resident of Germany as follows:

- a) Unless foreign tax credit is to be allowed under sub-paragraph b), there shall be exempted from the assessment basis of the German tax any item of income arising in Hungary and any item of capital situated within Hungary which, according to this Agreement, is effectively taxed in Hungary. In the case of items of income from dividends the preceding provision shall apply only to such dividends as are paid to a company (not including partnerships) being a resident of Germany by a company being a resident of Hungary at least 10 per cent of the capital of which is owned directly by the German company and which were not deducted when determining the profits of the company distributing these dividends. There shall be exempted from the assessment basis of the taxes on capital any shareholding the dividends of which if paid, would be exempted, according to the foregoing sentences.
- b) Subject to the provisions of German tax law regarding credit for foreign tax, there shall be allowed as a credit against German tax on income payable in respect of the following items of income the Hungarian tax paid under the laws of Hungary and in accordance with this Agreement:
 - aa) dividends not dealt with in sub-paragraph a);
 - bb) items of income that may be taxed in Hungary according to paragraph 2 of Article 13;
 - cc) items of income that may be taxed in Hungary according to paragraph 3 of Article 14;
 - dd) directors' fees;
 - ee) items of income that may be taxed according to Article 16.
- c) The provisions of sub-paragraph b) shall apply instead of the provisions of sub-paragraph a) to items of income as defined in Articles 7 and 10 and to the assets from which such income is derived if the resident of Germany does not prove that the gross income of the permanent establishment in the business year in which the profit has been realised or of the company resident in Hungary in the business year for which the dividends were paid was derived exclusively or almost exclusively from activities within the meaning of nos. 1 to 6 of paragraph 1 of section 8 of the German Law on External Tax Relations (Aussensteuergesetz); the same shall apply to immovable property used by a permanent establishment and to income from this immovable property of the permanent establishment (paragraph 4 of Article 6) and to profits from the alienation of such immovable property (paragraph 1 of Article 13) and of the movable property forming part of the business property of the permanent establishment (paragraph 3 of Article 13).
- d) Germany, however, retains the right to take into account in the determination of its rate of tax the items of income and capital, which are under the provisions of this Agreement exempted from German tax.
- e) Notwithstanding the provisions of sub-paragraph a) double taxation shall be avoided by allowing a tax credit as laid down in sub-paragraph b)
 - aa) if in the Contracting States items of income or capital are placed under differing provisions of this Agreement or attributed to different persons (except pursuant to Article 9) and this conflict cannot be settled by a procedure in accordance with paragraph 3 of Article 24 and if as a result of this difference in placement or attribution the relevant income or capital would remain untaxed or

mögen unbesteuert geblieben oder niedriger als ohne diesen Konflikt besteuert würden, oder

- bb) wenn die zuständige Behörde Deutschlands der zuständigen Behörde Ungarns andere Einkünfte notifiziert, bei denen sie die Anrechnungsmethode nach Buchstabe b anzuwenden beabsichtigt. Die Doppelbesteuerung wird für die notifizierten Einkünfte durch Steueranrechnung vom ersten Tag des Kalenderjahres vermieden, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem die Notifikation empfangen wurde und alle rechtlichen Anforderungen gemäß innerstaatlichem deutschem Recht erfüllt sind.

(2) Bei einer in Ungarn ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

- a) Bezieht eine in Ungarn ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und können diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Deutschland besteuert werden, so werden diese Einkünfte oder dieses Vermögen vorbehaltlich der Buchstaben b und c in Ungarn von der Besteuerung ausgenommen.
- b) Bezieht eine in Ungarn ansässige Person Einkünfte, die nach Artikel 10 in Deutschland besteuert werden können, so gewährt Ungarn einen Abzug von der Einkommensteuer dieser Person in Höhe des Betrags der in Deutschland gezahlten Steuer. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus Deutschland bezogenen Einkünfte entfällt.
- c) Einkünfte oder Vermögen einer in Ungarn ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Ungarn auszunehmen sind, können dort gleichwohl bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.
- d) Buchstabe a gilt nicht für Einkünfte oder Vermögen einer in Ungarn ansässigen Person, wenn Deutschland dieses Abkommen so anwendet, dass diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung ausgenommen sind, oder Artikel 10 Absatz 2 auf diese Einkünfte anwendet.

Artikel 23

Gleichbehandlung

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem der beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen aufgrund des Personenstands oder der Familienlasten zu gewähren, die er nur seinen ansässigen Personen gewährt.

be taxed lower than without this conflict or

- bb) if the competent authority of Germany notifies the competent authority of Hungary of other items of income to which it intends to apply the provisions of subparagraph b). Double taxation is then avoided for the notified income by allowing a tax credit from the first day of the calendar year, next following that in which the notification was received and all legal requirements according to the internal law of Germany are fulfilled.

(2) Tax shall be determined in the case of a resident of Hungary as follows:

- a) Where a resident of Hungary derives income or owns capital which, in accordance with the provisions of this Agreement may be taxed in Germany, Hungary shall, subject to the provisions of sub-paragraphs b) and c), exempt such income or capital from tax.
- b) Where a resident of Hungary derives items of income which, in accordance with the provisions of Article 10, may be taxed in Germany, Hungary shall allow as a deduction from the tax on the income of that resident an amount equal to the tax paid in Germany. Such deduction shall not, however, exceed that part of the tax, as computed before the deduction is given which is attributable to such items of income derived from Germany.
- c) Where in accordance with any provision of the Agreement income derived or capital owned by a resident of Hungary is exempt from tax in Hungary, Hungary may nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income or capital of such resident, take into account the exempted income or capital.
- d) The provisions of sub-paragraph a) shall not apply to income derived or capital owned by a resident of Hungary where Germany applies the provisions of this Convention to exempt such income or capital from tax or applies the provisions of paragraph 2 of Article 10 to such income.

Article 23

Non-discrimination

(1) Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected. This provision shall, notwithstanding the provisions of Article 1, also apply to persons who are not residents of one or both of the Contracting States.

(2) Stateless persons who are residents of a Contracting State shall not be subjected in either Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of the State concerned in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected.

(3) The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes on account of civil status or family responsibilities which it grants to its own residents.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 5 oder Artikel 12 Absatz 5 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 24

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaates oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaates, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 23 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaates unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

Artikel 25

Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder zur Verwaltung beziehungsweise Vollstreckung des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, voraussichtlich erheblich sind, soweit die diesem Recht entsprechen-

(4) Except where the provisions of paragraph 1 of Article 9, paragraph 5 of Article 11, or paragraph 5 of Article 12, apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable capital of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned State.

(5) Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

(6) The provisions of this Article shall, notwithstanding the provisions of Article 2, apply to taxes of every kind and description.

Article 24

Mutual Agreement Procedure

(1) Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Agreement, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under paragraph 1 of Article 23, to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of the Agreement.

(2) The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the Agreement. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

(3) The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Agreement. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in the Agreement.

(4) The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly, including through a joint commission consisting of themselves or their representatives, for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs.

Article 25

Exchange of Information

(1) The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is foreseeably relevant for carrying out the provisions of this Agreement or to the administration or enforcement of the domestic laws concerning taxes of every kind and description imposed on behalf of a Contracting State, of a Land or a political subdivision or local authority thereof, insofar as the taxation thereunder is not contrary to the Agreement. The

de Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Austausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt.

(2) Alle Informationen, die ein Vertragsstaat nach Absatz 1 erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder der Entscheidung über Rechtsmittel hinsichtlich der in Absatz 1 genannten Steuern oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Auskünfte in einem Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft, einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder einer Gerichtsentscheidung offenlegen. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen können die von einem Vertragsstaat erhaltenen Informationen für andere Zwecke verwendet werden, wenn diese Informationen nach dem Recht beider Staaten für diese anderen Zwecke verwendet werden können und die zuständige Behörde des übermittelnden Staates diese Verwendung gestattet.

(3) Die Absätze 1 und 2 sind nicht so auszulegen, als verpflichteten sie einen Vertragsstaat,

- a) für die Erteilung von Informationen Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

(4) Ersucht ein Vertragsstaat nach diesem Artikel um Informationen, so nutzt der andere Vertragsstaat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Beschaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn dieser andere Staat diese Informationen für seine eigenen steuerlichen Zwecke nicht benötigt. Die im vorhergehenden Satz enthaltene Verpflichtung unterliegt den Beschränkungen nach Absatz 3, aber diese Beschränkungen sind nicht so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil er kein innerstaatliches Interesse an diesen Informationen hat.

(5) Absatz 3 ist nicht so auszulegen, dass ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen kann, weil die Informationen sich bei einer Bank, einem sonstigen Finanzinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden bzw. sich auf das Eigentum an einer Person beziehen.

Artikel 26

Verfahrensregeln für die Quellenbesteuerung

(1) Werden in einem Vertragsstaat die Steuern von Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder sonstigen von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person bezogenen Einkünften im Abzugsweg erhoben, so wird das Recht des erstgenannten Staates zur Vornahme des Steuerabzugs zu dem nach seinem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Satz durch dieses Abkommen nicht berührt. Die im Abzugsweg erhobene Steuer ist auf Antrag des Steuerpflichtigen zu erstatten, wenn und soweit sie durch dieses Abkommen ermäßigt wird oder entfällt.

(2) Die Anträge auf Erstattung müssen vor Ablauf des vierten Jahres eingereicht werden, das auf das Kalenderjahr der Festsetzung der Abzugsteuer auf die Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder anderen Einkünfte folgt.

(3) Ungeachtet des Absatzes 1 wird jeder Vertragsstaat Verfahren dafür schaffen, dass Zahlungen von Einkünften, die nach diesem Abkommen im Quellenstaat keiner oder nur einer ermäßigten Steuer unterliegen, ohne oder nur mit dem Steuerabzug erfolgen können, der im jeweiligen Artikel vorgesehen ist.

exchange of information is not restricted by Articles 1 and 2.

(2) Any information received under paragraph 1 by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) concerned with the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, or the determination of appeals in relation to the taxes referred to in paragraph 1 or the oversight of the above. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public prosecutor's investigation proceedings, public court proceedings or in judicial decisions. Notwithstanding the foregoing, information received by a Contracting State may be used for other purposes when such information may be used for such other purposes under the laws of both States and the competent authority of the supplying State authorises such else.

(3) In no case shall the provisions of paragraphs 1 and 2 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

- a) to carry out administrative measures for the supply of information at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;
- b) to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;
- c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information the disclosure of which would be contrary to public policy (ordre public).

(4) If information is requested by a Contracting State in accordance with this Article, the other Contracting State shall use its information gathering measures to obtain the requested information, even though that other State may not need such information for its own tax purposes. The obligation contained in the preceding sentence is subject to the limitations of paragraph 3 but in no case shall such limitations be construed to permit a Contracting State to decline to supply information solely because it has no domestic interest in such information.

(5) In no case shall the provisions of paragraph 3 be construed to permit a Contracting State to decline to supply information solely because the information is held by a bank, other financial institution, nominee or person acting in an agency or a fiduciary capacity or because it relates to ownership interests in a person.

Article 26

Procedural Rules for Taxation at Source

(1) If in one of the Contracting States the taxes on dividends, interest, royalties or other items of income derived by a person who is a resident of the other Contracting State are levied by withholding at source, the right of the first-mentioned State to apply the withholding of tax at the rate provided under its domestic law shall not be affected by the provisions of this Agreement. The tax withheld at source shall be refunded on application by the taxpayer if and to the extent that it is reduced by this Agreement or ceases to apply.

(2) Refund applications must be submitted by the end of the fourth year following the calendar year in which the withholding tax was applied to the dividends, interest, royalties or other items of income.

(3) Notwithstanding paragraph 1, each Contracting State shall provide for procedures to the effect that payments of income subject under this Agreement to no tax or only to reduced tax in the state of source may be made without deduction of tax or with deduction of tax only at the rate provided in the relevant Article.

(4) Der Vertragsstaat, aus dem die Einkünfte stammen, kann eine Bescheinigung der zuständigen Behörde über die Ansässigkeit in dem anderen Vertragsstaat verlangen.

(5) Die zuständigen Behörden können in gegenseitigem Einvernehmen die Durchführung dieses Artikels regeln und gegebenenfalls andere Verfahren zur Durchführung der in diesem Abkommen vorgesehenen Steuerermäßigungen oder -befreiungen festlegen.

Artikel 27

Anwendung des Abkommens in bestimmten Fällen

Dieses Abkommen ist nicht so auszulegen, als hindere es einen Vertragsstaat, seine innerstaatlichen Rechtsvorschriften zur Verhinderung der Steuerumgehung oder Steuerhinterziehung anzuwenden. Führt die vorstehende Bestimmung zu einer Doppelbesteuerung, konsultieren die zuständigen Behörden einander nach Artikel 24 Absatz 3, wie die Doppelbesteuerung zu vermeiden ist.

Artikel 28

Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 29

Protokoll

Das angefügte Protokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 30

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Berlin ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am 30. Tag nach dem Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist in beiden Vertragsstaaten anzuwenden

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;
- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist.

(3) Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens tritt das am 18. Juli 1977 unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Ungarn zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen, Ertrag und vom Vermögen wie folgt außer Kraft:

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;
- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;
- c) im Falle des Artikels 20 Absatz 1 im Hinblick auf die Steuerbefreiung an dem Tag, an dem der darin genannte Zeitraum abgelaufen ist.

(4) The Contracting State in which the items of income arise may ask among others for a certificate by the competent authority on the residence in the other Contracting State.

(5) The competent authorities may by mutual agreement implement the provisions of this Article and if necessary establish other procedures for the implementation of tax reductions or exemptions provided for under this Agreement.

Article 27

Application of the Agreement in Special Cases

This Agreement shall not be interpreted to mean that a Contracting State is prevented from applying its domestic legal provisions on the prevention of tax evasion or tax avoidance. If the foregoing provision results in double taxation, the competent authorities shall consult each other pursuant to Article 24 paragraph 3 on how to avoid double taxation.

Article 28

Members of Diplomatic Missions and Consular Posts

Nothing in this Agreement shall affect the fiscal privileges of members of diplomatic missions or consular posts under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

Article 29

Protocol

The attached Protocol shall be an integral part of this Agreement.

Article 30

Entry into Force

(1) This Agreement shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Berlin.

(2) The Agreement shall enter into force on the 30th day following the day of the exchange of the instruments of ratification and shall have effect in both Contracting States:

- a) in the case of taxes withheld at source, in respect of amounts paid on or after the first day of January of the calendar year next following that in which the Agreement entered into force;
- b) in the case of other taxes, in respect of taxes levied for periods beginning on or after the first day of January of the calendar year next following that in which the Agreement entered into force.

(3) Upon the entry into force of this Agreement, the Agreement between the Federal Republic of Germany and the Hungarian People's Republic for the Avoidance of Double Taxation with respect to Taxes on Income, Profits and Capital, signed on 18th July 1977, shall cease to have effect, and respectively expire:

- a) in the case of taxes withheld at source, with respect of amounts paid on or after the first day of January of the calendar year next following that in which the Agreement entered into force;
- b) in the case of other taxes, in respect of taxes levied for periods beginning on or after the first day of January of the calendar year next following that in which the Agreement entered into force;
- c) in the case of paragraph 1 of Article 20, in respect of the exemption of taxes on the day when the period, therein mentioned, has ended.

Artikel 31
Kündigung

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden und tritt wie folgt außer Kraft

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das auf das Kündigungsjahr folgt;
- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Kündigungsjahr folgt.

Maßgebend für die Berechnung der Frist ist der Tag des Eingangs der Kündigung bei dem anderen Vertragsstaat.

Geschehen zu Budapest am 28. Februar 2011 in zwei Urschriften, jede in deutscher, ungarischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des ungarischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Article 31
Termination

This Agreement shall continue in effect for an unlimited period but either of the Contracting States may, on or before the thirtieth day of June in any calendar year beginning after the expiration of a period of five years from the date of its entry into force, give the other Contracting State, through diplomatic channels, written notice of termination and, in such event, this Agreement shall cease to have effect, and respectively expire:

- a) in the case of taxes withheld at source, in respect of amounts paid on or after the first day of January of the calendar year next following that in which notice of termination is given;
- b) in the case of other taxes, in respect of taxes levied for periods beginning on or after the first day of January of the calendar year next following that in which notice of termination is given.

The date of receipt of such notice by the other Contracting State shall be definitive for the determination of the deadline.

Done at Budapest on 28 February 2011 in two originals, each in the German, Hungarian and English languages, all three texts being authentic. In the case of divergent interpretation of the German and the Hungarian texts, the English text shall prevail.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany

Janetzke-Wenzel

Für die Republik Ungarn
For the Republic of Hungary

Kármán András

Protokoll
zu dem Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Ungarn
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
vom 28. Februar 2011

Protocol
to the Agreement
between the Federal Republic of Germany
and the Republic of Hungary
for the Avoidance of Double Taxation and the Prevention of Fiscal Evasion
with respect to Taxes on Income and on Capital
signed on 28 February 2011

Die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Ungarn haben ergänzend zum Abkommen vom 28. Februar 2011 zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind:

1. Zu den Artikeln 3, 4, 8, 13, 14 und 21:

Der „Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung“ ist der Ort, an dem die grundlegenden unternehmerischen und kaufmännischen Entscheidungen, die für die Führung der Geschäfte des Rechtsträgers notwendig sind, im Wesentlichen getroffen werden. Der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung ist gewöhnlich der Ort, wo die höchststrangige Person oder Personengruppe ihre Entscheidungen trifft und die Tagesgeschäfte geführt werden und die von dem Rechtsträger als Ganzem zu treffenden Maßnahmen beschlossen werden.

2. Zu Artikel 7:

- a) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats in anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte eine geschäftliche Tätigkeit aus, so werden die Gewinne dieser Betriebsstätte nicht auf der Grundlage des vom Unternehmen hierfür erzielten Gesamtbetrags, sondern nur auf der Grundlage des Betrags ermittelt, der der tatsächlichen Tätigkeit der Betriebsstätte zuzurechnen ist.
- b) Absatz 3 gilt unabhängig von den in den innerstaatlichen Rechtsvorschriften vorgesehenen Begrenzungen, vorausgesetzt, dass die abgezogenen Abgaben der internationalen Praxis entsprechen.
- c) Hat ein Unternehmen eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat, so werden im Fall von Verträgen, insbesondere über Entwürfe, Lieferungen, Einbau oder Bau von gewerblichen, kaufmännischen oder wissenschaftlichen Ausrüstungen oder Einrichtungen, oder von öffentlichen Aufträgen die Gewinne dieser Betriebsstätte nicht auf der Grundlage des Gesamtvertragspreises, sondern nur auf der Grundlage des Teils des Vertrages ermittelt, der tatsächlich von der Betriebsstätte in dem Vertragsstaat durchgeführt wird, in dem die Betriebsstätte liegt. Gewinne aus der Lieferung von Waren an die Betriebsstätte oder Gewinne im Zusammenhang mit dem Teil des Vertrages, der in dem Vertragsstaat durchgeführt wird, in dem der Sitz des Stammhauses des Unternehmens liegt, können nur in diesem Staat besteuert werden.
- d) Vergütungen für technische Dienstleistungen einschließlich Studien oder Entwürfe wissenschaftlicher, geologischer oder technischer Art oder für Konstruktionsverträge einschließlich dazugehöriger Blaupausen oder für Beratungs- oder Überwachungstätigkeit gelten als Vergütungen, auf die Artikel 7 des Abkommens anzuwenden ist.

The Federal Republic of Germany and the Republic of Hungary have in addition to the Agreement of 28 February 2011 for the Avoidance of Double Taxation and the Prevention of Fiscal Evasion with respect to Taxes on Income and on Capital agreed on the following provisions, which shall form an integral part of the said Agreement:

1. With reference to Articles 3, 4, 8, 13, 14 and 21:

The “place of effective management” is the place where key management and commercial decisions that are necessary for the conduct of the entity’s business are in substance made. The place of the effective management will ordinarily be the place where the most senior person or group of persons makes its decisions, and the day-to-day management is conducted, the place where the actions to be taken by the entity as a whole are determined.

2. With reference to Article 7:

- a) Where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, the profits of that permanent establishment shall not be determined on the basis of the total amount received therefore by the enterprise but only on the basis of the amount which is attributable to the actual activity of the permanent establishment for such sales or business.
- b) The provision of paragraph 3 is applicable irrespective of limitations by the domestic laws, provided that the deducted expenses are in accordance with the international practice.
- c) In the case of contracts, in particular for the survey, supply, installation or construction of industrial, commercial or scientific equipment or premises, or of public works, where the enterprise has a permanent establishment in the other Contracting State, the profits of such permanent establishment shall not be determined on the basis of the total amount of the contract, but only on the basis of that part of the contract which is effectively carried out by the permanent establishment in the Contracting State in which it is situated. Profits derived from the supply of goods through that permanent establishment or profits related to the part of the contract which is carried out in the Contracting State in which the head office of the enterprise is situated shall be taxable only in that State.
- d) Payments received as a consideration for technical services, including studies or surveys of a scientific, geological or technical nature, or for engineering contracts including blue prints related thereto, or for consultancy or supervisory services shall be deemed to be payments to which the provisions of Article 7 of the Agreement apply.

3. Zu den Artikeln 5 und 7:

Die Anwendung und Auslegung der Artikel 5 und 7 dieses Abkommens und insbesondere die Beilegung von Meinungsverschiedenheiten sollten unter Hinzuziehung des Kommentars des derzeitigen OECD-Musterabkommens zu den Artikeln 5 und 7 erfolgen. Wird der Kommentar in Zukunft von der OECD überarbeitet, sind die Artikel 5 und 7 dieses Abkommens gemäß dem überarbeiteten Kommentar auszulegen, vorausgesetzt, dass dies dem Abkommenstext entspricht.

4. Zu den Artikeln 10 und 11:

Ungeachtet der Artikel 10 und 11 dieses Abkommens können Dividenden und Zinsen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden, wenn

- a) sie auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung, einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder der Einkünfte aus partiarischen Darlehen oder Gewinnobligationen im Sinne des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland, beruhen und bei der Ermittlung der Gewinne des Schuldners der Einkünfte abzugsfähig sind oder
- b) die ausschüttende Gesellschaft ein Real Estate Investment Trust oder ein ähnlicher Rechtsträger ist, der von der Körperschaftsteuer befreit ist.

5. Zu Artikel 25:

Falls nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts aufgrund dieses Abkommens personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten ergänzend die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

- a) Die Verwendung der Daten durch die empfangende Stelle ist nur zu dem angegebenen Zweck und nur zu den durch die übermittelnde Stelle vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
- b) Die empfangende Stelle unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- c) Personenbezogene Daten dürfen nur an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
- d) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Datenübermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Diese ist verpflichtet, die Berichtigung beziehungsweise die Löschung solcher Daten unverzüglich vorzunehmen.
- e) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Daten sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Erteilung dieser Auskunft besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse, sie nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
- f) Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustauschs nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Die empfangende

3. With reference to Articles 5 and 7:

The application and interpretation of Articles 5 and 7 of this Agreement and, in particular the settlement of any disputes insofar, should be done by using the Commentary on Articles 5 and 7 of the current Model Convention of the OECD. If the Commentary is revised in the future by the OECD, Articles 5 and 7 of this Agreement should be interpreted in the spirit of the revised Commentary, provided this is in accordance with the text of the Agreement.

4. With reference to Articles 10 and 11:

Notwithstanding the provisions of Article 10 and 11 of this Agreement, dividends and interest may be taxed in the Contracting States in which they arise, and according to the law of that State,

- a) if they are derived from rights or debt claims carrying a right to participate in profits, including income derived by a silent partner ("stiller Gesellschafter") from his participation as such, or from a loan with an interest rate linked to borrower's profit ("partiarisches Darlehen") or from profit sharing bonds ("Gewinnobligationen") within the meaning of the tax law of and under the condition that they are deductible in the determination of profits of the debtor of such income or
- b) if the distributing company is a Real Estate Investment Trust company or a similar entity that is exempt from corporation tax.

5. With reference to Article 25:

If in accordance with domestic law personal data are exchanged under this Agreement, the following additional provisions shall apply subject to the legal provisions in effect for each Contracting State:

- a) The receiving agency may use such data only for the stated purpose and shall be subject to the conditions prescribed by the supplying agency.
- b) The receiving agency shall on request inform the supplying agency about the use of the supplied data and the results achieved thereby.
- c) Personal data may be supplied only to the responsible agencies. Any subsequent supply to other agencies may be effected only with the prior approval of the supplying agency.
- d) The supplying agency shall be obliged to ensure that the data to be supplied are accurate and that they are necessary for and proportionate to the purpose for which they are supplied. Any bans on data supply prescribed under applicable domestic law shall be observed. If it emerges that inaccurate data or data which should not have been supplied have been supplied, the receiving agency shall be informed of this without delay. That agency shall be obliged to correct or erase such data without delay.
- e) Upon application the person concerned shall be informed of the supplied data relating to him and of the use to which such data are to be put. There shall be no obligation to furnish this information if on balance it turns out that the public interest in withholding it outweighs the interest of the person concerned in receiving it. In all other respects, the right of the person concerned to be informed of the existing data relating to him shall be governed by the domestic law of the Contracting State in whose sovereign territory the application for the information is made.
- f) The receiving agency shall bear liability in accordance with its domestic laws in relation to any person suffering unlawful damage as a result of supply under the exchange of data pursuant to this Agreement. In relation to the damaged

Stelle kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht wurde.

- g) Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende innerstaatliche Recht in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Löschungsvorschriften vorsieht, weist diese Stelle die empfangende Stelle darauf hin. Unabhängig von diesem Recht sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
- h) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang personenbezogener Daten aktenkundig zu machen.
- i) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

6. Zu Artikel 26:

Sieht das innerstaatliche Recht eines Vertragsstaats eine Frist für die Anträge auf Erstattung vor, die länger als vier Jahre beträgt, so sind die innerstaatlichen Rechtsvorschriften maßgebend.

7. Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaft:

Dieses Abkommen berührt nicht die Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaft und entsprechende Bestimmungen der Vertragsstaaten.

Geschehen zu Budapest am 28. Februar 2011 in zwei Urschriften, jede in deutscher, ungarischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des ungarischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

person, the receiving agency may not plead to its discharge that the damage had been caused by the supplying agency.

- g) Where the domestic law of the supplying agency contains special provisions for the deletion of the personal data supplied, that agency shall inform the receiving agency accordingly. Irrespective of such law, supplied personal data shall be erased once they are no longer required for the purpose for which they were supplied.
- h) The supplying and the receiving agencies shall be obliged to keep official records of the supply and receipt of personal data.
- i) The supplying and the receiving agencies shall be obliged to take effective measures to protect the personal data supplied against unauthorised access, unauthorised alteration and unauthorised disclosure.

6. With reference to Article 26:

If the domestic law of a Contracting State provides for a period of refund applications longer than four years, it is understood that the domestic provision shall prevail.

7. Legal acts of the European Community:

It is understood that this Agreement shall not affect legal acts of the European Community and corresponding provisions of the Contracting States.

Done at Budapest on 28 February 2011 in two originals, each in the German, Hungarian and English languages, all three texts being authentic. In the case of divergent interpretation of the German and the Hungarian texts, the English text shall prevail.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany

Janetzke-Wenzel

Für die Republik Ungarn
For the Republic of Hungary

Kármán András

**Bekanntmachung
der deutsch-brasilianischen Vereinbarung
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 15. Juli 2011

Die Vereinbarung in der Form eines Notenwechsels vom 30. Dezember 2008 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Föderativen Republik Brasilien über Finanzielle Zusammenarbeit („Windparks“) ist nach ihrer Inkrafttretensklausel

am 30. Dezember 2008

in Kraft getreten; die deutsche einleitende Note wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 15. Juli 2011

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dorothea Groth

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

Brasilia, den 30. Dezember 2008

Herr Minister,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf das Einvernehmen zwischen unseren Regierungen, den Energiesektor zum Schwerpunktgebiet unserer Zusammenarbeit zu machen, sowie auf die Verbalnote Nr. 360, WZ 444/Windpark, vom 25. Juli 2008 und auf die Antwortnote CGFIN/DE-I/140/EFIN-RFA-BRAS vom 26. August 2008 folgende Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit vorzuschlagen:

1. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Föderativen Republik Brasilien, für das Programm „Windparks“ ein vergünstigtes Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (im Folgenden „KfW“ genannt), das im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit gewährt wird, von bis zu 100 000 000,- EUR (in Worten: hundert Millionen Euro) zu erhalten, wenn nach Prüfung durch beide Seiten die entwicklungspolitische Förderungswürdigkeit des Vorhabens festgestellt worden ist. Dieses Vorhaben kann nicht durch andere Vorhaben ersetzt werden.
2. Ziel des Programms ist es, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Föderativen Republik Brasilien auf dem Gebiet der Windenergie beizutragen.
3. Die Regierung der Bundesrepublik beauftragt die KfW mit der Ausführung des unter der Nummer 1 aufgeführten Programms.
4. Die Föderative Republik Brasilien beauftragt die Nationale Entwicklungsbank – BNDES mit der Ausführung des unter Nummer 1 genannten Programms.
5. Die Verwendung des unter der Nummer 1 genannten Betrages, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und der BNDES zu schließenden Verträge, die den in der Bundesregierung Deutschland und der Föderativen Republik Brasilien geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

6. Die Zusage für das unter Nummer 1 genannte Vorhaben und den unter Nummer 1 genannten Betrag entfällt ersatzlos, soweit die unter Nummer 5 genannten Verträge nicht bis zum 31. Dezember 2016 geschlossen sind. Sollten nur für einen Teil der Zusagen in dem vorgesehenen Zeitraum Verträge geschlossen worden sein, so gilt diese Verfallsklausel nur für die noch nicht durch diese Verträge gebundenen Teilbeträge.
7. Diese Vereinbarung wird in deutscher und portugiesischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls sich die Regierung der Föderativen Republik Brasilien mit den unter den Nummern 1 bis 7 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung darstellen, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Friedrich Prot von Kunow

Seiner Exzellenz
dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten
der Föderativen Republik Brasilien
Herrn Celso Amorim
Brasilia

**Bekanntmachung
der deutsch-bolivianischen Vereinbarung
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 19. August 2011

Die Vereinbarung in der Form eines Notenwechsels vom 19. November 2008/14. Januar 2009 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Bolivien über Finanzielle Zusammenarbeit („Wasser für kleine Gemeinden“) ist nach ihrer Inkraftretensklausel

am 14. Januar 2009

in Kraft getreten; die deutsche einleitende Note wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 19. August 2011

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dorothea Groth

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

La Paz, den 19. November 2008

Herr Minister,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf das Protokoll der Regierungskonsultationen vom 2. Oktober 2008 und das Protokoll der Regierungsverhandlungen vom 4. Juli 2001 sowie auf das Abkommen vom 20. Dezember 2001 zwischen unseren beiden Regierungen über Finanzielle Zusammenarbeit folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

1. Der in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe c des zwischen unseren beiden Regierungen geschlossenen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit vom 20. Dezember 2001 für das Vorhaben „Trinkwasserversorgung Oruro“ vorgesehene nicht rückzahlbare Finanzierungsbeitrag in Höhe von 511 291,88 EUR (in Worten: fünfhundertelftausendzweihunderteinundneunzig Euro und achtundachtzig Cent) wird für das Vorhaben „Wasser für kleine Gemeinden“ umgewidmet, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.
2. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des eingangs erwähnten Abkommens vom 20. Dezember 2001 auch für diese Vereinbarung.
3. Diese Vereinbarung wird in deutscher und spanischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls sich die Regierung der Republik Bolivien mit den unter Nummern 1 bis 3 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Erich Riedler

Seiner Exzellenz
dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten
der Republik Bolivien
Herrn David Choquehuanca Céspedes
La Paz

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen**

Vom 24. August 2011

I.

Das Übereinkommen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (BGBl. 2008 II S. 1419, 1420) ist nach seinem Artikel 45 Absatz 2 für die folgenden Staaten in Kraft getreten:

Belize	am	2. Juli 2011
Kolumbien	am	9. Juni 2011
Pakistan	am	4. August 2011
Zypern*)	am	27. Juli 2011
nach Maßgabe eines Vorbehalts zu Artikel 27 Absatz 1.		

II.

Erklärungen zum Vorbehalt von Malaysia
(vgl. die Bekanntmachung vom 14. März 2011 (BGBl. II S. 493))

Deutschland hat am 3. August 2011 gegenüber dem Generalsekretär der Vereinten Nationen folgenden Einspruch zum Vorbehalt von Malaysia abgegeben:

„Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat den von der Regierung von Malaysia bei der Ratifikation des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vom 13. Dezember 2006 angebrachten Vorbehalt sorgfältig geprüft.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist der Auffassung, dass es sich bei den Artikeln 15 und 18 des Übereinkommens um Kernbestimmungen des Übereinkommens handelt und dass der Ausschluss ihrer Anwendung mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar ist.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt daher Einspruch gegen diesen Vorbehalt ein, da er nach Artikel 46 Absatz 1 des Übereinkommens unzulässig ist. Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Malaysia nicht aus.“

Ferner haben folgende weitere Staaten Einsprüche zum Vorbehalt von Malaysia erklärt:

Belgien*)	am	28. Juni 2011
Österreich*)	am	24. Juni 2011
Portugal*)	am	26. Juli 2011
Schweden*)	am	6. Juli 2011
Slowakei*)	am	18. Juli 2011
Ungarn*)	am	1. August 2011.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 12. Mai 2011 (BGBl. II S. 624).

*) Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter www.treaties.un.org einsehbar.

Berlin, den 24. August 2011

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
des deutsch-russischen Durchführungsprotokolls
zur Umsetzung des Abkommens vom 25. Mai 2006
zwischen der Europäischen Gemeinschaft
und der Russischen Föderation
über die Rückübernahme**

Vom 25. August 2011

Das in Hannover am 19. Juli 2011 unterzeichnete Durchführungsprotokoll zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Russischen Föderation zur Umsetzung des Abkommens vom 25. Mai 2006 zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Russischen Föderation über die Rückübernahme (ABl. L 129 vom 17.5.2007, S. 38, 40) wird nachstehend veröffentlicht.

Der Tag, an dem das Durchführungsprotokoll nach seinem Artikel 11 Absatz 2 in Kraft tritt, wird im Bundesgesetzblatt bekannt gegeben.

Berlin, den 25. August 2011

Bundesministerium des Innern
Im Auftrag
Gabriele Hauser

**Durchführungsprotokoll
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Russischen Föderation
zur Umsetzung des Abkommens vom 25. Mai 2006
zwischen der Europäischen Gemeinschaft
und der Russischen Föderation
über die Rückübernahme**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Russischen Föderation,
nachstehend Vertragsparteien genannt,

in dem Bestreben, die Durchführung des Abkommens vom 25. Mai 2006 zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Russischen Föderation über die Rückübernahme, nachstehend Abkommen genannt, effektiv zu gestalten und zu erleichtern,

und unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Artikels 20 des Abkommens,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Zuständige Behörden

(1) Die für die Durchführung des Abkommens zuständigen Behörden sind:

für die deutsche Vertragspartei:

die Ausländerbehörden;

das Bundespolizeipräsidium;

das Auswärtige Amt;

für die russische Vertragspartei:

der Föderale Migrationsdienst;

das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation;

der Föderale Sicherheitsdienst der Russischen Föderation.

(2) Seitens der deutschen Vertragspartei sind zuständig:

für das Stellen von Rückübernahmeersuchen und Durchbeförderungersuchen das Bundespolizeipräsidium und die Ausländerbehörden;

für die Annahme von Rückübernahmeersuchen und Durchbeförderungersuchen sowie die Beantwortung der genannten Ersuchen das Bundespolizeipräsidium;

für das Stellen und die Annahme von Rückübernahmeersuchen im beschleunigten Verfahren und die Beantwortung der genannten Ersuchen das Bundespolizeipräsidium;

für die Mitteilung des Ergebnisses einer Befragung das Bundespolizeipräsidium;

für die Festlegung der Verfahrensweise für die Durchführung von Rückübernahmen und Durchbeförderungen das Bundespolizeipräsidium und die Ausländerbehörden.

Seitens der russischen Vertragspartei sind die Hauptaufgaben zur Umsetzung der Bestimmungen des Abkommens dem Föderalen Migrationsdienst übertragen, unter anderem:

das Stellen und die Annahme von Rückübernahmeersuchen und Durchbeförderungersuchen sowie deren Beantwortung;

Mitteilung des Ergebnisses einer Befragung;

Festlegung der Verfahrensweise für die Durchführung von Rückübernahmen und Durchbeförderungen.

(3) Zur Umsetzung der Bestimmungen des Abkommens und dieses Durchführungsprotokolls werden die unter Absatz 2 dieses Artikels genannten zuständigen Behörden der Vertragsparteien unmittelbar zusammenarbeiten.

(4) Zum Zweck der Umsetzung dieses Durchführungsprotokolls teilen die Vertragsparteien einander innerhalb von dreißig Kalendertagen nach der Unterzeichnung dieses Durchführungsprotokolls auf diplomatischem Weg ihre Kontaktdaten der in Absatz 2 genannten zuständigen Behörden mit. Im Weiteren werden die zuständigen Behörden einander über jegliche Änderungen ihrer Kontaktdaten unmittelbar unterrichten.

(5) Im Falle einer Änderung der in Absatz 1 dieses Artikels genannten zuständigen Behörden informieren beide Vertragsparteien einander unverzüglich auf diplomatischem Wege.

Artikel 2

**Verfahren zur Übermittlung des
Rückübernahmeersuchens und dessen Antwort**

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien übermitteln einander das Rückübernahmeersuchen auf dem Post- oder Kurierweg.

(2) Die Antwort auf das Rückübernahmeersuchen erfolgt auf dem Postweg an die im Rückübernahmeersuchen jeweils angegebene Adresse und zusätzlich unter Verwendung technischer Hilfsmittel zur Textübermittlung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen des Staates der ersuchten Vertragspartei.

(3) Die zuständigen Behörden beider Vertragsparteien informieren einander unverzüglich unter Verwendung technischer Hilfsmittel zur Textübermittlung über den Eingang eines Rückübernahmeersuchens.

Artikel 3

Weitere Dokumente

Sind nach Auffassung der zuständigen Behörden der ersuchenden Vertragspartei andere Dokumente, die nicht in den Anhängen 2 bis 5 des Abkommens aufgeführt sind, für die Feststellung der Staatsangehörigkeit der rückzuübernehmenden Person oder für die Feststellung von Gründen für die Rückübernahme von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen von Bedeutung, können solche Dokumente auch dem der zuständigen Behörde der ersuchten Vertragspartei zugeleiteten Rückübernahmeersuchen beigelegt werden. Zu den in diesem Artikel genannten Dokumenten gehören auch von der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ausgestellte Pässe sowie Fotokopien hiervon.

Artikel 4**Befragung**

(1) Kann die zuständige Behörde der ersuchenden Vertragspartei keines der in den Anhängen 2 und 3 des Abkommens aufgeführten Dokumente vorlegen, führen die Vertreter der zuständigen Behörde der ersuchten Vertragspartei anhand des in Punkt „D“ des Rückübernahmeersuchens enthaltenen Ersuchens der zuständigen Behörde der ersuchenden Vertragspartei unverzüglich eine Befragung der rückzuübernehmenden Person durch.

(2) Die Durchführung von Befragungen obliegt

auf deutscher Seite den Mitarbeitern der diplomatischen Vertretung oder einer konsularischen Einrichtung der Bundesrepublik Deutschland in der Russischen Föderation;

auf russischer Seite einem Vertreter des Föderalen Migrationsdienstes an der diplomatischen Vertretung oder konsularischen Einrichtung der Russischen Föderation in der Bundesrepublik Deutschland. Bis zur Aufnahme der Tätigkeit des Vertreters des Föderalen Migrationsdienstes oder während der Abwesenheit des Vertreters wird die Befragung durch Mitarbeiter der diplomatischen Vertretung oder einer konsularischen Einrichtung der Russischen Föderation in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt.

(3) Die zuständige Behörde der ersuchten Vertragspartei informiert die zuständige Behörde der ersuchenden Vertragspartei binnen zehn Kalendertagen nach Eingang des Rückübernahmeersuchens, welches auch das Ersuchen auf Durchführung einer Befragung enthält, über die Ergebnisse der Befragung.

(4) Die in Artikel 11 Absatz 2 des Abkommens genannten Fristen für die Beantwortung des Rückübernahmeersuchens, welches auch das Ersuchen auf Durchführung einer Befragung enthält, beginnen am Tag der Übermittlung des Befragungsergebnisses durch die ersuchte Vertragspartei, in jedem Fall jedoch binnen zehn Kalendertagen nach Eingang des Rückübernahmeersuchens bei der ersuchten Vertragspartei.

(5) Bestätigt die Befragung die Staatsangehörigkeit des Staates der ersuchten Vertragspartei der rückzuübernehmenden Person nicht, wird das in Absatz 3 dieses Artikels genannte Rückübernahmeersuchen der zuständigen Behörde der ersuchenden Vertragspartei ohne Prüfung mit Begründung zurückgesandt.

Artikel 5**Verfahren zur Übermittlung des
Durchbeförderungsersuchens und dessen Antwort**

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien übermitteln einander das Durchbeförderungsersuchen auf dem Post- oder Kurierweg.

(2) Die Antwort auf das Durchbeförderungsersuchen wird innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Eingang des Durchbeförderungsersuchens auf dem Postweg an die im Durchbeförderungsersuchen jeweils angegebene Adresse und zusätzlich unter Verwendung technischer Hilfsmittel zur Textübermittlung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen des Staates der ersuchten Vertragspartei übermittelt.

Artikel 6**Rückübernahme- und Durchbeförderungsverfahren**

(1) Für die Rückübernahme und die Durchbeförderung legen die Vertragsparteien folgende Grenzübertrittsstellen fest:

auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland:

alle internationalen Flughäfen;

auf dem Hoheitsgebiet der Russischen Föderation:

alle internationalen Flughäfen.

Bei Bedarf können im Einzelfall auch andere Grenzübertrittsstellen vereinbart werden.

(2) Im Fall einer Änderung der in Absatz 1 dieses Artikels genannten Grenzübertrittsstellen informieren die Vertragsparteien einander unverzüglich auf diplomatischem Weg.

(3) Der Tag, die Uhrzeit und die Grenzübertrittsstelle, die zum Zwecke der Rückführung verwendet werden soll, sowie die Bedingungen für die Organisation der Durchbeförderung werden von den zuständigen Behörden der Vertragsparteien in jedem konkreten Fall festgelegt.

(4) Unbeschadet Artikel 13 Absatz 2 des Abkommens sind die Vertragsparteien bestrebt, die Rückübernahme oder Durchbeförderung auf dem Luftweg durchzuführen.

Artikel 7**Begleitung einer rückzuübernehmenden
oder durchzubefördernden Person**

(1) Wenn die Übergabe einer rückzuübernehmenden oder durchzubefördernden Person unter amtlicher Begleitung durch die ersuchende Vertragspartei notwendig wird, teilt die zuständige Behörde der ersuchenden Vertragspartei Vornamen und Familiennamen der Begleitpersonen, Art, Nummer und Ausstellungsdatum der Pässe der Begleitpersonen rechtzeitig mit.

(2) Die Begleitpersonen sind während des Aufenthaltes auf dem Hoheitsgebiet des Staates der ersuchten Vertragspartei verpflichtet, die gesetzlichen Bestimmungen des Staates der ersuchten Vertragspartei einzuhalten.

(3) Die Begleitung wird von Personen in Zivilkleidung durchgeführt, die gültige Pässe und Unterlagen mit sich führen, die die erzielten Vereinbarungen hinsichtlich der Rückübernahme oder der Durchbeförderung belegen. Die Begleitpersonen dürfen weder Waffen noch sonstige Gegenstände mit sich führen, für die auf dem Hoheitsgebiet des Staates der ersuchten Vertragspartei Beschränkungen gelten.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien arbeiten in allen Fragen, die mit dem Aufenthalt von Begleitpersonen auf dem Hoheitsgebiet des Staates der ersuchten Vertragspartei verbunden sind, zusammen. Die zuständigen Behörden der ersuchten Vertragspartei gewähren den Begleitpersonen jede mögliche Unterstützung.

Artikel 8**Kosten**

Kosten, die der ersuchten Vertragspartei im Zusammenhang mit der Rückübernahme und Durchbeförderung entstanden und nach Artikel 16 des Abkommens von der ersuchenden Vertragspartei zu tragen sind, sind durch diese Vertragspartei innerhalb von sechzig Kalendertagen nach Vorlage der Kostennachweise in Euro zu erstatten.

Artikel 9**Sprache**

(1) Zur Umsetzung der Bestimmungen dieses Durchführungsprotokolls werden alle Unterlagen, die in Artikel 3 dieses Durchführungsprotokolls sowie in den Abschnitten III und IV des Abkommens genannt werden, wie folgt verfasst:

durch die deutsche Vertragspartei – in deutscher Sprache mit einer beigefügten russischen oder englischen Übersetzung;

durch die russische Vertragspartei – in russischer Sprache mit einer beigefügten deutschen oder englischen Übersetzung.

(2) Konsultationen der zuständigen Behörden der Vertragsparteien betreffend die Umsetzung dieses Durchführungsprotokolls werden in deutscher und russischer Sprache geführt.

Artikel 10**Änderungen und Ergänzungen**

Das Durchführungsprotokoll kann im gegenseitigen Einvernehmen der Vertragsparteien geändert und ergänzt werden.

Artikel 11**Inkrafttreten und Geltungsdauer**

(1) Beide Vertragsparteien informieren einander auf diplomatischem Weg über das Vorliegen der jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Durchführungsprotokolls.

(2) Dieses Durchführungsprotokoll tritt in Kraft, nachdem die deutsche Vertragspartei dem Gemeinsamen Rückübernahme-

ausschuss nach Artikel 20 Absatz 2 des Abkommens dieses Durchführungsprotokoll und das beiderseitige Vorliegen der innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten notifiziert hat. Der Tag der Notifizierung gegenüber dem Gemeinsamen Rückübernahmeausschuss bestimmt sich nach dessen Geschäftsordnung.

(3) Das Durchführungsprotokoll tritt gleichzeitig mit dem Abkommen außer Kraft.

Geschehen zu Hannover am 19. Juli 2011 in zwei Urschriften, jede in deutscher und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Hans-Dieter Lucas
Gabriele Hauser

Für die Regierung der Russischen Föderation

Romodanowski

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Abkommens
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung von Anguilla
über den steuerlichen Informationsaustausch**

Vom 1. September 2011

Nach Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 18. November 2010 zu dem Abkommen vom 19. März 2010 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Anguilla über den steuerlichen Informationsaustausch (BGBl. 2010 II S. 1381, 1382) wird bekannt gemacht, dass das Abkommen nach seinem Artikel 14 Absatz 1

am 11. April 2011

in Kraft getreten ist.

Berlin, den 1. September 2011

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
der in Genf am 19. März 1991 unterzeichneten Fassung
des Internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen**

Vom 6. September 2011

Die in Genf am 19. März 1991 unterzeichnete Fassung des Internationalen Übereinkommens vom 2. Dezember 1961 zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (BGBl. 1998 II S. 258, 259) ist nach ihrem Artikel 37 Absatz 2 für

Peru am 8. August 2011
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 11. Mai 2011 (BGBl. II S. 623).

Berlin, den 6. September 2011

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
der deutsch-laotischen Vereinbarung
über Technische Zusammenarbeit**

Vom 7. September 2011

Die Vereinbarung betreffend die Einrichtung eines örtlichen Büros der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in der Form eines Notenwechsels vom 4. Dezember 2009/21. September 2010 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Laos ist nach ihrer Inkrafttretensklausel

am 21. September 2010

in Kraft getreten; die einleitende deutsche Note wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 7. September 2011

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Josef Füllenbach

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

Vientiane, den 4. Dezember 2009

Herr Minister,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland in Ausführung des Abkommens vom 13. Juli 2007 zwischen unseren beiden Regierungen über Technische Zusammenarbeit folgende Vereinbarung über die Einrichtung eines örtlichen Büros der deutschen Entwicklungszusammenarbeit vorzuschlagen:

1. Mit dem Ziel, die Entwicklungszusammenarbeit zwischen beiden Ländern zu unterstützen, vereinbaren die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Demokratischen Volksrepublik Laos die Einrichtung eines örtlichen Büros der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in Vientiane – im Folgenden als „Büro“ bezeichnet. Dieses Büro kann von allen deutschen Durchführungsorganisationen, die im Auftrag der Bundesregierung und mit der Zustimmung der betroffenen Stellen der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Laos tätig sind, genutzt werden. Derzeit sind dies
 - a) der Deutsche Entwicklungsdienst (DED),
 - b) die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH (einschließlich des Centrums für Internationale Migration und Entwicklung – CIM) und
 - c) die KfW einschließlich der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG).
 - d) Sollten weitere Durchführungsorganisationen, die nicht in den Ziffern 1a – 1c genannt sind, die permanente Nutzung dieses Büros anstreben, ist dies dem Ministerium für Planung und Investitionen anzuzeigen und ist im Gegenzug von diesem zu genehmigen.
2. Dem Büro können folgende Aufgaben übertragen werden:
 - a) Unterstützung der Vorhaben in allen Angelegenheiten der Projektdurchführung;
 - b) Wahrnehmung übergreifender fachlicher und administrativer Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Durchführung von Vorhaben, mit denen die genannten Durchführungsorganisationen von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland beauftragt sind;
 - c) Wahrnehmung projektübergreifender landesbezogener Aufgaben;
 - d) Vertretung der Durchführungsorganisationen vor Ort.
3. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erbringt folgende Leistungen:

Sie

 - a) trägt alle Investitions- und Betriebskosten für das Büro;
 - b) übernimmt die Kosten der zur Durchführung der Aufgaben des Büros entsandten Lang- und Kurzezeitfachkräfte sowie für die vom Büro eingestellten Ortskräfte.
4. Die Regierung der Demokratischen Volksrepublik Laos erbringt folgende Leistungen:

Sie

 - a) befreit Lieferungen von Material und Fahrzeugen für das Büro von Lizenzen, Hafen-, Ein-, Ausfuhr- und sonstigen öffentlichen Abgaben sowie von Lagergebühren und stellt sicher, dass das Material unverzüglich entzollt wird. Die vorstehenden Befreiungen gelten auf Antrag des Büros auch für in der Demokratischen Volksrepublik Laos beschafftes Material;
 - b) unterstützt Anträge des Büros auf:
 - Einrichtung von Telekommunikationsanschlüssen einschließlich Funk- und Satellitenverbindungen;
 - Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen für das entsandte Personal sowie Arbeitsgenehmigungen für Ortskräfte des Büros;
 - c) gewährt den entsandten Fachkräften der Durchführungsorganisationen und den zu ihrem Haushalt gehörenden Familienmitgliedern alle Rechte nach Maßgabe des eingangs erwähnten Abkommens vom 13. Juli 2007.
5. Das für das Büro gelieferte Material einschließlich der Fahrzeuge bleibt im Eigentum der deutschen Durchführungsorganisationen. Es geht bei Auflösung des Büros in das Eigentum der Demokratischen Volksrepublik Laos über.

6. Benennung der Durchführungsorganisationen
 - a) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erbringt ihre Leistungen durch die in Nummer 1 genannten Durchführungsorganisationen.
 - b) Die Regierung der Demokratischen Volksrepublik Laos beauftragt das Ministerium für Planung und Investition in enger Abstimmung mit dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten als Ansprechpartner für die Durchführungsorganisationen.
7. Diese Vereinbarung gilt für einen Zeitraum von 3 Jahren und verlängert sich jeweils um 2 weitere Jahre, soweit sie nicht von einer der Vertragsparteien 6 Monate vor Ablauf der jeweiligen Geltungsdauer schriftlich gekündigt wird.
8. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des eingangs erwähnten Abkommens vom 13. Juli 2007 auch für diese Vereinbarung.
9. Diese Vereinbarung wird in deutscher und englischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls sich die Regierung der Demokratischen Volksrepublik Laos mit den unter Nummern 1 bis 9 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Peter Wienand

Seiner Exzellenz
dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten
der Demokratischen Volksrepublik Laos
Herrn Dr. Thongloun Sisoulith
Vientiane

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
der Vierten Änderung des Übereinkommens
über den Internationalen Währungsfonds (IWF)**

Vom 14. September 2011

Nach Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 27. Juni 2000 zu der Vierten Änderung des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds (IWF) (BGBl. 2000 II S. 799, 800) wird bekannt gemacht, dass die durch Beschluss Nr. 52-4 des Gouverneursrats des Internationalen Währungsfonds vom 23. September 1997 genehmigte Vierte Änderung des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds (BGBl. 1978 II S. 13, 15; 1991 II S. 814, 815) nach Artikel XXVIII Buchstabe c des Übereinkommens

am 10. August 2009

für die Bundesrepublik Deutschland und alle anderen Vertragsparteien in Kraft getreten ist.

Die Annahmeerklärung ist am 21. Juli 2000 an den Internationalen Währungsfonds in Washington übermittelt worden.

Berlin, den 14. September 2011

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz
Postanschrift: 11015 Berlin
Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz
Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II
Postanschrift: 53094 Bonn
Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn
Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH.
Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck und buchbinderische Verarbeitung: M. DuMont Schauberg, Köln
Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-2 78

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 45,00 €.

Bezugspreis dieser Ausgabe: 8,05 € (7,00 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten). Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens vom 8. Dezember 2004
über den Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland,
der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen,
der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen,
der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik
zu dem Übereinkommen über die Beseitigung der Doppelbesteuerung
im Falle von Gewinnberichtigungen zwischen verbundenen Unternehmen**

Vom 15. September 2011

Das Übereinkommen vom 8. Dezember 2004 über den Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik (BGBl. 2006 II S. 554, 555) zu dem Übereinkommen vom 23. Juli 1990 über die Beseitigung der Doppelbesteuerung im Falle von Gewinnberichtigungen zwischen verbundenen Unternehmen (BGBl. 1993 II S. 1308, 1309) in der Fassung des Übereinkommens vom 21. Dezember 1995 (BGBl. 1999 II S. 1010, 1011) und des Protokolls vom 25. Mai 1999 (BGBl. 1999 II S. 1082, 1083) ist nach seinem Artikel 5 für

Belgien am 1. Dezember 2008

Frankreich am 1. Juli 2008

Italien am 1. Januar 2010

Slowenien am 1. Februar 2008

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 22. Oktober 2007 (BGBl. II S. 1686).

Berlin, den 15. September 2011

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney